

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7020. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erstausgabe täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgepaltenen Kolonell-zeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Kurt L. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benfz-Straße 2.

Sonnabend, den 2. Dezember 1899.

Expedition: SW. 19, Benfz-Straße 3.

Das Koalitionsrecht

befähigte gestern von neuem den Reichstag — zum zweitenmal seit der Wiederaufnahme der Beratungen nach den fünfmonatlichen Ferien. Montag, den 19. November, hatte der Reichstag sich mit dem Zuchthausgesetz zu beschäftigen, das heißt mit einem Gesetzentwurf, der die Erdrösselung des Koalitionsrechts zum Zwecke hatte. Gestern — elf Tage später — befand sich der Reichstag einem socialistischen Antrag zum Schutze des Koalitionsrechts gegenüber. Das Zuchthausgesetz wurde von der überwältigenden Majorität des Reichstags zurückgewiesen, totgeschlagen, schimpflich verscharrt. Und die Gesetzesvorschläge zum Schutze des Koalitionsrechts?

Logischerweise hätten sie von derselben Majorität, die das Zuchthausgesetz verwarf, angenommen werden müssen. Denn wer die Erdrösselung oder Anhebung eines Rechts nicht will, muß konsequenterweise für dessen Gewährleistung und Schutz sein. Aber wer Logik und Konsequenz bei den bürgerlichen Parteien sucht, für den gilt nicht das Bibelwort: wer sucht der findet.

Das Zuchthausgesetz hatte den Bogen überspannt und bedrohte die Interessen des Bürgertums — diese Erwägung, nicht Liebe zum Koalitionsrecht, war es, was den Beschluß des 19. November gegen das Zuchthausgesetz diktierte. Gestern kam die Furcht aller kapitalistischen Parteien vor dem Koalitionsrecht zum Ausdruck.

Für das Koalitionsrecht — auf dem Papier, gegen das Koalitionsrecht, als in die That umgesetztes, wirksam gemachtes Recht — das ist, der Phrasen entkleidet, die Stellung der kapitalistischen Parteien, die am 19. November das Zuchthausgesetz zurückwies. Dessen waren wir uns bewußt. Unter solchen Umständen konnten wir uns nicht dem Wahn hingeben, daß unsere Anträge die Zustimmung anderer Parteien, geschweige denn der Majorität des Reichstags erlangen würden. Die Ausnahme, welche ihnen in der Presse und im Reichstage geworden ist, hat uns in keiner Weise überrascht. Ganz aus dem Häuschen waren „die um Stumm“ — die Männer des Zuchthausgesetzes. Sie schrien Jeter, und sahen in dem Antrag die beginnende „Diktatur des Proletariats“. Ja „Diktatur des Proletariats“. Auf den ersten Blick erscheint dieser Gedanke unbegreiflich. Bei näherer Betrachtung erklärt er sich jedoch psychologisch.

Die Gewohnheit verwandelt das Unrecht in Recht und bewirkt eine vollständige Umkehrung der Begriffe. Unsere Gegner haben sich in die Rechtlosigkeit der Arbeiter und in die tatsächlich bestehende Diktatur des Kapitalismus hineingewöhnt, daß sie jede Abwechslung als einen Eingriff in die Rechte des Kapitalismus ansehen. Die Aufhebung gegen das Unrecht wird zum Unrecht. Und der Versuch, die Diktatur des Kapitalismus zu beseitigen, verwandelt sich in einen Versuch zur Einführung der Diktatur des Proletariats. Kurz, es ist die absolute Bankrotterklärung der Logik und des Rechtsgefühls.

Der Verlauf der gestrigen Sitzung entsprach, so weit das Koalitionsrecht in Frage kommt, durchaus unseren Erwartungen und Absichten. Wir haben die Gegner genötigt, die Maske fallen zu lassen und den Heiligenchein radikaler Arbeiterfreundlichkeit, den sie durch ihre Haltung am 19. November in den Augen vieler erworben hatten, sich selbst abzustreifen. Und das ist immerhin ein nicht zu unterschätzender praktischer Gewinn. Unsere Anträge, die natürlich von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt wurden, haben ihre Schuldigkeit getan, und bei nächster Gelegenheit sind wir wieder da, wie Genosse Seine, der unsere Anträge kurz aber sehr schlagend und kräftig begründete, am Schluß seiner Rede dem Reichstag zurückgab. Der Plan der Gegner war gewesen, unseren Anträgen ein ähnliches Ende zu bereiten, wie es am 19. November dem Zuchthausgesetz bereit worden war. Das sollte die Redaction Stumm sein, der beiläufig Schlimmes geahnt haben mag, denn er hatte sich beurlauben lassen. Es ging nicht nach dem Wunsche der Gegner und sogar Graf Klinckowström mußte einsehen, daß hier die Rechnung ohne den Wirt gemacht war. Die Debatte, an der sich unsererseits Bebel, Stadthagen, Herzfeld, Singer beteiligten, war sehr lebhaft; sie führte zu verschiedenen Ordnungsrufen und zu einem unerwarteten Zwischenfall.

Am 19. November war eine Leiche im „Haus“, als die Debatte begann. Gestern gab es eine Leiche im Laufe der Debatte. Bei Geißelung der Parteilichkeit in Handhabung der Gesetze war auch Medaenburg erwähnt worden, und der Bundesrats-Bevollmächtigte dieses Musterstaates, Herr v. Deryn, der sich schon wiederholt als enfant terrible bewährt hat, verteidigte seine Regierung so ungeschickt, daß er von allen Seiten harte Zurechtweisungen erfährt und auch von der Reichsregierung im Stich gelassen wurde. „Die medaenburgische Regierung liegt auf der Strecke“, hieß es im Reichstag.

Wer aber als Sieger den Kampfplatz verließ, das war gestern, wie am 19. November, die Socialdemokratie.

Chamberlains neuer Dreibund.

Vor den österreichisch-ungarischen Delegationen sprach am Freitag Kaiser Franz Joseph von dem „engen und vertrauensvollen Verhältnis zu unseren Verbündeten“. Da kommt die Kunde aus England, welche zum alten Dreibund einen neuen anknüpft, dessen Verwirklichung für die Gestaltung aller internationalen Staatenverhältnisse von größter Bedeutung sein würde.

Nachdem der britische Kolonialminister Chamberlain in Leicester den Krieg mit Transvaal besprochen hatte, behandelte er in einer zweiten Rede die Beziehungen Englands zu den Vereinigten Staaten und zu Deutschland:

Es giebt noch etwas, sagte Chamberlain (nachdem er sich über das Einvernehmen mit Amerika geäußert hatte), was, wie ich glaube, jeder weitblickende englische Staatsmann lange gewünscht haben muß, nämlich daß wir nicht dauernd auf dem Kontinent isoliert bleiben sollten, und ich denke, daß in dem Augenblick, wo dieses Streben Gestalt annimmt, es als offenbar erschienen sein muß, daß die natürlichste Alliance diejenige zwischen uns und dem großen Deutschen Reiche ist. Wir hätten unsere Meinungsverschiedenheiten, unsere Zwistigkeiten und Streitpunkte mit Deutschland, das Volk dieses Landes ist durch Umstände erregt gewesen, welche wir nur zu glücklich sind, zu vergessen; aber im Grunde der Dinge ist immer eine Macht vorhanden gewesen, welche uns notwendig zusammenbrachte. Was vereinigt die Nationen? Interesse und Gefühl. Welches Interesse haben wir, das einem Interesse Deutschlands entgegen ist? Unsere Streitigkeiten haben sich alle um geringfügige Angelegenheiten gedreht, die keinen Anlaß zu einem ernsthaften Streite bilden. Diese Streitigkeiten sind bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine nach der anderen durch Lord Salisbury weise beseitigt worden. Ich kann mir keinen Punkt denken, der in absehbarer Zukunft anstehen kann, welcher uns und die Deutschen in eine Gegnerschaft der Interessen bringen würde. Im Gegenteil, es kann viele Dinge in der Zukunft vorhersehen, welche Grund zur Besorgnis für die Staatsmänner Europas sein müssen, bei denen aber unsere Interessen deutlich dieselben sind wie die Interessen Deutschlands und hinsichtlich deren das von mir mit Bezug auf Amerika besprochene Einverständnis, wenn es auf Deutschland ausgedehnt wird, mehr als jede Vereinigung dazu beitragen wird, den Frieden der Welt zu Wege zu bringen. Allein die Welt wird nicht völlig durch die Interessen beherrscht. Das Gefühl ist einer der größten Faktoren bei allen unseren Angelegenheiten. Es ist kein Grund vorhanden, warum die Gefühle der Bevölkerung der beiden Länder sich nicht in Uebereinstimmung befinden sollten. Wir thun unrecht, sagte hierauf Chamberlain, nachdem er sich ziemlich ausführlich über die heftige Sprache der auswärtigen Presse verbreitet hatte, den Verhandlungen der auswärtigen Presse zu viel Aufmerksamkeit zu schenken; diese Presse ist anders wie die unsrige und sie stellt auch nicht die Stimmung der Regierungen dar. Man gestatte mir daraus hinzuweisen, daß im Grunde der eigentliche Charakter der germanischen Rasse nur unbedeutend von dem der angelsächsischen Rasse abweicht und daß dieselben Gefühle, welche uns zu einem engen Sympathieverhältnis mit Amerika bringen, auch angeregt werden dürfen, um uns zu einem engeren Sympathieverhältnis mit einem Deutschland zu bringen. Unser Rechtssystem, unsere Literatur, sogar die Grundlage unserer Sprache sind für beide Länder dieselbe und wenn die Vereinigung zwischen England und Amerika ein mächtiger Faktor bei der Sache des Friedens ist, wird eine neue Triplealliance zwischen der germanischen Rasse und den zwei großen Zweigen der angelsächsischen Rasse noch ein mächtigerer Faktor in der Welt sein. Ich möchte klar machen, wenn ich das Wort „Alliance“ gebrauche, daß es wenig ausmacht, ob die Alliance auf dem Papier niedergelegt wird oder ob ein Einverständnis im Geiste der Staatsmänner der betreffenden Länder vorhanden ist. Ein Einverständnis ist vielmehr besser als eine Alliance, welche Vereinbarungen, die im Hinblick auf den Wechsel der Umstände nicht als dauernde angenommen werden können, herbeizuführen würde. Ein Einverständnis, ein Entschluß, die Beweggründe jener günstig zu betrachten, mit denen wir auf dem Freundschaftsweg zu stehen wünschen, ein Gefühl dieser Art, von diesen drei Ländern gepflegt und befestigt, wird zu deren ungeheurem Vorteil und auch zum Vorteil anderer Nationen sein.

Es scheint, als habe der englische Kolonialminister von seinem neuen Freunde Deutschland zunächst die Kunst gelernt, die Welt durch wunderfame Pöhllichkeiten zu überraschen. Ueberraschend im höchsten Maße ist seine Rede, selbst wenn sie in Ton und Farbe weit über die üblichen Grenzen diplomatischer Vorsicht hinausgeht und die Dinge in übermäßiger Größe darstellt. Immerhin müssen ihre gewisse Thatsachen von großer internationaler Bedeutung zu Grunde liegen.

Als Graf Bälou, der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen, unter dem Unwilden fast der gesamten deutschen Bourgeoisie mit dem Kaiser die Englandreise unternahm, war offenbar, daß nicht nur private und familiäre Gründe für den Kaiserbesuch in Windsor maßgebend waren. Schon der ebenfalls recht unerwartet zum Abschluß gelangene Samoa-Vertrag hatte die Andahnung so guter Beziehungen zwischen der deutschen und der englischen Regierung gezeigt, wie sie kaum je bestanden. Konnte aber der Samoa-Vertrag lediglich als Folge der augenblicklich bedrängten Lage Englands erscheinen, so deutet die Rede Chamberlains auf eine Besserung der deutsch-englischen Beziehungen, die weit über den Einzelfall hinaus von Bedeutung ist.

Als der Transvaalkrieg ausbrach, erhob sich in der französischen Chauvinistenpresse der Ruf nach Rache für Fashoda und Rußland sah die beste Gelegenheit, England in Central- und Ostasien zurückzudrängen. Wäre Deutschland diesen Absichten zu Willen gewesen, so würde England leicht in die

schwierigste Lage geraten sein. Die deutsche Regierung mußte sich entscheiden, ob sie weiter der russischen Eroberungspolitik Scherzgebühren leisten wollte, wie sie Jahrzehnte hindurch und zuletzt noch beim Abschluß des japanisch-chinesischen Krieges gethan, als sie Japan und England in den Arm fiel und Nordchina der russischen Abzweckungspolitik überantwortete. Die deutsche Regierung hat in dieser Politik der einseitigen Förderung russischer Interessen innegehalten, da deren Gefahren nunmehr sich allzu deutlich zeigten, sie hat es vorgezogen, die Zwistigkeiten mit England beizulegen und bessere Beziehungen mit dem Inselreich einzuleiten.

Die Gründe, welche die deutsche Regierung hierbei leiteten, sind zweifelsohne vornehmlich kolonialpolitische. Die deutsche Regierung weicht vor der Schalla der Russenunterwürfigkeit, um der Charibdis der „Weltpolitik“ entgegenzutreten. Will man überall auf der Erdkugel misprechen, will man überall Inzelspren und zerlegen — und seien es die unbrauchbarsten, die niemand sonst mochte — annectieren, so glaubte man sich mit England, auf dessen Besitz und Macht man allenthalben stieß, auf guten Fuß stellen zu sollen. Gegen England läßt sich „Weltpolitik“ nicht betreiben, also geht man mit England, schlicht mit England einen Vertrag, der die Aufteilung gewisser afrikanischer Gebiete betrifft, und überläßt nebenbei die Voerur der Erinnerung an einstige Sympathiebeweise.

Welches aber auch der Grad der Annäherung zwischen den beiden Staaten und welches auch die beiderseitigen Gründe sein mögen, die Abwendung Deutschlands aus der russischen Gefolgschaft und die Hinwendung zu England und den Vereinigten Staaten wird vom deutschen Volke immerhin willkommen geheißen werden. Das deutsche Volk ist nicht identisch mit der englandbehebenden Junker- und Kapitalistenpresse. Das deutsche Volk der Arbeit hat stets gewünscht, mit England in besten Beziehungen zu leben, allerdings nicht mit dem England der rauhlistigen Chamberlain und Rhodes, sondern mit dem England der freiheitlichen Institutionen und des socialen Fortschritts.

Die Annäherung an England und damit an die Vereinigten Staaten ist aber im gegenwärtigen Zeitpunkt vor allem deshalb bedeutsam, weil durch sie den flottenpolitischen Bestrebungen die besten Gründe abgejagt werden. Das Udadagegeipen, das Verhungerungs-Gespenst, das Uebervölkerungs-Gespenst, mit all diesen Schreckensmännern konnte die weltpolitische Abenteuerer nur unter der Voraussetzung unerschöpflichen kommerziellen und politischen Zwistes mit England operieren. Haben wir Freundschaft mit England, ist der Staat mit der härtesten Landbarne mit der größten Seemacht liiert, so ist die Minderung, welche der deutsch-österreichisch-italienische Dreibund in den letzten Jahren erfährt, durch die Verbesserung des Verhältnisses zu England und Amerika mehr als ausgeglichen — so hat selbst der prinzipielle Vertreter der heutigen Kriegsrüstungspolitik den Schein eines Vorwandes für neue deutsche Marinevorlagen verloren.

Auch ein Zeugnis für den „neuen Dreibund“

hat auf einem Bankett des amerikanischen Vereins in London am Donnerstag der amerikanische Vizepräsident Choate abgelegt. Er sagte, Amerikas höchstes Interesse sei die Aufrechterhaltung des Friedens. Nebenbuhlerische auf dem Gebiete des Handels, wie sie für Amerika in Frage komme, sei nicht unvereinbar mit dem Wunsche, den Frieden aufrecht zu erhalten. Deutschland, die Vereinigten Staaten und Großbritannien seien, was den Handel anbetreffe, die größten Konkurrenten der Welt, sie hätten alle drei in dieser Richtung ein und dasselbe Ziel und Interesse. Ein Streit zwischen zweien dieser Mächte würde den Interessen aller drei verhängnisvoll sein. Er bestreite nicht den Ausbruch eines solchen Streits zwischen den drei großen stammverwandten Mächten, die drei Generationen hindurch alle Streitfragen, die zwischen ihnen aufstünden, in freundschaftlicher Weise geregelt haben. Wie könnten diese Mächte je mit einander ernstlich in Streit geraten! In den Ueberrub des amerikanischen Volkes pulsiere fortwährend deutsches Blut, New York und Chicago gehörten zu den größten deutschen Städten, wie könne man unter diesen Umständen daran zweifeln, daß Amerika im Stande sei, mit der großen deutschen Nation auch ferner in voller Freundschaft zu leben!

Äußerungen der Presse.

Die Berliner Blätter, soweit sie sich von der Chamberlainischen Ueberredung bereits erholt haben und überhaupt etwas sagen, behandeln die Mitteilung von der neuen „ungeschriebenen Alliance“ recht skeptisch. Man meint, Chamberlain habe, um die englische Bevölkerung zu beruhigen, den Mund allzu voll genommen. Von den konservativen Blättern spricht sich heute abend nur die „Arenz-Zeitung“ ausführlicher aus; sie meint:

„Nach den gestrigen Worten Chamberlains erscheint die ganze Situation in einem völlig anderen Lichte und nur zwei Möglichkeiten sind vorhanden: Entweder ist die allgemeine politische Lage nach der Reise des deutschen Kaisers eine andere geworden, als sie vor dem war, und die deutsch-englischen Beziehungen haben in mehr greifbarer Form sich festigt, oder Herr Chamberlain hat, trivial gesagt, ungerichtetes Zeug zusammengeredet. Die Thatsache dessen aber, was er gesprochen, läßt sich nicht mehr wog-diskutieren und Herr Chamberlain ist kein Privatmann, dem die Phantasie schon einmal durchgehen darf, ohne daß Folgen davon zu gewärtigen wären. Nachdem die ministeriellen Erklärungen in der Öffentlichkeit nun einmal gefallen sind, erscheint es uns dringend geboten, von autoritativer Stelle eine Richtigstellung, bez. Darlegung des Sachverhaltes eintreten zu lassen. Was Herr Chamberlain sagte, ist ganz dazu angehtan, die Gemüther in einer Weise zu bewegen, wie wohl selten etwas zuvor. Je eher diese Bewegung wieder in möglichst ruhige Bahnen hineingerleitet werden kann, desto besser.“

Von den Neuerungen der englischen Presse seien folgende erwähnt: Der „Standard“ sagt, ein Bündnis, oder sogar eine Verständigung zwischen der angelsächsischen und der germanischen Bevölkerung ist etwas Natürliches und würde sicher deren Gefühl befriedigen, um so mehr, da es zu ihrer Sicherung gegen äußere Gefahren beitragen würde. Die „Daily News“ schreiben, eine gute Verständigung zwischen England und Deutschland würde zweifellos auf Erhaltung des Friedens gerichtet sein, aber eine Verständigung und ein Bündnis sind zwei verschiedene Dinge; Chamberlain würde besser gesprochen haben, wenn er sich auf den ersteren Ausdruck beschränkt hätte. „Daily Chronicle“ schreibt, ein Bündnis haben wir weder mit Amerika, noch mit Deutschland; aber mit dem letzteren haben wir eine freundschaftliche Verständigung, mit dem letzteren eine Reihe von Vereinbarungen, die den englischen und deutschen Interessen entsprechen, die für bestimmte besondere Fälle gelten, darüber hinaus aber keine der beiden Mächte zu irgend etwas verpflichten.

Die „Westminster Gazette“ mißbilligt die, wie sie meint, Besorgnisse verursachenden Neuerungen Chamberlains hinsichtlich eines englisch-deutschen Bündnisses und sagt: Indem wir unmittelbar nach dem Besuche des Kaisers von einem Bündnis sprechen, bringen wir den Kaiser in eine peinliche Lage und legen uns selbst einem Dementi aus, was die englisch-deutsche Freundschaft oder Verständigung fördern und schädigen wird. Es gibt nicht zwei Mächte, deren Interessen weniger widerstreiten, oder die, jede der andern, mehr kleine Dienste leisten könnten, wenn die Beziehungen zwischen ihnen fest und geschäftsmäßig sind; aber dies ist weit entfernt von einem Bündnis, welches eine gemeinsame Militärpolitik zu dem Zwecke, einer gemeinsamen Gefahr entgegenzutreten, einschließt. Ein solches Bündnis würde nicht den Bedürfnissen Englands entsprechen, das in seinen Freundschaften opportunistisch sei muß.

Der Pariser „Matin“ sagt in einer Besprechung der Rede Chamberlains: Chamberlain sprach von einem englisch-amerikanisch-deutschen Bündnis als von einer fertigen Sache, und benutzte die Gelegenheit, gegen Frankreich Drohungen zu richten, welche auf etwas anderes als Selbstbeherrschung schließen lassen. Seit einem Jahre werden die feindseligen Andeutungen Englands vor Frankreich ihrem wirklichen Werte nach beurteilt. Chamberlain war schlecht beraten, als er die Abwesenheit Salisbury mißbrauchte; ebenso irrt er sich, wenn er glaubt, Frankreich werde seine Großsprecheren ernst nehmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Dezember.

Die Absichten der Flottenwerber.

Zwischen den Wasserfreunden der Schweinburg-Industriellen Richtung und den „reinen Thoren“ der gelehrten Kunst ist ein grimmiger Seekrieg ausgebrochen. Prof. Hans Delbrück veröffentlicht folgenden Brief:

Als der Flottenverein gegründet wurde, trat er auch an einige Berliner Professoren mit der Aufforderung heran, sich ihm anzuschließen. Eine Gruppe beratschlagte darüber gemeinschaftlich, erklärte sich bereit, stellte aber die Bedingung, daß der Verein seinen einseitigen Charakter tragen dürfe, sondern im Vorstand wie in seinem geschäftsführenden Ausschuss Mitglieder aller politischen Gruppen, die für die Flotte eintreten wollten, vereinigen müsse. Der Vorstand wie der geschäftsführende Ausschuss waren bis dahin ausschließlich aus der Gruppe der Konserverativen, der Großindustriellen und was ihnen nahe steht, zusammengesetzt. Meine Kollegen beauftragten mich, darüber mit Herrn Schweinburg zu verhandeln, der einmal oder mehrmals deshalb bei mir gewesen ist. Die Verhandlungen zerschlugen sich endlich, da der Flottenverein es ablehnte, auf unsere Bedingung einzugehen, und darauf ist, so viel ich weiß, kein einziger Professor der Berliner Universität ihm beigetreten. Wie waren der Ansicht, daß mit Absicht von vornherein die Leitung des Vereins so zusammengesetzt war, daß Herr Schweinburg alles in der Hand behielt und das ganze Unternehmen seinen weiteren Zweck hatte, als diesem Herrn und seinen Hintermännern an der Allerhöchsten Stelle das Relief großer Patrioten zu verschaffen. Da nun, wie ich seitdem erfahren habe, viele Leute grundsätzlich nicht mit einem von so wunderbaren Geheimnissen umgebenen Herrn, wie Herrn Schweinburg, zusammenarbeiten wünschen, so ist es nur zu natürlich, daß der „Flottenverein“ einen für eine so große nationale Sache beschämend geringen Erfolg gehabt hat.

Der Flottenverein, den der mit den wunderbaren Geheimnissen umgebene Mann leitet, hat als Präsidenten den Fürsten zu Wied. Die vornehmsten Namen der Gesellschaft gehören zu seinen Gründern und Mitgliedern; all' diesen Herren wirft Delbrück also Spekulationen auf das allerhöchste Wohlwollen vor, während die Universitätsleute, wie Herr v. Wendt, natürlich nur aus den idealsten Beweggründen die Sache Schweinburgs, wenn auch in einer abgeordneten Organisation fördern.

Die „Tägliche Rundschau“ sucht im Anschluß an Delbrücks Brief den Geschäftsführer der Weltmachtspolitik fortzusetzen. Sie schreibt:

Die flottenfeindliche Presse sucht die ganze Flottenagitation durch die Person des Herrn Schweinburg zu diskreditieren, sie schlägt aus den ungeschickten, schwülzigen Flugblättern dieses Herrn Kapital und spielt ihren Hauptstimmung mit der Verachtung aus, daß die ganze Bewegung eine Mode des dafür überreich bezahlten Hansjournalisten der Eisenindustriellen sei — der Präsident des Flottenvereins führt zu Wied kümmert sich nicht um solche Schmähdigungen der von ihm wenigstens mit seinem Namen vertretenen Sache. — Der Alldeutsche Verband ließ durch seinen Vorsitzenden Professor Haffke den Schweinburg käuflich abschütteln — den Vorstand des Flottenvereins rührt auch das nicht. Eine Anzahl von Vertrauensmännern des Flottenvereins legten ihr Amt nieder, weil sie nicht mit Schweinburg zusammenarbeiten wollten — dem Vorstande ist auch das egal; sein Präsident führt zu Wied will weiter hin in Arm mit seinem Schweinburg die Welt in die Schranken fordern. — Der Begründer des Flottenbundes, Herr Stroch ein, erhebt gegen Schweinburg öffentlich die schwerwiegendsten Vorwürfe und citiert ihn und den Fürsten Wied endlich vor das Gericht — der Vorstand des Flottenvereins geht auch darüber mit leichtem Herzen und mit einigen beleidigenden Bemerkungen gegen den verdienten Mann hinweg. Die deutsche Burschenschaft lehnte auf ihrem letzten Vertretertag eine Beitrittung zum Flottenvereine ab, weil ihr die von Schweinburg gepflegte Ordensrederei und Lokalitätswinzeln eines ehrlichen deutschen Mannes unwürdig erscheint. Der Vorstand denkt: Leg's zum Webrigen. Gewinnen wir die akademische Jugend nicht, so haben wir doch unsere Schweinburg. Die berühmten Vertreter der Wissenschaft haben ihre Beteiligung am Flottenverein, wie aus obigem Schreiben hervorgeht, wegen Schweinburg und der von ihm vertretenen, einem nationalen Verein schädlichen einseitigen Erwerbstendenzen abgelehnt. Es bildet sich aus Männern der Literatur und Wissenschaft eine freie Vereinigung für Flottenverträge, deren Veranstaltung doch Sache des Flottenvereins wäre, und diese Vereinigung findet ohne behördliches Protektorat und großindustrielle Mittel diejenigen Sympathien, die dem Flottenverein immer mehr verloren gehen. Der Verein des Herrn Schweinburg und des Fürsten zu Wied trägt auch dies; denn die Eisenindustriellen lassen ihren Mann, der alle ihre Wünsche gegen Verbezahlung vertritt, nicht fallen. Ja, noch mehr. In einer unter anderen auch vom Staats-

sekretär Tirpitz besuchten Versammlung erklärt Prof. Schmöller unter demnächstem Beifall des gesamten Auditoriums, daß er mit Herrn Schweinburg nichts gemein habe — der Führer der Eisenindustriellen aber, Herr Jenke, führt diesen Mann, von dem alle abrücken, dessen Sauberkeit von einem so maßvollen und wohlüberlegten Manne wie dem Leipziger Tagebl. bemängelt wird. Dem Kaiser zu und lobt seinen Vrehangestellen dem Kaiser derart, daß S. M. dem Schweinburg dankend die Hand drückt.

Wir meinen, im Gegensatz zur „T. R.“, daß Herr Schweinburg doch der berufene Mann der Flottenpläne ist. Er hat sein seegewaltiges Herz weit früher entdeckt als die reinlichen Herren Professoren. Er hat der Hamburger Rede vor gearbeitet, während die andern nur bemüht waren, ihn nach zu helfen. Das Vertrauen Krupps ist wichtiger, als die Beweisführungen der gesamten Wissenschaft.

Die Alldeutschen haben jahrelang vergeblich die deutsche Seeheerlichkeit gepredigt. Erst als die Großindustrie und ihr Schweinburg eingriff, ging die Sache vorwärts.

Es wäre die schlimmste Undankbarkeit, wenn man jetzt den Schweinburg beiseite schiebe, der doch alles gemacht hat, und der außerdem in seiner Person die hochmoderne Mischung von klugem Geschäftssinn und thörichten Rationalphrasen unübertrefflich verkörpert! —

Zur Vergessens-Debatte.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ beweist, daß die von socialdemokratischer Seite im Reichstag auf dem Gebiete des Bergwesens vorgebrachten Beschwerden den Regierungskreisen sehr unangenehm sind, indem sie einen Ablehnungsversuch unternimmt, der ihr aber gänzlich mißglückt ist. Auf die Mehrzahl der Beschwerden weiß sie nichts zu sagen. Die Bemängelungen aber, die das Blatt vorbringt, bewegen sich entweder in nichts sagenden Allgemeinheiten oder sind unrichtig.

Die Behauptung, daß die Arbeitslöhne überall mehr gestiegen seien, als die Dividenden der Gesellschaften, wird durch nichts bewiesen. Selbst wenn aber die prozentuale Steigerung der Dividenden in manchen Fällen eine geringere wäre als die der Löhne, so bewies dies nichts, denn jedermann weiß, daß Aktiengesellschaften immer in der Lage sind, ihre Profite mehr oder weniger zu verschleiern. Daß aber das Unternehmertum auch im Jahre 1898, sei es in Form von Dividenden, Aussteuerungen, Reserven oder in anderer Weise, die Ernte gehabt, das sei für heute an den Ziffern aus der „Statistik der ober-schlesischen Berg- und Hüttenwerke“ nachgewiesen. Danach nahmen im ober-schlesischen Bergbau in den letzten Jahren nicht bloß die Arbeitsmengen und zwar mehr als die Arbeiter zu, sondern — und das ist wesentlich — auch die Wertsummen der Produktionsmengen. Von 1893 zu 1898 nahm die Zahl der Arbeiter in den ober-schlesischen Steinöhlen, Zink- und Bleigruben zu um 6,7 Proz., die Arbeitsmenge in dem gleichen Zeitraum um 27,7 Proz., die Wertsummen sogar um 39,4 Proz., die Lohnsumme jedoch nur um 26,2 Proz., wobei festzuhalten ist, daß die Zahl der Arbeiter von 68 auf 73 Tausend gestiegen. Der Durchschnittslohn der über 16 Jahre alten Arbeiter betrug selbst 1898 noch weit unter tausend Mark, nämlich 864. Noch ganz außer acht bleibt dabei, daß die höheren Lohnsummen vielfach nur durch Ueberschichten erreicht wurden.

Sehr leicht macht es sich der Offiziosus mit den Unfällen, deren große Zahl er sehr bedauerlich findet, die aber mit der Natur des Bergbaues so eng verknüpft seien, daß sie auch durch geschickliches Eingreifen nicht viel herabgemindert werden könnten. Den „tendenziösen Ausführungen“ des socialdemokratischen Redners gegenüber wiederholt er die Angaben des Abgeordneten Hilke, die den Statistiken der Berufsgenossenschaften entnommen sind, durch die Wiederholung aber nicht beweiskräftiger werden.

Von je 100 Unglücksfällen sollen nur 1,10 auf die Schuld der Unternehmer zurückzuführen gewesen sein. Sind die Opfer einer Katastrophe todt, so wird es in der Regel schwer sein, den Schuldigen festzustellen. Aber auch sonst werden die Arbeiter vielfach stillschweigend die Schuld auf sich nehmen aus Furcht vor Maßregelung. Außerdem verleiten die immer noch sehr geringen Löhne und manches andere den Arbeiter hier und da, die Vorsichtsmaßregeln außer acht zu lassen.

Abhilfe schaffen könnten hier nur die durch das Vertrauen der Arbeiter getragenen Grubencontroleure. Gegen diese aber wehrt sich das Unternehmertum vor allen Dingen, indem sie die jetzt übliche Inspektion als unzuständig hinzustellen versucht. Wie diese heute ausgeführt wird, dafür nur ein Beispiel aus neuester Zeit. Der Redacteur der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ Huß war wegen Beleidigung eines Zechenbeamten der Zeche Borussia angeklagt. Gelegentlich dieses Prozesses wurde festgestellt, daß der Bergat Scharf — allerdings entgegen den Vorschriften seiner vorgelegten Behörde — sich bei seinen Revisionen einen Tag vorher anmelden ließ; manchmal haben die Vergleute die Ankunft des Beamten sogar zwei und mehr Tage vorher gewußt.

Wir sind überzeugt, daß die Teilnahme der Arbeiter an der Kontrolle viele Mängel beseitigen und die Zahl der Unglücksfälle wesentlich einschränken würde, wie das in England in der That eingetreten ist. Wenn die Regierung dies bezweifelt, so möge sie doch den Versuch machen und Arbeitercontroleure anstellen, um uns das Gegentheil zu beweisen. —

Deutsches Reich.

Wieder ein Flottentelegramm. Der Kaiser hat an den Erbgroßherzog von Oldenburg folgendes Telegramm gesandt: „Freut euch Deine Meldung von der Gründung eines Landesauschusses des deutschen Flottenvereins für das Großherzogtum Oldenburg sende ich Dir herzlichen Dank und aufrichtigen Glückwunsch. Das Protektorat Deines einseitigen für die Größe unseres gemeinsamen Vaterlandes immer thätbereiten Herrn Vaters, sowie das Verständnis und die Willenskraft Deines Vorgesetzten bürgen für den Erfolg eines Beginnes, dessen Früchte auch dem wirtschaftlichen Aufschwunge Deines eigenen Heimatlandes neuen Antrieb geben werden. Wilhelm.“

Früchte, die dem Aufschwung Antrieb geben, sind wohl einem Fehler des Telegraphenbeamten zu verdanken.

Aber auch sonst macht uns das Telegramm ein wenig stamm; wir hatten gedacht, die englische Freundschaft könnte den Eifer der Flottenvermehrung herabstimmen. Was der Freund im Ueberflusse hat, kann man leichter entbehren. —

Nach einem Kanzlerwechsel sehnt sich die agrarische „Deutsche Tageszeitung“. Sie wendet sich dagegen, daß

Pofadomsky wegen des Scheiterns der Justizhausvorlage aus dem Amte scheiden müsse, und meint:

„Groß Pofadomsky war ebensowenig in erster Linie für die Arbeitswilligenvorlage verantwortlich wie Minister v. Miquel für die Kanalvorlage. Beide Vorlagen gehörten eigentlich gar nicht in das besondere Ressort dieser Staatsmänner. Wenn es notwendig gewesen wäre, daß die Ablehnung der Kanalvorlage und die der Arbeitswilligenvorlage den Sturz eines Ministers nach sich gezogen hätte, dann wäre der nächste, ja eigentlich der einzige dazu der Reichskanzler und der königlich preussische Ministerpräsident. Eine andere Annahme bedeutet nur eine Abschwächung der Stellung oder der Person des Kanzlers, an der wir uns nicht beteiligen möchten.“

Das ist eine sehr stachlige Boshheit. Aber es ehrt eigentlich den alten Hohenlohe, daß er den Agrariern im Wege ist. —

Zur Charakteristik Eugen Richters. In einer Polemik mit der „Volkzeitung“, die sich auf ihre Unabgängigkeit berufen hatte, schreibt die „Freisinnige Zeitung“:

„Was ist denn die „Volkzeitung“? Sie ist eben wie jede andere Zeitung ein Stück Papier, das weder selbständig empfindet, noch denkt, sondern gefüllt wird mit Ausführungen nach den Weisungen derjenigen, welche die Zeitung besetzen.“

Daß dieser Satz die Verhältnisse der kapitalistischen Medienpresse richtig wiedergibt, kann nicht bestritten werden. Verblüffend ist nur die Offenheit, mit der hier das Geheimnis der bürgerlichen Preisprostitution preisgegeben wird. Eine Zeitung giebt nicht die Ansichten derer wieder, die sie schreiben und redigieren, sondern der Redacteur ist nur der gefähliche Handelsgeselle der Zeitungsunternehmer. Und da nun Herr Eugen Richter selbst eine Zeitung redigiert, so wird diese hilflose Auffassung von dem Wesen und dem Verfall der Presse zu einer Charakteristik des freisinnigen Führers selbst, dem man in der That nur zugeben kann, daß er in seiner Person die ganze kapitalistische Anechtshaft verkörpert. —

Die Nachrichten über die Entmündigung Berlins werden jetzt von einem Münchener Offiziosus als ultramontane Tendenzmanöver bezichtigt.

Beimütlich ist der Paps an der Nichtbestätigung Kirchners schuld. —

Bauern und Bund der Landwirte. In Hessen betrachten die Bauernführer die Landwirtebündler als ihre Geschäfts-Konkurrenten, was sie nicht hindert, bei Wahlen mit ihnen zusammenzugehen. Die „Deutsche Volkswacht“ der Antisemiten Hirschel und Köhler schreibt in ihrer neuesten Nummer:

„Achtung Bauern! Der Bund der Landwirte rüsst zum Bauernfang! In seinem Bundesorgan kündigt er eine ganze Reihe von Veranlassungen in Hessen an, darunter in König, Langenbrombach, Stelbrunn, Albenhausen, Langenhain, Grebenstein u. a. O. Seine Geschäftsfreisenden werden Euch mit tönenden Phrasen zu locken suchen. Achtecht nicht auf den Leim! Der Verkauf der Landtagswahlen in Baden und Hessen hat klar und unzweifelhaft den Beweis gebracht, daß der Bund der Landwirte bei und seine Aufgabe einzig darin erblickt, für die Rational-Liberalen die Wahlen zu machen. Wollt Ihr diesen Zweck erreichen, so überlaßt dies den Beamten und ihren Saßepentragern, die verstehen das Geschäft schon und es kostet Euch keinen Fleiß. Wozu also Euer Geld an den Bund der Landwirte wegworfen! Handelt danach!“

Der Bund der Landwirte wird nun wohl in seiner Entgegnung dasjelbe von den Bauernbündlern sagen; und sicher sprechen beide diesmal die Wahrheit. —

Auch ein grober Unfug. Bei der Bereidigung der katholischen Rekruten in Kowitz gab der polnische Probst Dulinski Anlaß zu einer erbaulichen Scene. Die katholischen Rekruten waren in der Kirche versammelt. Die Fahne, auf die sie vor Gott ihrem Landesheerren die Treue schwören sollten, war vor dem Altar aufgestellt, flankiert von einem Leutnant und einem Unteroffizier. Da stellte der Probst an den beschlenden Offizier das Verlangen, daß die Fahne aus der Kirche gebracht werde, weil sie nicht geweiht sei. Probst Dulinski hatte mit seiner Zumutung kein Glück. Die Fahne blieb in der Kirche, aber gleich nach der Feier schied der Probst an den Regiments-Kommandant einen Brief etwa folgenden Inhaltes: Auf Grund welcher Bestimmungen ist der grobe Unfug befohlen worden, daß eine ungeweihte Fahne in die katholische Kirche gebracht wird und neben derselben vor dem Altar Soldaten mit dem Helme auf dem Kopfe und mit entblößtem Degen Aufstellung nehmen? Seine Heiligkeit der Paps haben darüber wiederholt ihr Mißfallen ausgesprochen.

Der Probst ist offenbar zu seinem Schreiben durch den Brief des Freiherrn v. Mirbach ermutigt worden. Warum soll er nicht nach seiner Weise den wahren Glauben befördern? —

Die bremischen Bürgerschafts-Wahlen, das heißt zur städtischen Volksvertretung der Republik Bremen, erbrachten der Socialdemokratie am Donnerstag einen unvermutet großen Triumph. In vier städtischen und den vier städtischen Bezirken wurde gewählt. Drei städtische Kreise wurden erobert, im vierten die Majorität für unsere Kandidaten erzielt, aber in diesem ist Stichwahl notwendig. Die Stimmzählungen sind: 21. Bezirk: 200 socialdemokratische gegen 184 und 72 liberale, 20. Bezirk: 295 socialdemokratische gegen 186 liberale Stimmen; 19. Bezirk: 255 socialdemokratische gegen 215 liberale; 22. Bezirk: 216 socialdemokratische gegen 218 liberale und 4 zerstreute Stimmen. Alle Mandate sind nun erobert worden.

Der Sieg im 20. Bezirk ist insofern von besonderer Bedeutung, als der Führer der freisinnigen Volkspartei in Bremen, Professor Walter Lange, der bei den Reichstagswahlen Kleinbürger und Arbeiter für den Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung, Frese, einzusparen suchte und diesmal dem bürgerlich-liberalen Bezirk vor der Socialdemokratie reiten sollte, mit erdrückender Majorität besiegte wurde. Lange erhielt nicht einmal die Stimmen, die der Liberale bei der Wahl 1896 erzielte. Wir erhielten über 100 Stimmen mehr als 1896.

In bremischen Landgebieten gehörte uns bisher ein Mandat (Hastedt). Jetzt haben wir mit 388 Stimmen auch das zweite Mandat erobert; die Gegner hatten gar keinen Kandidaten aufgestellt. Außerdem eroberten wir glänzend das Mandat des Bezirks von Linken Weserufer; unser Kandidat schlug den Beguer mit über 100 Stimmen Majorität (373 gegen 263 liberale Stimmen; 1896: 291 socialdemokratische und 300 liberale Stimmen.) Weiter wurde das Mandat Schwachhausen ebenfalls uns erobert. Nichts Sieg in drei Landbezirken.

Also sechs socialdemokratische Reutiegel! Die Wahlen sind bis auf einen Bezirk abgeschlossen. —

Dresden, 1. Dezember. (Eig. Ber.) Die zweite Kammer des Landtags verhandelte über zwei wichtige Gesetzesentwürfe, die in anderer Form schon dem vorigen Landtage vorlagen, von denen aber abgelehnt wurden. Der eine betrifft die Verwaltungs-Rechtspflege und sieht die Errichtung eines Ober-Verwaltungsgerichts mit vorläufig zwei Senaten, sowie von Verwaltungsgerichten, die von den Kreisoberhauptmannschaften in kollegialer Zusammenberufung gebildet werden, vor. Von socialdemokratischer Seite wurde bemängelt, daß man die Beschwerden in Vereins- und Versammlungsgesetz sowie Unbillbarkeiten-Angelegenheiten nicht unter die Kompetenz der Verwaltungsgerichte stellen sollte. Es sei das sehr zu wünschen, um hier endlich wenigstens einigermaßen einheitliche Verhältnisse zu schaffen, was dem Minister bisher nicht gelungen ist. — Die andere Vorlage betrifft die Regelung der Gehälter der Lehrer an den Volksschulen und Uebernahme der Alterszulagen auf den Staat — eine Sache, die schon viele Jahre in der Schwebe hängend ihrer Erledigung harret. — Der vorige Landtag lehnte einen solchen Gesetzesentwurf ab, weil zur Aufbringung der Mittel von der

Regierung die Vermögenssteuer gefordert wurde. Diesmal hat der Finanzminister ohne neue Steuern bereits 2 Millionen Mark zur Durchführung des Gesetzes in den Etat eingestellt, und deshalb wird das Gesetz wohl nun zu Stande kommen. Nach dem Entwurf, der auch wieder von den verschiedensten Seiten bemängelt wurde, bekommen die kleinen — 93 Prozent aller — Schulgemeinden die Alterszulagen völlig vom Staat vergütet, während Schulgemeinden mit mehr als acht ständigen Lehrstellen für die ersten zweitausend Kinder je 4 M. für ein Kind, für drittes bis fünftes Tausend je 2 M. und für jedes weitere Kind je 1 M. bekommen. Von unserer Seite vertrat Genosse Krähbort den sozialdemokratischen Standpunkt: Uebnahme sämtlicher Schullasten auf den Staat, während Genosse Seifert für Abschaffung der Prügelschule in den Volksschulen plaidierte. Unsere Vertreter werden imgeachtet dieser weitergehenden Forderungen für den Entwurf stimmen. —

Siegen, 30. November. (Fig. Ver.) Der Vertreter unserer Stadt im hiesigen Landtag, Rechtsanwalt Mey, hat sein Mandat niedergelegt. Ob das auf die Ernennung des Herrn Weg zum Notar zurückzuführen ist, oder ob sich der freisinnige Vizepräsident im Landtag politisch vereinsamt fühlte — außer ihm zielt nur noch ein einziger Freisinniger die Zweite Kammer — entzieht sich unserer Kenntnis. Das Wegsche Mandat wäre erst 1903 abgelaufen. Es ist fraglich, ob die Wählerkammer, die vor 3 Jahren Herrn Weg wählten, wieder einen Freisinnigen wählen werden, da von einer freisinnigen Partei hier eigentlich gar nicht mehr gesprochen werden kann. Raddelmaddel ist Trumpf und so ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der noch im Landtage sitzende Freisinnige der 1. yte Mobilaner der ehemals in Hessen so starken freisinnigen Partei sein wird. Der hiesige Freisinn ist nämlich an seiner Kompromisserei zu Grunde gegangen.

Für den Mittelstand-Kanal. Die östliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat sich am 25. d. M. in ihrer Generalversammlung in Hannover für den Bau des Mittel-Land-Kanals ausgesprochen. „Begründet“ wurde die Schwere mit der „veränderten Sachlage“.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Für den November notiert die „Volks-Zeitung“ 15 Fälle von Majestätsbeleidigungen. Von diesen 15 Fällen haben nur 6 zu einer Bestrafung geführt; sie wurden zusammen mit 18 1/2 Monaten Gefängnis geahndet. In 4 Fällen wurden die Angeklagten freigesprochen resp. das Verfahren eingestellt; 5 Personen sind denunziert und angeklagt worden. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der zur Kenntnis gelangten Majestätsbeleidigungen in diesem Jahre auf 289; sie wurden mit ca. 89 Jahren Gefängnis und in einigen wenigen Fällen mit Festungs-Gefangenschaft bestraft.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

— **Wien, 30. November.** Das österreichische Parlament ist also wieder einmal eine Beute der Obstruktion. Nach zweieinhalb Jahren deutscher Obstruktion haben wir jetzt wieder die tschechische; an Abwechslung fehlt es also nicht. Da der Obstruktion keine Kräfte entgegenwirken, weder die Geschäftsordnung des Hauses, noch eine Wertschätzung dieses Parlamentarismus bei den Parteien, so ist es kein Wunder, daß sich die Obstruktion sich ständige Einrichtungen des Parlamentes einbürgern mußte. Bevor das Parlament ganz verreckt, versucht man es noch einmal mit einer „Konferenz“. Nach unzähligen Besprechungen und „Zusammenretungen“ tritt auf die Wilschläge der Plan, die Deutschen und Tschechen zu einer Unterredung zu laden, in der festgelegt werden soll, was den Tschechen als Preis für ihr Aufgeben der Obstruktion angeboten werden könnte. Ob diese Konferenz zu Stande kommen wird, ist in diesem Augenblick noch ungewiß; gar keinem Zweifel scheint es uns aber zu unterliegen, daß keine Konferenz etwas zu Wege bringen kann. Die Konferenz ist ein Obstruktionsmittel mehr; auch sie hat keine andere Bestimmung, als von der kurz bemessenen Zeit einige Tage nutzlos zu verbrauchen.

Das Parlament wäre schon längst heimgeschickt und der § 14 realisiert worden, wenn nicht allgemein die Empfindung wäre, daß damit das Centralparlament eubäulig begraben sein würde. Daß es mit diesem Zerbild einer Volksvertretung nicht geht, nicht mehr gehen will; das ist freilich schon allgemeines Bewußtsein geworden. Der Füllnisprozess Tschechiens ist nun so weit vorgeschritten, daß er nicht mehr zurückgeschaut werden kann, und die chronische Parlamentskrise ist nur ein Gleichnis von dem Zustande des Staates selbst. —

Wien, 1. Dezember. Abgeordnetenhaus. Im Einlauf befindet sich ein Antrag des Schönermanns Mittel, wonach als ausschließliche Verhandlungssprache des Hauses die deutsche Sprache zu gelten habe. Weiter sollen nur Interpellationen und Anträge in deutscher Sprache in das stenographische Protokoll aufgenommen werden. Dieser Antrag wird genügend unterstützt. — Das Haus legt nachmittags die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages Rubid betreffend Verstaatlichung des polnischen Privatgymnasiums im Zeichen fort. Der Generalredner für, Swiech, polemisiert gegen die tschechischen deutschen Abgeordneten und sagt, von einem slavischen Schulwesen in Schlesien könne überhaupt nicht gesprochen werden, da es für die Slaven nur utraquistische Schulen gebe. Die fremde Unterrichtsprache biete für die ganze Nation ein schweres Hindernis auf dem Bildungswege. Redner schließt mit der Versicherung, daß die Polen Schlesiens die Bemühungen für ihre Bildung durch eigene Schulen fortsetzen werden. (Beifall rechts.) Der Generalredner gegen, Heeger, ergreift das Wort.

Heeger erklärt, die Deutschen würden gegen die Dringlichkeit des Antrages Rubid stimmen. Sie können nicht zugeben, daß diese Angelegenheit den Vorkzug vor allen anderen erhalte. Man müsse endlich zu wirtschaftlicher, sozialer Arbeit gelangen; es müsse eine Formel für den Ausgleich der Völker untereinander gefunden und alles vermieden werden, was die Gegensätze verschärfen könnte. (Beifall links.) Nach einer Reihe thatsächlicher Verichtigungen wird die Dringlichkeit abgelehnt, der Antrag selbst der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Das Haus geht sodann zur Tagesordnung, der ersten Lesung des Budgetprojektoriums und des Budgets über. Als erster Redner spricht der Schönermanns Redner. Der Redner kritisiert das Vorgehen der Justizbehörden und deren Praxis zu konfiszieren, befragt die Zustimmung von Galizien, einen engeren Anschluß an Deutschland und schließt mit der Erklärung, daß seine Partei nicht in der Lage sei, dem Ministerium das Budget zu bewilligen. Während der Rede Redners kam es zu lebhaften Auftritten zwischen dem Redner, Wolf und den Christlich-Sozialen.

Die Debatte wurde sodann abgebrochen. Nächste Sitzung: Montag.

Wien, 1. Dezember. Die gemeinsame Beratung des Exekutivkomitees der Reden mit den Obmännern der Deutschen blieb erfolglos. Die Tschechen erklärten, sie könnten die Obstruktion nur aufgeben unter den dem Grafen Clary mitgeteilten Bedingungen, unter denen die Wiedereinführung der inneren tschechischen Dienstsprache an erster Stelle stehe. Die Deutschen lehnten diese Bedingungen entschieden ab. Trotzdem wurden die Verhandlungen nicht abgebrochen. —

Steier, 1. Dezember. Etwa tausend Arbeiter veranstalteten gestern eine Demonstration, um eine der Arbeiterhaftgünstigere Wahlreform für die Gemeinde-Wahlrecht durchzuführen. Die Aufforderung des Stadtschreibers, auseinanderzugehen, wurde mit Lärmen und Steinwürfen beantwortet. Die Polizei zersprengte die Demonstranten mit blauer Waffe. Das requirierete Militär brauchte nicht mehr einzuschreiten. Ein Wachmann wurde durch einen Steinwurf leicht verletzt, eine Person verhaftet. —

Frankreich.

Komplottprozesse.

Paris, 30. November. Die heutige Sitzung wurde durch die Vernehmung der Polizeigenossen angefüllt, welche mit der Vernehmung des „Fort Chabrol“ beauftragt waren. Guérin protestierte mehrmals gegen die Aussagen derselben. —

Advokat Renard protestiert heftig gegen die gestern am Schluß der Sitzung abgegebene Erklärung des Staatsanwalts, er halte es für unnötig, die übrigen Beschuldigten gegen Guérin zu hören. Renard behauptet, die Vernehmung jener Zeugen sei für die Verteidigung von Wert. Nach langer geheimer Beratung spricht sich der Gerichtshof mit 135 gegen 7 Stimmen für die Ansicht den Staatsanwalts aus.

Advokat Evain bringt Anträge ein dahin gehend, einen der neun Zeugen zu vernemen, deren Aussagen der Staatsanwalt verworfen hat. Sämtliche Angeklagte erheben sich und stoßen laute Rufe aus. Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung über die Anträge Evains zurück; die Sitzung wird unter lebhafter Erregung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Fallières, der Gerichtshof habe beschlossen, nicht über die Anträge Evains zu verhandeln. Es folgt die Vernehmung des Generals Roget, welcher über die Vorgänge bei der Kundgebung am 23. Februar berichtet. Er sagt aus, Drouot, welcher an der Spitze der Manifestanten war, habe den Jargon seines, des Zeugen, Pferdes ergriffen. Letzteres habe sich gebannt; er habe darauf seinen Degen auf die Hand Drouots gelegt. Darauf habe dieser losgelassen. Roget sagt, er habe keinerlei von Drouot an die Soldaten gerichtete Ansprache gehört. Auch keiner der letzteren habe Worte Drouots vernommen. Der nächste Zeuge, Hauptmann Morris, sagt aus, er habe gehört, wie Drouot rief: „Nach dem Gifsee!“ General Florentin berichtet, er habe Drouot und Haber, welche sich weigerten, die Akerne zu verlassen, in Gewahrsam bringen lassen. Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Paris, 1. Dezember. Deputiertenkammer. Bei der Beratung des Etats des Innern beantragt Lebods (Socialdemokrat) die Streichung des Kredits für die Interpräfekten. Waldeck-Roussieu bekämpft diesen Antrag, denn die Abschaffung der Interpräfekten dürfe nicht gelegentlich der Etatsberatung erfolgen. Abg. Klog beantragt, daß der Antrag auf partielle Abschaffung der Interpräfekten an die Kommission für die Decentralisierungen überwiesen werde. Der Antrag Klog wird von Waldeck-Roussieu acceptiert und von der Kammer mit 293 gegen 143 Stimmen angenommen. —

Paris, 1. Dezember. Im heutigen Ministerrate wurde beschlossen, daß denjenigen Ländern, welche Frankreich das Meistbegünstigungsrecht zugestehen, eine Herabsetzung des Kaffeepreises gestattet werden könne. —

Paris, 1. Dezember. (J. H. J. J.) In sonst gut unterrichteten Kreisen wird berichtet, daß der Prinz von Wales thatsächlich beschlossen habe, das Präsidium des englischen Komitees für die Pariser Weltausstellung niederzulegen. Man hofft jedoch noch, daß Vorstellungen des Ministers des Äußeren den Beschluß rückgängig machen werden. Vielleicht gründet sich die Versicherung auch nur auf die Stelle der tschechischen Chamberlain, der auf die französische chauvinistische Presse deutend sagte, deren Unhöflichkeit gegen England keine schwere Folgen haben. —

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission brachte in ihrer gestrigen Sitzung endlich die Prüfung der Wahl des Abgeordneten Will (1. Adolm) zum Abschluß. Der gegen die Wahl eingereichte Protest ist der umfangreichste Wahlprotest, der jemals an den Reichstag gelangt ist. Derselbe umfaßt 404 beschriebene große Quartablätter. In der Hauptsache wird Verletzung des Wahlgeheimnisses durch Kontrolle von Seiten der Arbeitgeber, Wahlvorsteher und besonders beauftragter Personen behauptet. Die Kommission beschloß Ausdeutung der Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl und für eine große Zahl der Protestpunkte Beweiserhebung. Es kommen dabei die Wahlen von 77 Bezirken in Betracht und sind für die Fälle nicht weniger als 676 Zeugen benannt. Die Kommission hat zur Verwältigung des Meistbegünstigten fünf Sitzungen gebraucht. — In derselben Sitzung wurde der Bericht über die Wahl des Abgeordneten v. Christen (4. Klasse) (gültig) verlesen und die Wahlen der Abgeordneten Förster (2. Sachsen) und Dr. Bödel (5. Kassel), über welche Erhebungen stattgefunden haben, für gültig erklärt. Die Behauptungen der Wahlproteste, soweit sie zur Beanstandung geführt haben, haben durch die gepflogenen Erhebungen keine Befestigung gefunden. — Ausgesehen wurde die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Schulze (7. Arnberg-Ham-Soest). Gegen diese Wahl liegt ein von der Centrumspartei ausgehender Protest vor. Die Kommission beschloß Erhebung.

Telegraphenwege-Gesetz. In der 14. Kommission des Reichstages wurde am Freitag das Telegraphenwege-Gesetz in zweiter Lesung angenommen. Im wesentlichen wurden die Beschlüsse erster Lesung, mit redaktionellen Änderungen, bekräftigt. Den Bericht an das Plenum wird Dr. Esche (nass.) erstatten. Die Vorlage soll im Plenum noch vor Weihnachten erledigt werden, da das Gesetz schon am 1. Januar 1900 in Kraft treten soll.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. In Reichenbach i. V. erlangten unsere Genossen von acht freien Mandaten vier. Dieser Sieg bedeutet eine Vermehrung unserer Mandate um drei. Bei der Stichwahl in Remscheid blieben unsere Kandidaten um ca. 300 Stimmen hinter den Gegnern zurück, die mit 1587 bis 1628 Stimmen gewählt wurden.

In der Erklärung des Parteigenossen Alb. Meyer in Marburg hat sich durch unsere Schuld insofern ein Jertum eingeschlichen, als es sich nicht um dem Geldgeber der „Pils“, sondern der „Hessischen Landeszeitung“ handelte, was hiermit richtiggestellt sei.

Ueber die Parteithätigkeit in Leipzig erstattet das dortige Agitationskomitee in der „Leipziger Volksz.“ Bericht. Aus dem von einer regen und umfangreichen Thätigkeit zeugenden Bericht sei hier einiges mitgeteilt. Die Gesamtsumme betrug im abgelaufenen Geschäftsjahre 18 500 M., die bis auf 1009 M. ausgegeben wurde. An den Hauptvorstand wurden davon 4000 M. abgeliefert, an die sächsische Parteileitung 1000 M. und außerdem noch für den 11. und 14. sächsischen Kreis 688 M. ausgegeben. Für Streikunterstützungen wurden 3000 M. ausgegeben.

Bei den Gemeinderatswahlen (es gehört zu Leipzig ein sehr großer Landbezirk) war die Partei in 23 Gemeinden siegreich. In ganzen Bezirk sind in 37 Gemeinderäten 84 sozialdemokratische Vertreter.

Flugblätter wurden im ganzen 340 000 verbreitet, dazu auf dem Rande der Agitationskalender. Es wurden 47 größere Partei- und Volksversammlungen abgehalten.

Die Gerichte erkannten wegen politischer Vergehen auf 12 Tage Haft und 150 Mark Geldstrafe, und in einem Falle auf Freisprechung; wegen Vergehens in wirtschaftlichen Kämpfen wurde auf 1 Jahr 4 Tage Gefängnis, 3 Tage Haft und 65 M. Geldstrafe und in drei Fällen auf Freisprechung erkannt.

Ein Arealitag für den Wahlkreis Torgau-Liebenwerda wird am 14. Januar u. J. in Torgau im Lokale des Herrn Kleinm abgehalten werden. Auf der Tagesordnung stehen außer den Berichten und sonstigen geschäftlichen Angelegenheiten die Gemeindevahlen und Landtagswahlen und der nächste Bezirks- und Parteitag. Anträge und dergleichen sind möglichst bald an den Vertrauensmann G. Niesch in Torgau, Königsstr. 232/233 einzusenden.

Die vielen hier in Berlin arbeitenden Genossen aus diesem Kreise mögen es sich gleichfalls angelegen sein lassen, in ihren Wohnorten für Beteiligung an diesem für die Landtagwahlen besonders wichtigen Arealitag zu wirken.

Totenliste der Partei. In Belgien starb vorgestern nach langer Krankheit der Genosse Dr. L. Fagnart, Mitglied der belgischen Deputiertenkammer für Charleroi. Der Verstorbene war Rechtsanwalt und sprach hauptsächlich zu juristischen Fragen.

In Prag starb dieser Tage ein schwer geprüfter Kämpfer, der Genosse Christoph Czerny im Alter von 30 Jahren. Der Verstorbene war ein Opfer der Klassenjustiz. Wegen Hochverrats, Majestätsbeleidigung, Geheimbündelei u. dergleichen durch Verbreitung von Flugchriften, die in seiner Druckerlei hergestellt waren, wurde er im Jahre 1885 zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Er mußte seine Strafe bis auf wenige Wochen voll abtun. Am 13. Juli wurde er aus dem Justizhause entlassen. Hörtausend Genossen bereiteten ihm am Bahnhofe einen herzlichen Empfang. Vor einigen Wochen mußte er ins Krankenhaus gehen und jetzt ist er gestorben. Nur wenige Monate konnte sein Körper noch standhalten. Die durchbaren Qualen fünfzehnjähriger Einperrung haben ihn getödtet. Ehre seinem Andenken.

Zur Entlohnung der Frauenarbeit.

Hierüber, soweit sie die Lage der Handlungsgeschäftlichen betrifft, hat im 4. Heft von Schmollers Jahrbuch Dr. J. Silbermann eine längere Untersuchung veröffentlicht, die sich besonders auf Berlin bezieht. Hier standen dem Verfasser die Aufzeichnungen des Kaufmännischen und gewerblichen Hilfsvereins für weibliche Angestellte zu Gebote und mit Recht sagt Verfasser, daß diesen jahrelangen Aufzeichnungen ein gewisser typischer Charakter zukomme. Zuerst bespricht Verfasser die Lage des Bureau- oder Aufschreibepersonals in Berlin und giebt über dessen Monats-Durchschnittsgehalt folgende Tabelle. Es betrug:

Jahr	1893	1894	1895	1896	1897	1898
bei	62,47	64,61	64,70	68,30	69,74	69,00 M.
bei	303	456	680	805	1028	1328 Personen.

Es erhielten 2/3 ein Gehalt von 60 M. und mehr, aber nur außergewöhnlich Vergabe und Gehälte überschreiten das Durchschnittsgehalt. Das Durchschnittsalter ermittelte der Verfasser nach seinen Vorlagen auf 21 Jahre. Die Durchschnittsdauer der Beschäftigung betrug 3 Jahre. Es bezogen 47 Proz. im Jahre 1898, 30 Proz. im Jahre 1898 Monatsgehälter von weniger als 60 M.! Ist wird diese Thätigkeit von Mädchen „besseren Standes“ ergriffen, weil die Not sie dazu zwingt. Deshalb wird möglichst rasche und lohnende Bewertung der Arbeit erstrebt; wenig geübt für spätere Ausbildung; daher baldiges Stehenbleiben des Gehalts auf einer keineswegs hohen Stufe. Ihrer Herkunft nach sind kaum 1 Prozent aus Arbeiterkreisen und was zu ihnen zu rechnen ist. Mehr als 84 Proz. aber aus „höheren“ Schichten. — Kolossal ist die Differenz zwischen Maximal- und Minimalgehältern. Es kommen Hungerlöhne von 20—30 M. vor, während das Maximalgehalt, das der Stellennachweis von 1893—1898 angiebt, sich auf 175 M. beläuft! Dabei bemerkt der Verfasser an „Beschäftigten“ solche von 25—27 M. Das sind sehr unbefriedigende Zahlen! — Steht es bei dem Verkaufspersonal besser? Bei diesem betrug das Monatsdurchschnittsgehalt:

Jahr	1893	1894	1895	1896	1897	1898
bei	61,47	58,70	57,09	58,88	57,57	60 M.
bei	150	342	452	448	556	626 Personen.

Der Durchschnitt ist also ca. 58 M. Unter denselben fielen mit 50—55 M. 1893; 22, 1894; 29, 1895; 23, 1896; 22, 1897; 23, 1898; 20 Proz.! Die „Beschäftigtenvergütung“ betrug 12 M. im ersten Vierteljahr bis Halbjahr, danach meist 25, am Ende des ersten Jahres 30 M. — Galt man an 58 M. monatlichen Einkommens im Durchschnitt fest, rechnet 1/3 Monat Beschäftigungslosigkeit ab, so ergeben sich 594 M. Jahresgehalt, womit das Existenz-Minimum wohl nicht gedeckt ist, jamaal Verläuferinnen an Kleidung mehr Aufwendungen machen müssen, als andere weibliche Angestellte. Das Durchschnitts-Alder stellt sich nach dem Verfasser auf 20 1/2 Jahre, ca. 1/4 nur ist älter als 21. Die Durchschnitts-Dauer der Beschäftigung ist hier auf 3 1/2 Jahre berechnet. Hier entsammen der „höheren“ Schicht nur 3 Proz., bei den Bureau-Angestellten 11 Proz., während es nach unten hin sich umgekehrt verhält. Der Verfasser bemerkt dazu, daß der niedrigeren Schicht niedrigeres Einkommen entspricht. Die Verkäuferin, die von vornherein weiß, daß sie nicht lange ihren Beruf ausüben werde, tritt auch nicht so energisch auf, um eine Gehaltsverbesserung zu erzwingen. Sie ist überhaupt social noch so unentwickelt, daß sie nur in geringem Maße den von den Standesgenossen organisierten Stellennachweis in Anspruch nimmt. — Bei dem Expeditions- und Lagerpersonal, das nur in großen Fabriks-, Engros- und ganz bedeutenden Detailgeschäften verwendet wird, hat man nach dem Verfasser höhere Expedientinnen zu unterscheiden, welche alle mit Ein- und Ausgang der Waren verbundenen Arbeiten besorgen, daher auch schriftliche Gewandtheit besitzen müssen, und niedere, welche letzteren abgeht, die den Lageristen gleichen. Hier findet Stellungswechsel weniger oft statt. — Das Durchschnittsgehalt betrug:

Jahr	1893	1894	1895	1896	1897	1898
bei	54,07	51,12	51,47	54,15	56,31	53,96 M.
bei	43	67	79	104	77	199 Pers.

Da die Beschäftigungslosigkeit hier seltener ist, ist das Jahreseinkommen etwas höher als das der Verkäuferinnen. Aber Monats-einkommen von 100 M. sind doch auch hier selten. — Das Durchschnitts-Alder giebt Verfasser hier auf 21 Jahre an, der Herkunft nach sind diese Angestellten noch geringeren Schichten entsprossen als die vorhergehenden. Die Beschäftigungslosigkeit beträgt hier ganze 20 M. monatlich. — Das technische Personal wird der Verfasser als „gelernte Arbeiter oder weibliche Handwerker“ bezeichnet wissen und versteht darunter Wäschezusammenreißerinnen, Musterentwerferinnen, Putz- und Damenkonfektionsgeschäfts-Directricen. Das Durchschnittsgehalt betrug:

Jahr	1893	1894	1895	1896	1897	1898
bei	73,5	84	67,4	72,5	71,5	73,2 M.
bei	24	46	75	61	96	130 Personen.

Das Gehalt wird aber oft nur 2/3—3/4 des Jahres bezogen. — Das Durchschnitts-Alder betrug hier 22 1/2 Jahre, die Beschäftigungsdauer durchschnittlich 5 1/2 Jahre. — Hier fehlen bei der Abstammung die „liberalen“ Kreise gänzlich. Auch aus Subalternbeamten- und Arbeiterkreisen ist der Zutritt gering. Für das Fehlen aus letzterer Kategorie giebt der Verfasser zwei Gründe an, von denen der eine sehr sonderbar ausgedrückt ist: „Die „freie“ Tochter des „freien“ Fabrikarbeiters in der Reichshauptstadt läßt sich nicht gern in ein Arbeitsverhältnis ein, das eine andauernde Verheiratung und eine gewisse materielle Solidität erfordert. Aber auch die Betriebsinhaber scheuen sich, Arbeitstochter aufzunehmen, weil sie eine unglückliche Beeinflussung des Milieus ihres Angestelltenkreises befürchten.“ — So richtig der letztere Satz ist, so schief, ja geradezu unsere Arbeiter beleidigend ist der zweite. Es ist eine schlechte Koffschweifern-Manier, die Existenz der Fabrikarbeiterinnen der Ungebundenheit und Unsolidität der Vetreffenden zuzuschreiben. Aber es scheint selbst in katbederocialistischen Zeitschriften nicht ohne solche Wägen und Invektiven gegen die Arbeiter gehen zu können.

Für außerhalb Berlins gab dem Verfasser eine private Umfrage einiges Material. Einige Vergleichszahlen seien daraus noch mitgeteilt. Zunächst für das Bureau-Personal, was seinen Durchschnittsgehalt bei dreijähriger Thätigkeit betrifft. Bremen 47,08 M., Breslau 46,08, Cassel 32,05, Frankfurt 53,09,

Rdn 66,07, Königsberg 24,00 (N), Leipzig 40,03, München 40,00, Hamburg 68,92 M. — Das Verkaufspersonal hat folgende Durchschnittssätze: Berlin 57,6, Bremen 40,8, Breslau 42, Cassel 30, Frankfurt 39, Rdn 40, Königsberg 27 (!), Leipzig 47, München 35, Hamburg 44,4 M. monatlich.

Wir schauen damit in ganz unbefriedigende Verhältnisse, die sich auch dann nicht wesentlich besser anlassen, wenn man mit dem Verfasser die kurze Lehrzeit in Betracht zieht und sie sehr hervorhebt. Und wenn gar bei den Expeditionenbeamten nur ganze 2/3 das Existenzminimum erreichen, wobei es auch wenig verschlägt, daß die Hälfte dieser Angestellten kaum seit drei Jahren thätig sind, so muß man sagen, daß auch dieser arbeitende Teil der Töchter unseres Volkes keinen Grund hat, zufrieden zu sein. Man kann auch im Hinblick auf ihre Lage nicht vom „stetigen Emporsteigen“ derer reden, die von ihrer Arbeit ihren Unterhalt gewinnen müssen. — Wenn auch etwas erfreulich der Umstand wirkt, daß z. B. die Gewährung von Sommerurlaub auf 6 Tage bis 4 Wochen zunimmt, so sieht man doch wieder entgegen, daß die Gewährung von Gratifikationen für die Anstrengungen der Weihnachtszeit — wenigstens für Berlin — im Abnehmen begriffen ist, ferner die ungebührliche Länge der Arbeitszeit, so daß der Verfasser geradezu sagen möchte: „Je länger die Arbeitszeit, je geringer das Einkommen.“ — gm.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hat in Moabit eine Jahrestelle eingerichtet. Es werden dort jeden ersten Montag nach dem Ersten im Monat Mitgliedsbeiträge und Reueinnahmen entgegengenommen.

Zur Förderung des Arbeiterinnenschutzes hatten auch die Parteigenossinnen Charlottenburgs eine Versammlung veranstaltet, in der Genosse Wurm das Referat hatte.

Die Genossinnen, welche der Versammlung bewohnten, festigten durch den Vortrag und die sich anschließende Aussprache die Ueberzeugung, daß es noch eine ungeheure Arbeit kosten wird, einen wirksamen Schutz für Arbeiterinnen zu erreichen, weil es so ungemein schwer ist, die Arbeiterinnen aufzurütteln und zu einem kampfbereiten und kampftrohen Heere zusammenzuschließen. Doch werden sie sich keine Mühe verdrücken lassen, und bei dieser wahrhaften Kulturarbeit sind sie der Unterstützung und Mitarbeit ihrer männlichen Klassen-genossen sicher.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Gewerbegerichts-Beisitzer! Das Gewerbegericht hat in diesen Tagen an die Herren Beisitzer je ein Schreiben gerichtet, worin über die Zugehörigkeit des betreffenden Gewerbes zu einer Zwangsinnung angefragt wird. Da in den Kreisen der Beisitzer Meinungsverschiedenheiten betreffs der Beantwortung der Fragebogen herrscht und am Donnerstag, den 7. Dezember, eine Konferenz der Gewerbegerichts-Beisitzer Berlins stattfindet, wo auch über diese Angelegenheit eine Aussprache herbeigeführt werden soll, so ersuchen die unterzeichneten Ausschußmitglieder die Herren Beisitzer mit der Beantwortung der Fragebogen bis Freitag, den 8. Dezember, zu warten. Eine Rücksprache mit dem Gewerbegericht dieserhalb hat stattgefunden, die die spätere Beantwortung gutgeheißt hat.

Rudolf Willarg, Alwin Körsten.

Soll es im Berliner Baugewerbe zu einem neuen Kampfe kommen?

Diese Frage drängt sich einem auf, wenn man das Verhalten des Unternehmerverbandes in letzter Zeit beobachtet. Das Bestreben, die Vereinbarungen zur Durchführung zu bringen, um den Frieden zu erhalten, hat anfangs bei den hiesigen Unternehmern ohne Zweifel wohl bestanden, seit dem Karlsruher Tagen hat sich dies aber geändert. Die Scharfmacher haben wieder Oberwasser bekommen, Onkel Jellisch, dem jede Arbeiterorganisation ein Gräuel ist, scheint wieder seinen unheilvollen Einfluß geltend zu machen. In der letzten Zeit sucht man immer mehr unorganisierte Arbeiter aus dem einseitig von den Unternehmern verwalteten Arbeitsnachweis zu entnehmen, oder die Lohnarbeiter durch Accordsarbeiter zu ersetzen. Die Abmachungen werden in so häufigen Fällen von den Bauunternehmern durchbrochen, daß die Arbeitervertreter in der Auktions-Kommission fortgesetzt unterwogen sind, um die Streitigkeiten zu schlichten. Alles deutet darauf hin, daß der Unternehmer-Verband auf einen Bruch hindrängt. Da er aber nicht gern das Odium des Vertragsbruchs auf sich laden möchte, sucht er die Arbeiter durch Ghilantierung zum Bruch zu treiben. Damit werden die Scharfmacher im Unternehmer-Verband — denn es beteiligen sich nicht alle an dieser Hehe — aber hoffentlich keinen Erfolg haben. Die Arbeiter werden alles vermeiden, was als Vertragsbruch aufgefaßt werden könnte, sie werden ruhig und entschlossen auf dem Boden der Vertragsbedingungen verharren und sich nicht in den Streit hineindrängen lassen zu einer Zeit, die den Unternehmern als die passende erscheint. Die Arbeiter wollen überhaupt nicht den Kampf, sie bestehen nur auf der Erfüllung der Vertragsbedingungen.

Achtung! Buchbinder, Kontobuchhalter! Ueber die Kontobuchfabrik von Roritz u. Kummer, Landbergstr. 72, ist die Sperre verhängt. Wir ersuchen, dies streng zu beachten.

Die Vertrauenspersonen.

Deutsches Reich.

An die deutschen Rechtskonsulenten! Kollegen! Die Andeutung, welche der preussische Justizminister der vom Reichstage im Februar v. J. beschlossenen Aenderung der Civil-Prozessordnung, betreffend unsere Zulassung zum mündlichen Verhandeln vor Gericht (§ 157 Abs. 4), gegeben hat, und vor allem auch die völlig rechtlose Stellung, in welcher wir uns nach wie vor gegenüber der auf „freies Ermessen“ jedes einzelnen Richters basierten Behandlung befinden, müssen jeden Rechtskonsulenten mit Naturnotwendigkeit bereits zu der Erkenntnis gebracht haben, daß es endlich an der Zeit ist, durch ein zielbewusstes geschlossenes Vorgehen gegen diese — Rechtsunsicherheit, welcher wir unterworfen sind, energisch Front zu machen. Wie jeder andere Proletarier sich mit seinen Berufsgenossen in Verbänden zusammenschließt, um so seine Berufsinteressen wirksam zu vertreten, so müssen auch wir endlich daran gehen, einen Interessentenverband der deutschen Rechtskonsulenten zu gründen.

Nicht in zünftlerischen Vereinen dürfen wir uns zusammenschließen, wenn wir etwas für unseren Beruf erreichen wollen, sondern in einer ausgesprochenen Kampfsorganisation.

Kollegen, welche gleich mit den ersten Willen haben, nach dieser Richtung hin für unsere Berufsinteressen thätig zu sein, werden gebeten, mir ihre Adressen mitzutheilen, damit weitere Schritte zur Gründung des angebeuteten Verbandes oder einer gesonderten Sektion des bereits bestehenden „Bureau-Angestellten-Verbandes“ getan werden können.

Mit kollegialem Gruß

Ernst Rieger,
Rechtskonsulent, Spandau, Volkststr. 3.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck dieses Aufrufs gebeten.

Ausland.

In Jägerndorf (Ostreich-Schlesien) stellten die Arbeiter zweier Tuchfabriken die Arbeit ein. Die Unternehmer drohen mit allgemeiner Aussperrung.

Soziale Rechtspflege.

Verfälschung der Folgen eines Betriebsunfalles. Mit einem Rechtsstreit gegen die Berufsgenossenschaft für Gas- und Wasserwerke hatte sich das Reichs-Versicherungsamt unter dem Vorsitz des Geheimrats Sasse zu beschäftigen. Der Arbeiter Hoffstadt hatte sich am 10. Mai 1895 im Betriebe der städtischen Gasanstalt in Berlin die rechte Hand verletzt. Die Ärzte stellten damals eine Verletzung fest. Er erhielt wegen der Folgen des Unfalles eine Rente, zuletzt eine solche von 33 1/2 Proz. Diese wurde im April 1897 eingestellt, nachdem die Ärzte Dr. Schütz und Sanitätsrat Long den G. für völlig erwerbsfähig erklärt hatten. Später trat G. in den nicht-versicherungspflichtigen Betrieb der Firma Meier u. Kompf als Hausdiener ein. Am 25. Oktober 1898 bewachte er hier einen ins Wanken geratenen Stapel Kohlenlasten dadurch vor dem Umfallen, daß er die oberen Rasten mit der rechten Hand schnell stützte. Obwohl der Stoß gegen die Hand nur ein sehr leichter war, erkrankte die Hand derart, daß G. sich in ärztliche Behandlung begeben mußte und in dem seit dem neuen Unfälle verflochtenen Jahre nur etwa 10 Wochen arbeiten konnte. Er hatte alsbald bei der Gas- und Wasser-Berufsgenossenschaft beantragt, ihm wieder eine Unfallrente zu gewähren, ist aber sowohl von der Berufsgenossenschaft, wie auch vom Schiedsgericht abgewiesen worden. Beide Instanzen nahmen an, daß es sich um die Folgen eines neuen Unfalles in einem überhaupt nicht-versicherungspflichtigen Betriebe handele und daß schon deshalb die beflagte Berufsgenossenschaft in keiner Weise haftbar gemacht werden könne. Der Vertrauensrat Dr. Schütz und der Sanitätsrat Dr. Long hatten sich in diesem Sinne ausgesprochen, während der Dr. Spiegel in einem vom Kläger beigebrachten Gutachten erklärt hatte, daß der jetzige Zustand der rechten Hand mit dem zweifellos entschädigungspflichtigen Betriebsunfall vom 10. Mai 1895 insofern zusammenhänge, als ohne diesen Unfall der leichte Stoß vom 5. Oktober 1898 nicht eine derartige Erkrankung hätte zur Folge haben können. — Hoffstadt legte den Rechtsrat ein, und das Reichs-Versicherungsamt beschloß darauf, noch ein Obergutachten des Professors Körte einzuholen. Diese Autorität führte aus, daß der Kläger an einer chronischen Entzündung des rechten Handgelenks leide, die Schmerzen verursache und die Muskulatur des Armes geschwächt habe. Auch zeige sich ein Schlimmerwerden. Der Stoß gegen die Kohlenlasten sei nicht so stark gewesen, daß er selbständig einen solchen krankhaften Zustand der Hand hätte herbeiführen können. Es müsse deshalb eine Verfälschung eines schon bestehenden Leidens angenommen werden, und zwar des Leidens, das durch den Betriebsunfall in der Gasanstalt bereits 1895 verursacht worden sei. — Das Reichsversicherungsamt, vor dem der Kläger durch den Rechtsanwalt Habra vertreten wurde, hob nunmehr die Vorentscheidung auf und sprach die Verpflichtung der Berufsgenossenschaft aus, Hoffstadt eine Rente zu gewähren. Es handelte sich um eine Verfälschung eines durch den Betriebsunfall vom Mai 1895 geschaffenen Krankheitszustandes. Die Festsetzung der Rentenhöhe wurde einem besonderen Befahren vorbehalten.

Dem Möbelhändler N. war zu Ohren gekommen, daß ein Chef der Firma Zelder u. Platen sich mißbilligend darüber geäußert hatte, daß N. zu langsam arbeite. Der Möbelhändler hatte bereits neun Monate bei der Firma zu deren Zufriedenheit gearbeitet und legte nunmehr in Wärsen über die gestellte Kündigung ohne Kündigung die Arbeit nieder. Die Firma weigerte sich, für die 3/4 Tage, die N. bereits in der Woche gearbeitet hatte, den Lohn zu zahlen, weil nach der Arbeitsordnung das Arbeitsverhältnis nur nach vorausgegangener Kündigung am Sonnabend gelöst werden dürfte und sie ein Recht habe, die 14 Tage für den von N. besangenen Kontraktbruch einzubehalten. Die Kammer IV des Gewerbegerichts, an die N. sich nunmehr wandte, pflichtete den Ausführungen der Firma bei und wies den Kläger ab.

Gerichts-Beitrag.

Wie bringen Polizei und Gericht den Arbeitern die Liebe zum Vaterlande bei? Im Januar dieses Jahres wurde in Lünen bei Dortmund unter dem Namen „Vorwärts“ ein Gesangsverein gegründet. Obwohl der Verein sich lediglich zum Ziel gesetzt hatte, durch Gesangsübungen das musikalische Interesse der Sängern und Nichtsängern zu erwecken, hatte er sich doch von vornherein einer ganz besonderen Aufmerksamkeit der Polizei zu erfreuen. Weil zum Besuch der Gründungsverammlung in der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung „aufgefordert“ worden war, überließ den Bürgermeister und Polizeiverwalter die belamte „rote Furcht“. Er verlangte die Anmeldung der harmlosen Versammlung und drohte mit ihrer Auflösung. Die Aufforderung in dem „anerkannten Vorzeigorgan der Sozialdemokratie“ lasse auf politische Absichten schließen. Im Scherzereien zu vermeiden, meldete man die Versammlung an und reichte sogar das Statut ein, obwohl man sich nicht dazu verpflichtet hielt. Die Polizei ließ sich aber auch durch das Statut nicht davon überzeugen, daß nur die edle Gesangeskunst vom Verein gepflegt werden solle. Sie verlangte auch die Einreichung der Mitgliederliste, indem sie geltend machte, der Verein bezwecke eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten. Und zwar begründete sie diese Annahme damit, daß der Verein in zwei Uebungsstunden das Lied gesungen habe: „Im Osten glüht der junge Tag“, dessen Refrain lautet: „Wir Sozialisten ziehn ins Feld, und unser ist der Morgen“. Die Liste wurde nicht eingereicht, worauf der Vorsitzende, Bergarbeiter Schmitt, ein Strafmandat über 5 M. erhielt. Er sollte die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes übertritten haben. Das Schöffengericht zu Dortmund, bei dem er dann seine Freisprechung beantragte, erhöhte die Strafe auf 20 Mark event. vier Tage Haft. Der Angeklagte und der Rechtsanwalt legten Berufung ein. Ersterer bestritt jede Absicht, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken, während der Rechtsanwalt beantragte, G. mit der höchstzulässigen Strafe von 100 Mark ev. 8 Wochen Gefängnis zu bestrafen. Wörtlich führte er aus: „Der Angeklagte gehört der Umsturzpartei an, die sich selbst außerhalb des Gesetzes stellt und ist deshalb, wenn überhaupt, dann nur mit den höchsten zulässigen Strafen zu belegen.“ Diesen hohen Grad von Reichthumsfreundlichkeit machte sich das Landgericht dem doch nicht zu eigen. Es wies beide Berufungen zurück und bestätigte das schöffengerichtliche Urteil. — Der Angeklagte legte nunmehr Revision ein und rügte, daß das Landgericht den § 2 des Vereinsgesetzes falsch angewandt habe. Der Straf- und Kammergericht verwarf jedoch die Revision mit folgender Begründung: Der Vorderriater habe ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß der Gesangsverein „Vorwärts“ nicht nur die Gewinnung seiner sozialdemokratischen Mitglieder stärken, sondern auch andere Personen der Sozialdemokratie zuführen wolle. Darin liege aber wegen der Bekundungen dieser Partei eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten.

Ein erschütternder Fall spielte sich gestern vor dem Schwurgericht am Landgericht II ab. Aus der Untersuchungshaft wurde der 29jährige Arbeiter Friedrich Konarski vorgeführt, der der schweren Körperverletzung mit tödlichem Erfolge beschuldigt war. Der Angeklagte saß am Abend des 26. August mit seinen Freunden, den Arbeitern Schliepach und Moritz, im Hoppnerschen Schanklokal am Nordhafen, wo sie im Vorgarten Platz genommen hatten. Moritz führte ein Rad bei sich und hatte nichts dagegen, als Schliepach den Wunsch aussprach, es auf eine Viertelstunde zu probieren. Während der Abwesenheit Schliepachs wurde die Aufmerksamkeit des Angeklagten auf eine Gruppe von Personen gelenkt, die sich am Eingange des Vorgartens in einem Wortwechsel befand. Als der Angeklagte die Gefrau seines Freundes Schliepach in der Gruppe bemerkte, trat er näher. Frau Schliepach hatte ihren Ehemann in dem Hoppnerschen Lokale gesucht, indem sie von der Straße aus die Gasse überblickte. Drei

junge Leute, welche im Begriffe waren, den Vorgarten zu betreten, blieben bei ihr stehen und einer von ihnen, der 18jährige Schneider Wittmann, sprach sie in unpassender Weise an. Frau Schliepach wies ihn zurück mit dem Bemerkten, daß sie eine anständige Frau sei und ihren Mann würde, wenn man sie nicht in Ruhe lasse. In diesem Augenblick trat der Angeklagte an die Gruppe heran. Wie er behauptet, hat Frau Schliepach ihn mit den Worten angeredet: „Gerr Konarski, der Mann hier hat mich beleidigt, haufen Sie ihn doch ein Paar herunter!“ Einer der Begleiter Wittmanns führte einen Stod bei sich. Mit schnellem Ausstrich ihm der Angeklagte den Stod, sagte ihn am unteren Ende an und verlegte dem Wittmann mit der schweren Horntrübe des Stodes einen wichtigen Schlag gegen den Hinterkopf. Der Geschlagene sank nicht zu Boden, sondern lief nebst seinen beiden Begleitern davon. Der Angeklagte hielt die Gelegenheit damit für abgethan, er nahm wieder seinen Platz ein und kniepte mit seinen Freunden weiter. In der Frühe des folgenden Morgens wurde er verhaftet, er bekam keinen geringen Schrecken, als er erfuhr, daß der von ihm Geschlagene während der Nacht verstorben sei. Wie der Sachverständige, Geheimrat Dr. Long, begutachtete, hatte der Verstorbene einen Schädelbruch erlitten, der den Tod zur Folge haben mußte. Erschwerend fiel gegen den Angeklagten ins Gewicht, daß er während seiner Militärzeit wegen eines brutalen Vernehmens gegen ein Mädchen mit 10 Tagen Gefängnis bestraft war. Die Geschworenen verurteilten ihn zur Verbilligung von mildernden Umständen, worauf Staatsanwalt Kleine gegen den Angeklagten, der ein junges, blühendes Menschenleben vernichtet habe, eine Zuchthausstrafe von sechs Jahren beantragte. Der Verteidiger Rechtsanwalt Edelstein bat um eine niedrigere Strafe, indem er darauf hinwies, daß der Angeklagte sich doch nicht aus einem unedlen Beweggrunde zu der That habe hinreißten lassen. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Gefängnis. Der Angeklagte erklärte, sich bei dem Urteil nicht beruhigen zu wollen.

Bemerkt sei noch, daß der Angeklagte, bevor er das Hoppnersche Lokal betrat, an einer Arbeiterversammlung teilgenommen hatte.

Aus Bochum wird berichtet: In dem Prozesse gegen den Chefredacteur der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, Dr. Reimann-Grone, und den Redacteur derselben Zeitung v. Braden wegen Beleidigung des Bochumer Landrats, sowie der beim Herrn v. Braun am amtlich thätigen Polizeibeamten verurteilte das hiesige Landgericht gestern Dr. Reimann-Grone zu 300 M. und v. Braden zu 100 M. Geldstrafe.

Mordprozeß. Aus Wien wird berichtet: In dem Prozesse gegen das Ehepaar Aufschera trat der Staatsanwalt vor der Anklage gegen Rudolf Aufschera zurück, hingegen wurde Maria Aufschera wegen Mordes, begangen an ihrer elfjährigen Stieftochter Anna, zum Tode durch den Strang verurteilt. Die Stiefmutter hatte das Kind in bestialischer Weise zu Tode gequält.

Der Krieg.

Aus Natal liegen heute überhaupt keine Nachrichten vor. Auf dem Kriegsschauplatz im Westen scheint sich eine neue Schlacht ähnlich von Kimberley vorzubereiten. Wenigstens ist ein großer Teil der Belagerungsstruppen von Kimberley und Masering südwärts gegen die Armee Lord Methuens abgegangen. Es liegen über die Vorkommnisse im Westen folgende Nachrichten vor:

London, 1. Dezember. Dem Reuterschen Bureau ist aus Kimberley via Mosfontein folgende vom 24. v. M. datierte Meldung zugegangen: Die Boeren haben heute zwei große Durchlässe in der Nähe der Schießlinie an der Eisenbahnlinie nach Spynfontein in die Luft gesprengt. Die Nähe der Entlastungstruppen ermutigt die Garnison und die Einwohner von Kimberley in hohem Maße. Die Boeren wurden heute nur in kleinen Abteilungen zu etwa 50 Mann rund um Kimberley gesehen. Man glaubt, daß ihre Hauptmacht nach Spynfontein gegangen ist, wo man heute mittag Schießen hörte. Wie von Kaffern gemeldet wird, befinden sich bei Orlamsdam 2 große Boerenlager mit 150 Wagen. Man nimmt an, daß dort die Operationsbasis der Preßhaatboeren an der Westgrenze ist. Das Befinden aller unserer Verwundeten ist gut. Heute ging ein gepanzerter Zug zur Reconnoscierung gegen Dronfeld vor; er wurde jedoch alsbald von einem Boerengehäu unter Feuer genommen und lehrte nach dem fünften Schuß nach Kimberley zurück.

London, 1. Dezember. Das Kriegsamt veröffentlicht eine Depesche des Obersten Baden-Powells, aus Masering vom 20. November: Alles wohl hier! Cronje zog ab und hinterließ den größten Teil der Geschäfte mit zwei Kommandos mit dem Befehl, uns bis zur Uebergabe zu beschützen. Die Beschreibung dauert mit geringem Erfolge fort. Ich rüde täglich vorgeschobene Werte hinaus. Die Gesundheit der Garnison ist gut. Es sind keine Verluste zu verzeichnen.

Aus Kimberley wird berichtet, daß die Gefechte zwischen der Garnison und den Belagerungsstruppen täglich fortandern. Dieselben führten bisher zu keinem Ergebnis. Es wird festgestellt, daß die Boeren seit Beginn des Krieges bei Kimberley 6000 Geschosse verbraucht haben, die Engländer dagegen noch keine 600.

Truppen-Nachschub.

Lord Wolseley erklärte bei Gelegenheit eines Banketts, es sei beschlossen worden, eine weitere Division des zweiten Armee-corpors einzubringen; die neue Division werde in vier oder fünf Tagen auf dem Wege nach Südafrika sein.

Wer glaubt es?

Arthur Chamberlain, der Bruder des Kolonialsekretärs teilt mit, daß die answärts verbreitete Meldung, er habe im verflochtenen Frühjahr den Boeren eine erhebliche Anzahl von Patronen geliefert, unbegründet sei.

Lezte Meldungen.

London, 1. Dezember. Ein Abendblatt meldet aus Freere den 28. November: Die Boeren berichten, die Witke über den Zugelastzug bei Colenso zu sprengen, wurden aber durch englische Artillerie und berittene Infanterie gezwungen zurückzugehen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Schwelm, 1. Dezember. (D. S.) Der Rheinischer Personenzug fuhr bei Reddinghausen auf einen Güterzug. Die Zahl der Verunglückten ist nicht bekannt.

Tourcoing, 1. Dezember. (W. L. B.) Unter den Textilarbeitern ist ein Streik ausgebrochen, der sich bereits auf zwölf Fabriken erstreckt. Die Gendarmerie verhindert mit Wähe Streikmanöver.

Sevilla, 1. Dezember. (W. L. B.) Bei Gelegenheit einer Rosenkranz-Procession in Santiponce wurden aus einigen Volksgruppen Schandhufe auf die Mönche laut. Man warf die Heiligen mit Steinen, mehrere Personen wurden verletzt, darunter ein Geistlicher.

Nairo, 1. Dez. Meldung des „Reuterschen Bureau.“ Offiziere der Sudan-Armee erzählen, daß der Khalif, als er sah, daß es unmöglich sei zu entkommen, seine Emire aufgefodert habe, bei ihm zu bleiben und mit ihm zu sterben. Er habe soeben ein Schloß auf den Boden ausgebreitet und sich, seine Emire zur Rechten und Linken, darauf niedergesetzt. Die Schiffe trafen seinen Kopf, sein Herz, den einen Arm und seine Emire. Seine Emire und seine Leibgarde starben an seiner Seite. Die Truppen Oberst Wingates schickten über den Khalifen und die Emire hinweg und Oberst Wingate lebte erst zurück, um die Leiche zu sehen, als er die Meldung vom Tode des Khalifen erhalten hatte.

Reichstag.

114. Sitzung vom 1. Dezember 1899, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf v. Posadowsky, Freiherr v. Thielemann.

Eingegangen ist der Etat nebst dem Anleihegesetz. Die zweite Beratung der Gewerbe-Ordnung - Novelle wird fortgesetzt bei Artikel 9, in welchem die infolge der Annahme der bisher beratenen Paragraphen notwendigen Änderungen der Strafbestimmungen festgesetzt werden.

Abg. Dr. Oespergelt (C.) beantragt, die Bestimmungen zu streichen, daß die Gastwirte bestraft werden, wenn sie unterlassen, das Verzeichnis der von ihnen gestellten Preise in ihren Geschäftsräumen an einer in die Augen fallenden Stelle anzuschlagen, sowie daß die Stellenvermittler bestraft werden, die dem Stellensuchenden vor Abschluß des Vermittlungsgeschäftes die für ihn zur Anwendung kommende Lage nicht mitteilen, endlich einige redaktionelle Änderungen.

Gesamtheit erklärt, daß Bedenken gegen diese Anträge seitens der Regierung nicht vorliegen.

Die Anträge werden angenommen und mit diesen Änderungen Artikel 9 genehmigt.

Es folgt die Beratung des Antrages Albrecht und Gen. (Soe.), einen neuen Artikel 9a einzufügen, der an Stelle der §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung folgende Bestimmungen zum

Schutz und Ausbau des Koalitionsrechts

setzen will:

§ 152 erhält folgende Fassung:

Personen, welche gegen Vergütung die Leistung von Diensten oder die Herstellung von Werken übernehmen, haben das Recht, Vereinigungen zu bilden oder Verabredungen zu treffen, die eine Einwirkung auf Arbeits-, Gehalts- oder Lohnverhältnisse, für die Teilnehmer oder für dritte bezwecken.

Dies gilt insbesondere für Gewerbetreibende, Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reichs, Staats, der Gemeinden und öffentlich-rechtlichen Korporationen, sowie der für deren Rechnung geführten wirtschaftlichen Betriebe, Handlungsgehilfen, Gewerbegehilfen, Lehrlinge, Tagelöhner, Seimarbeiter, Hausindustrielle, Gefinde, Hofgänger, Landarbeiter, Forstarbeiter, Insleute, Einlieger, Seelenute, und von Vereinigungen und Verabredungen, welche die Wahrnehmung von Berufsinteressen, die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Einstellung der Arbeit oder durch Entlassung der Arbeiter, sowie die Unterstützung Arbeitsloser und Hilfsbedürftiger bezwecken.

Jedem Teilnehmer steht der Austritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei, und es finden aus letzteren weder Klage noch Einrede statt.

Alle entgegenstehenden Verbote und Strafbestimmungen sind aufgehoben.

In der § 152 werden folgende Paragraphen eingeschaltet: § 152a.

Vereinigungen und Versammlungen der in § 152 genannten Art unterliegen nicht den landesgesetzlichen Bestimmungen über das Versammlungs-, Vereins- und Versammlungsgewesen. Insbesondere dürfen solche Vereinigungen mit anderen in Verbindung treten und Versammlungen veranstalten und in denselben zur Förderung der in § 152 genannten Zwecke politische Gegenstände erörtern und auf die Verwaltung und Gesetzgebung einzuwirken suchen.

§ 152b.

Aufforderungen zur Förderung der in §§ 152 und 152a aufgeführten Zwecke oder Unternehmungen, Geldsammlungen, welche diesen Zwecken oder Unternehmungen dienen, Mitteilungen und Erklärungen, welche dieselben betreffen, die Verbreitung oder Verteilung von Druckschriften, welche diesen Zwecken dienen, sind jedermann gegenüber zulässig und unterliegen keinen landesgesetzlichen Bestimmungen, dürfen auch nicht als grober Unfug oder als Verletzung der Bestimmungen über Sonntagsruhe erachtet werden.

Der Aufenthalt auf öffentlichen Plätzen, Straßen und an anderen öffentlichen Orten zum Zwecke solcher Aufforderungen, Mitteilungen oder Erklärungen darf nur unterlagert werden, wenn durch den Aufenthalt der Zustand der in den §§ 115, 116, 123-25, 127 des Strafgesetzes gedachten Handlungen erfüllt wird.

§ 152c.

Das Verlangen, einen Arbeitsvertrag zu schließen, andere in Arbeit zu nehmen, andere Arbeitsbedingungen, insbesondere höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit zu gewähren, oder bestimmte Bedingungen als Voraussetzungen für Fortsetzung oder Aufnahme der Arbeit zu erfüllen, sowie das Verlangen, einer Wohlthätigkeitsanstalt einer öffentlich-rechtlichen Korporation oder einer politischen, gewerblichen oder gemeinnützigen Vereinigung eine Zuwendung zu machen, ist nicht als rechtswidrig und der dadurch erzielte Vermögensvorteil nicht als ein rechtswidriger im Sinne irgend eines Gesetzes zu erachten.

§ 152d.

Ein Arbeitgeber oder Stellvertreter eines solchen, der sich mit einem anderen Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter verabredet oder vereinigt, Arbeitern deshalb, weil sie an den in §§ 152 und 152a der Gewerbe-Ordnung genannten Vereinigungen, Versammlungen, Geldsammlungen, Aufforderungen, Mitteilungen oder Erklärungen teilgenommen haben, ihr ferneres Fortkommen oder die Arbeitsgelegenheit zu erschweren, sie nicht in Arbeit zu nehmen oder sie aus der Arbeit zu entlassen, wird mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft, sofern nicht nach dem allgemeinen Strafgesetze eine höhere Strafe eintritt.

Der Versuch ist strafbar.

Auf Antrag des Abg. Vebel findet die Diskussion über sämtliche Paragraphen des Antrages zugleich statt.

Abg. Heine (Soe.):

Meine Herren! Die Anträge, die wir heute hier zur Besprechung stellen, sind ja schon Gegenstand so vieler Erörterungen außerhalb dieses Hauses gewesen, daß ich ganz gut weiß, was gegen sie gesagt werden könnte, wenn heute bei den anderen Parteien Stimmung vorhanden wäre, überhaupt etwas dazu zu sagen. Trotzdem aber diese Stimmung nicht vorhanden ist, halte ich es doch für notwendig, unsere Anträge näher zu begründen.

Man hat uns vorgeworfen, wir hätten die Anträge bloß gestellt, um den hervorragendsten Eindruck zu verursachen, den es gemacht hätte, daß auch nicht sozialdemokratische Politiker sich gegen die Justizvorlage mit solcher Entschiedenheit erklärt hätten. Nichts hat uns ferner gelegen, als diesen Zweck damit zu erreichen.

Rein, wir haben eine ganz andere Pflicht in uns gefühlt. Nachdem diese Vorlage damals zurückgeschlagen war, galt es jetzt zu zeigen: worin ist das heutige Koalitionsrecht zu verbessern. Herr Dr. Lieber hatte seine bei der ersten Lesung der Justizvorlage angehängten Anträge nicht eingebracht, die Möglichkeit, sie zu beraten, war also nicht gegeben. Also mußten wir herans.

Dazu kommt das andere: auf einen Schlag gehört sich ein zweites. Man würde es nicht verstehen, wenn wir uns damit begnügen hätten, hier ruhig und stolz diese Justizvorlage mit anzusehen und zu sagen: Nun ist es genug! Das ist nicht so leicht totgeschlagen. Es ist nun ja angeländert worden, daß diese Vorlage wieder erkommen wird; die Herren, die das unangehörige Unheil mit ihr gehabt haben, sehen sich durchaus nicht veranlaßt, die Erwartung zu erfüllen, daß man sie nicht wiedersehen würde. Sie bleiben und damit bleibt der Gedanke dieser Justizvorlage. Darum ist es notwendig, daß wir zeigen, wie das Koalitionsrecht wirklich aussehen müßte, wenn es dem Arbeiter etwas nützen sollte.

Man hat auch in der Presse schon gesagt, daß es eigentlich sehr unrichtig sei, diesem hohen Hause seine Zeit zu rauben, indem man über derartige Dinge rede. Jedenfalls steht denen ein folder Vorwurf schlecht an, die in den letzten Tagen in die Beratung über die Gewerbeordnungs-Debatten über den Zukunftsstaat und das Weib und die Ehe in einer lommenden Gesellschaft eingewandt haben.

Nun aber zur Sache! Bei der Beratung der Justizvorlage fragte Abg. Büsing: Wozu die Aufregung? Dies Wort greife ich auf. Wozu die Aufregung, die furchtbare Aufregung unsern Anträgen gegenüber? Wozu der entsehlige Lärm in der Presse? In konservativen, namentlich in freikonserватiven, aber auch in einigen nationalliberalen Blättern war zu lesen, daß wir mit unsern Anträgen die Diktatur des Proletariats herbeiführen wollten und damit direkt in den Zukunftsstaat gerieten. Es ist die direkt unwahre Behauptung aufgestellt worden, wir wollten für die Arbeiter eine Straffreiheit für ungesetzliche Handlungen einführen. Aber den Beford hat doch die ministerielle „Berliner Korrespondenz“ erreicht, für deren Inhalt ein preussischer Minister verantwortlich ist, der auch Mitglied des Bundesrats ist. In dieser „Berliner Korrespondenz“ heißt es, daß diese Anträge eine Untergrabung der monarchischen Struktur unseres Staatswesens bedeuten. In den ganzen Anträgen ist zwar nicht mit einem Worte von der Monarchie die Rede. Die Rede ist nur von der unbefchränkten Koalitionsfreiheit und da muß ich sagen: wenn es eine Untergrabung der Monarchie ist, für die Arbeiter das gleiche Recht zu fordern, das heute die Unternehmer haben, dann müßte ich annehmen, daß die Grundlage, auf der die Monarchie beruht, nicht die der Gerechtigkeit wäre.

In den Artikel kommt noch ein wunderschöner Satz vor, welcher lautet: „Glauben die Sozialdemokraten wirklich, daß das Band, welches Jahrhunderte gemeinsamer Arbeit und gemeinsamen Leidens um Monarchie und Volk geschnitten haben, in wenigen Jahrzehnten gelöst werden kann, glauben sie wirklich, daß unser kaiserlicher Herr, dessen ganze Lebensarbeit dem Glücke und der Größe des Vaterlandes gewidmet, im Augenblick der Gefahr den Weg zum Herzen des Volkes nicht finden wird?“ Man muß vergeblich nach einem Zusammenhange mit unsern Anträgen und dieser Tirade. Ich weiche nur auf das eine hin, daß es ein von einem preussischen Ministerium herausgegebenes Blatt ist, welches in dieser Stelle in einer so anfechtbar ungenierten Weise die Person des Kaisers in eine ganz objektive politische Debatte hineinzieht. Wunderlich ist es für ein solches Regierungsblatt immerhin, wenn es andeutet, daß erst im Augenblicke der Gefahr der Kaiser den Weg zum Herzen seines Volkes suchen sollte. Warum nicht auch früher? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dieser „Weg zum Herzen“ führt auch auf den Verin, der seiner Zeit mit diesem Wege gemacht worden ist, ich meine die Erlasse von 1800. In diesen Erlassen stand: der Arbeiter soll sich gleichberechtigt fühlen lernen mit seinem Unternehmer. Das war der Sinn. Nun werden natürlich die Parteien und die Männer, die der im Jahre 1800 ausgesprochenen Ansicht nicht sind, auch von unserem Gesetzentwurf besonders schädel denken. Das gilt namentlich von den Leuten, die die Anstalten des Centralverbandes deutscher Industrieller vertreten und der ihm verwandten Verbände, namentlich des Verbandes der deutschen Metallindustriellen, der seiner Zeit geschrieben hat mit deutlicher Anspielung auf das Wort des Kaisers: „Die Gleichberechtigung in dem von seinen Sozialpolitikern gebrauchten Sinne weisen wir entschieden ab. In politischer Beziehung sind die Arbeiter gleichberechtigt, in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung sind sie von ihr unbeding angegeschlossen.“ Das ist der heutige Zustand nach dem Herzen gewisser Leute, und diesen Zustand wollen wir beseitigen. Weiter nichts! Wir wollen nichts, als das Koalitionsrecht für die Arbeiter sichern, das die Unternehmer heute schon besitzen. Wir wollen keine Vorrechte für die Arbeiter, nur gleiche Rechte. Wir wollen keine sozialistischen Experimente machen; was wir bringen, beweist sich alles auf dem Boden der heutigen Gesellschaft. Ist etwas, dessen Durchführung vom Liberalismus, auch von einsichtigen Leuten aller Parteien, sogar von der Regierung vertreten worden ist. Wenn man sich die Mühe giebt, ordentlich zu lesen, so sind es ganz alte und selbstverständliche Sachen.

Ueber das Koalitionsrecht, dessen Wert und Bedeutung ist kein Wort zu verlieren. Die Justizvorlage hat das Gute gehabt, daß sie allen möglichen Leuten den Mund geöffnet hat. Selbst Herr Graf Posadowsky hat sich in der 96. Sitzung des Hauses als ein warmer Anhänger des Koalitionsrechts der Arbeiter erklärt, und auch von solchen Seiten des Hauses, die sonst nicht zu unseren Freunden gehören, ist mehr als eine Erklärung zu Gunsten des Koalitionsrechts der Arbeiter abgegeben worden. Aber noch mehr: es hat eine Menge von Männern der Wissenschaft in eingehender Weise ihre Meinung dahin ausgesprochen - ich könnte Hundert von Zitaten bringen -, daß das Koalitionsrecht notwendig ist, daß die Arbeitervereinigungen kein Unheil, sondern ein Segen sind, denn sie tragen bei zum sozialen Frieden und bewirken, daß sich die unvermeidlichen Interessenskämpfe, die einmal da sind, in geordneter und ruhiger Form abspielen. Das ist das, was mit dem Koalitionsrecht einzig verlangt und erreicht werden kann. Das ist nichts, was in die zukünftige Gesellschaft hineinzu spielen kann, sondern etwas, was sich auf dem Boden der heutigen Gesellschaft bewegt. Wenn das schon von den Gelehrten der verschiedenen Parteien anerkannt wird, so muß dies Recht allen Arbeitern verliehen und garantiert werden, denn dient unsere Fassung, die wir dem § 152 der Gewerbe-Ordnung geben wollen. Wir haben es da für alle Arbeiter gefordert, auch für alle Arbeitgeber, wie Sie aus der Fassung des betreffenden Paragraphen sehen wollen. Denn Personen, welche gegen Vergütung die Leistung von Diensten und die Herstellung von Werken übernehmen, sind sowohl Arbeitgeber wie nehmer.

Nun haben die Arbeitgeber in der That eine Ausdehnung ihres Koalitionsrechts noch nicht so nötig wie die Arbeiter. Es ist schon von großer Rationalökonomie ausgesprochen worden, daß jeder Arbeitgeber für sich allein schon eine Koalition bildet. Außerdem haben ja bei uns alle Arbeitgeber thatsächlich das Koalitionsrecht, weil ihnen gar nichts in den Weg gelegt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die ländlichen Arbeitgeber haben es. Wenn es nun aber auch die Arbeiter, namentlich die ländlichen, bekommen sollen, dann heißt es von allen Seiten, das wäre eine Vergeewaltigung, das wäre eine Diktatur des Proletariats. Namentlich ist ein furchtbarer Lärm erhoben worden über die Zulassung der ländlichen Arbeiter zum Koalitionsrecht.

Da muß ich doch darauf hinweisen, daß durch den Entwurf, den die preussische Regierung durch den Minister v. Igenplig im Jahre 1866 dem preussischen Landtag vorgelegt hat, bereits das Koalitionsrecht auch auf ländliche Arbeiter ausgedehnt werden sollte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der Denkschrift zu diesem Entwurf ist ausdrücklich erörtert, daß mit dieser Ausdehnung nicht die geringste Gefahr für die Landwirtschaft verbunden wäre. So sozialpolitisch wie ein preussischer Ministerium im Jahre 1866 könnte man in diesem Hause heute schließlich auch sein. (Sehr gut! bei den Socials.) Nach der Vogil unserer Gegner hätte ja der Herr Minister v. Igenplig schon im Jahre 1866 die Diktatur des Proletariats und den Zukunftsstaat einführen wollen. (Heiterkeit.) Nun hat es geschehen, die Ausdehnung des Koalitionsrechts auf die Landarbeiter würde den Stum der Landwirtschaft bedeuten, besonders in der „Post“ ist dieser Standpunkt ja immer vertreten worden. Nun wir wissen ja, was das bedeutet, da ja die „Post“ gewissen Herren im Hause nicht allzu fernsteht. Die „Post“ bekümmert sich nicht um die wirtschaftliche Not der Landarbeiter, nicht um ihre sittliche und physische Degeneration, welche durch objektive Untersuchungen von Männern festgestellt worden ist, die Ihnen, meine Herren, näher stehen als uns. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn man vom „Kain der Landwirtschaft“ spricht, denkt man an die pekuniäre Lage gewisser Kreise des Großgrundbesitzes. Hier ist nicht Ort und Zeit, sich über die Gründe der Not der Landwirtschaft näher auszulassen. Ich weiß sehr gut, daß bei ihr außer der Neigung zu einer gewissen Sorte von „Farmlosigkeit“ auch noch andere Gründe mitwirken. Aber das eine ist sicher: In der Landwirtschaft nicht anders zu helfen, als dadurch, daß man den Landarbeitern das Koalitionsrecht vorenthält, sie auf dem Standpunkt recht- und willensloser Kuli erhält oder auf denselben herabdrückt, dann ist das Heilmittel schlimmer als die Krankheit selbst. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Kann den Herren nicht auf andere Weise geholfen werden, dann ist auch vom Standpunkt der heutigen Gesellschaftsordnung aus nicht das geringste Interesse zu erkennen, das für ihre Erhaltung spricht. Uebrigens ist das Ganze eine lächerliche Uebertreibung, genau ebenso haben die Fabrikanten vor dreißig Jahren geklagt, als die industriellen Arbeiter das Koalitionsrecht belamen; sie erklärten, ihre Betriebe nicht aufrecht erhalten zu können - nun, sie bestehen doch noch heutzutage, und zwar in ganz ertäglicher Lage.

Nun gehen ja unsere Anträge weiter: wir wollen auch den Staats-, Reichs- und Kommunalbeamten das Koalitionsrecht verleißen. Darüber ist ein furchtbares Gähnen! erhoben worden. Ich sehe keinen vernünftigen Grund ein, warum diesen Arbeiterkategorien, deren wirtschaftliche Lage sich in nichts von der der anderen Proletarier unterscheidet, das Koalitionsrecht vorenthalten bleiben soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unser Entschluß, gerade diese Kategorien in unsern Antrag einzubeziehen, ist ganz besonders hervorgerufen worden durch die Versuche der Reichsregierung, speziell des Herrn Staatssekretärs des Reichspostamts, gewissen Kategorien von Beamten jede, aber auch jede Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu erschweren und dieselbe nur unter staatlicher Oberaufsicht zuzulassen. Das eine solche Vertretung unter Aufsicht keine unabhängige Interessenvertretung mehr ist, versteht sich von selbst. Natürlich richtet sich das Vorgehen immer nur gegen die unteren Beamten; gerade deswegen wollen wir eben den unteren Beamten das Koalitionsrecht gewähren. Die höheren Beamten, die Lehrer, die Prediger, die Juristen, sie haben ja alle ihre eigenen Koalitionen; und sollte sich einmal ein Verein gewisser Beamten bilden: an Mitgliedern wird es ihm nicht fehlen. (Heiterkeit und Unruhe.) Aber die Herren haben wahrscheinlich kein Interesse daran, sie sorgen schon bei Zeiten für sich. (Erneute große Unruhe.)

Man hat uns die Frage vorgelegt, ob wir auch für Militärpersonen das Koalitionsrecht verlangen. Unsere Antwort darauf lautet: für die, welche in Ausübung ihrer Dienstpflicht dienen, kommt die Sache nicht in Frage, denn diese Leute sind keine Personen, die gegen Entgelt Dienste leisten; aber warum diejenigen, welche den Militärdienst als Beruf betreiben, Unteroffiziere und Offiziere, sich nicht zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen - und um wirtschaftliche Interessen handelt es sich doch - verbinden, warum sie nicht Koalitionen, Berufs-, Standesvereine gründen sollen, sehe ich nicht ein. (Lebhafte Unterbrechungen. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die große Heiterkeit, die das bei Ihnen auf der Rechten erregt, beweist mir, daß Ihnen nicht klar ist, was uns klar ist, daß auch in diesen Kreisen wirtschaftliche Not vorhanden ist, die nur durch planmäßiges Vorgehen gehoben werden kann. (Lebhafte Unterbrechungen rechts.) Wir haben uns nie darüber getäuelt, daß die glänzende Uniform unendlich viel Geld verdirbt; wir haben durchaus auch ein Herz für diese Leute, selbst wenn sie nicht zu den Sozialdemokraten gehören. Wer die Lage der Unteroffiziere kennt, die eine außerordentlich unangenehme ist für die ungeheure Arbeitslast und die gesundheitswidrige Tätigkeit, wer da weiß, wie viele nachher mit dem Civilversorgungsscheine, der ihnen kaum etwas nützt, ins Leben hinausgehen, der sagt sich: warum sollen die Sozialdemokraten nicht auch ein Herz für diese ausgebeutete Klasse haben? Warum sollen wir nicht diesen Leuten ebenfugot das Recht, ihre wirtschaftlichen Interessen gemeinsam zu vertreten, garantieren wollen? Von den Militärbeamten gilt selbstverständlich daselbe. Da hat man geredet, die Disziplin würde dadurch gelodert. Was ist denn die Disziplin anders als ein Mittel zum Zweck - zum Zweck, die Wehrfähigkeit in Ordnung zu halten? Und die Leidet sicher nicht darunter, wenn die Soldaten dafür sorgen, daß sie etwas mehr Lohn und etwas bessere Verpflegung bekommen. (Unruhe.) Die militärischen Staats- und Reichsbetriebe, welche eine ungeheure Zahl von Arbeitern und Beamten beschäftigen, stehen zu ihren Arbeitern in demselben Verhältnis, wie jeder Großindustrielle, behandeln sie auch ebenso: wissen wir doch aus diversen Erlassen der Eisenbahn-Verwaltung, daß sie den Lohn ihrer Arbeiter zu drücken sucht, wie jeder andere Unternehmer. Wir sehen also nicht ein, warum diese Arbeiter das Koalitionsrecht nicht erhalten sollen; und wie die Arbeiter, so müssen es auch die Beamten erhalten; sonst hat die Regierung es in der Hand, das Koalitionsrecht auch ihrer Arbeiter mit einem Federstrich zu vernichten, indem sie sie für Beamte erklärt. Eine Arbeitseinstellung verbietet sich bei den Beamten im allgemeinen schon wegen der damit ohne weiteres verbundenen civilrechtlichen Folgen; daran ist also kaum zu denken; hier handelt es sich um das Recht, Vereine zu bilden, Versammlungen abzuhalten, die Interessen gemeinsam zu vertreten, Petitionen abzusenden usw. - lauter Rechte, die heute den Beamten in angeblichem Interesse der Staatsraison bestritten werden. Etwas Weiteres will ich über diesen § 152 nicht sagen.

Ich komme jetzt zu § 152a. Derselbe hebt für Vereine und Versammlungen, die der Ausübung des wirtschaftlichen Koalitionsrechts dienen, die landesgesetzlichen Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungsgesetz auf. Aus hat dabei der Gedanke geübt, eine gleichmäßige Behandlung der verschiedenen Vereine und Koalitionen herbeizuführen. Es ist einfach ein unwürdiger Zustand, daß die Einzelstaaten das vom Reich in der Theorie gewährleistete Koalitionsrecht in der Praxis beseitigen. Hier im Hause ist der Flag, von dem aus durch ein Reichsgesetz die Ausübung des Koalitionsrechts zu regeln ist. Seine Regelung dem schrankenlosen Schalten und Walten der Landespolizeibehörden zu überlassen, ist ein unwürdiger Zustand, bei dem überhaupt das Koalitionsrecht nicht bestehen bleibt. Um das Koalitionsrecht zu sichern, müssen die vereinsrechtlichen Bestimmungen der Landesgesetze außer Kraft gesetzt werden. Für die Notwendigkeit dieses Vorgehens will ich Ihnen aus der Fülle des Materials einige Einzelheiten anführen. Wir wissen längst, daß der Bund der Landwirte und der Centralverband der Industriellen, welche Unternehmer-Organisationen und politische Vereine der stärksten Art sind, alle die Freiheiten ausüben, die wir für die Arbeiterkoalitionen erst schaffen wollen. (Sehr richtig! links), dieselben ausüben unter dem Auge der Polizei (Zuruf links), mit Hilfe der Behörden, die bei diesen Herren bilden, was sie bei Sozialdemokraten als geschwidrig ansehen und durch Strafen, Anklagen usw. verfolgen.

Ueber die Notwendigkeit der Aufhebung des Verbindungsverbotes der Vereine besteht in diesem Hause Einigkeit. Ich bin überzeugt, daß dieser unser Antrag die Zustimmung aller finden wird, die sich früher dafür ausgesprochen haben. Wir haben das Versprechen des Herrn Reichskanzlers, das vor dem 1. Januar 1900 eingelöst werden muß; ich bin überzeugt, er selbst wird es freudig begriffen, daß wir ihm begu, seinem Herrn Vertreter, Gelegenheit geben, sich darüber auszusprechen. Wir haben vernommen, daß der Herr Reichskanzler bei der Durchführung seines Versprechens Schwierigkeiten bei seinem Herrn Kollegen, dem preussischen Ministerpräsidenten, findet. Warum schüchtet er nicht zu uns, in den Reichstag, wo wir ihm gegen

seinen Kollegen helfen (Heiterkeit links.) und dafür sorgen können, daß er als Reichstagsler das Versprechen hält, welches ihm als preussischem Ministerpräsidenten zu halten leider unmöglich ist? Ich glaube also, daß gegen diesen Teil unseres Antrages nicht der geringste Widerspruch sich erheben wird.

Wir wollen allerdings auch andere vereinsrechtliche Sonderbestimmungen beseitigen. So lange die Polizei das Recht behält, sich in die Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter und Arbeitgeber einzumischen, wird diese Einmischung in der Praxis stets zu einer Begünstigung der Arbeitgeber und dazu führen, daß die Arbeiter schlechter behandelt werden, als die Unternehmer. (Sehr richtig! links.) Die Polizei hat immer zu den Reichen und Mächtigen gehalten; und so wird's wohl auch in Zukunft sein. Wir müssen daher darauf dringen, daß alle die Chikanen und Chicanen, mit denen heute die Arbeitervereinigungen gewiebelt werden, unmöglich gemacht werden. So z. B. die Meldepflicht, die man in der ungeschicktesten, gehnerlichsten Weise benützt hat, um Arbeiter brotlos zu machen. In dem Buche von Legien über das „Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis“ können Sie die unendlichen Beweise dafür finden, wie die Polizei die Mitgliederverzeichnisse von Arbeitervereinen zur Denunziation bei Arbeitgeberverbänden benützt hat. (Hört! hört! links.) Bei dieser Haltung der Polizei bleibt zur Sicherung des Koalitionsrechts nichts anderes übrig, als ihr jene Befugnis zu nehmen.

Was von den Vereinen, gilt auch von den Versammlungen. Das Überwachungsrecht wird von der Polizei zur Störung der Versammlungen benützt. In Mecklenburg werden gewerbliche Versammlungen zu politischen erklärt und gemäß dem Vereinsgesetz dieses Ländchens verboten. In Juidau hat die Polizeibehörde vor einigen Wochen einen dortigen Streik für beendet erklärt und dem Vorsitzenden des Streikkomitees, sowie dem Inhaber des Lokals, wo daselbst tagte, bei Androhung von Geldstrafen die Fortsetzung der Streikthätigkeit verboten. (Hört, hört! links.) Im Großherzogtum Sachsen-Weimar — es muß doch immer mit Sachsen zusammenhängen — werden gewerbliche Versammlungen verboten, weil sich solche mit Streiks beschäftigen, die an anderen Orten stattfinden; daß an dem Rensische Weimar einer Gewerkschaft verboten wurde, einen Vortrag über Goethe zu hören, sei erwähnt, um zu zeigen, daß die Handhabung des Koalitionsrechts in Deutschland nicht eines gewissen Humors entbehrt.

Der einzige Gedanke, der uns gelehrt hat, war, Gerechtigkeit einzuführen und die einseitigen Störungen des Koalitionsrechts zu beseitigen, die jetzt dem Arbeiter in den Weg gelegt werden. Nur bei den Arbeitern sind die öffentlichen Aufforderungen zur Beteiligung an einem Streik als grober Unfug angesehen worden; nur ihre Flugblätter sind konfisziert worden! Die Versammlungen und Flugblätter der Unternehmer sagt kein Mensch an.

Man fragt mich, warum wir alles dieses nicht beim Gehege über den großen Unfug anführen. Wir wissen eben nicht, warum dieses Gehege kommen wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn es etwas Gutes zu schaffen gilt, muß man auch mit einem Schwert verfahren; und die Herren, die mit uns diesen Zustand ändern wollen, thun gut, vorab die von uns heute gerügten Mißstände zu beseitigen.

Ferner wollen wir die Streikposten vor ihrer völlig ungeschicklichen Behinderung und Beschränkung durch die Polizei schützen. Keineswegs steht die Sache so, daß wir den Streikposten etwa jedes Verbrechen gestatten wollen. Wir haben ausdrücklich erklärt, daß alle Bestimmungen des Strafgesetzbuchs selbstredend auch auf Streikposten Anwendung finden sollen. Wir wenden uns nur dagegen, daß z. B. Streikposten von der Strafe weggewiesen und dann nachher noch wegen Verleumdung bestraft werden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Noch nie aber habe ich gehört, daß Arbeitgeber wegen Aufstellung von Streikposten bestraft worden. Arbeitgeber wenden sich mit großer Vorliebe an die Polizei, um von ihr Mannschaft zu erbitten zur Überwachung ihrer Arbeiter, wenn bei ihnen ein Streik ausgedroht ist.

In Berlin haben wir Verurteilungen von Streikposten erlebt, obgleich die, die angeklagt worden waren, selbst erklärt hatten, sie hätten sich weder geschürt noch beschäftigt gefühlt. Da heißt es denn: das Publikum fühlt sich beleidigt; merkwürdig, daß man sich jetzt bei solchen Gelegenheiten um das Publikum kümmert, während sonst z. B. einmal in Berlin gesagt worden ist: eine Dessenlichkeit giebt es nicht!

In Juidau haben es sich die Unternehmer noch bequemer gemacht, sie haben Schenkente als Streikposten für sich verwendet. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten) und diese Schenkente haben zugereisten Arbeitern die Fahrkarten und das Geld konfisziert, das ihnen ihre anständigen Kollegen zur schlüssigen Abreise gegeben hatten. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Das ist Drohung, das ist Kölligung; aber wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter!

Der § 150c hat den einzigen Zweck, als die Verurteilungen unmöglich zu machen, die gegen Arbeiter verhängt worden sind, weil sie mit ihren Unternehmern über Lohnfragen sich unterhalten haben. Bei der ersten Beratung der Justiznovellensammlung glaubte Herr Staatssekretär Niederding, meine Aufstellung durch verschiedene Reichsgerichtsurteile widerlegen zu können. Nach meiner Meinung widerlegen die Urteile mich nicht. Doch will ich mich hier nicht auf juristische Feinheiten einlassen; die Thatfachen sprechen eine deutliche Sprache. Da ist z. B. ein Fall, der die Herzen vom Centrum interessieren wird. Das Reichsgericht hat entschieden, es ist **Erpressung**, wenn jemand zu einem anderen sagt: ich demütige dich nicht, wenn du der Armenliste oder Deinem Heiligen so oder soviel schenkst. Die Gefahr, wegen Erpressung verurteilt zu werden, ist so dringend, daß wir Rechtsanwälte es immer unterlassen, bei derartigen Prozessen, wie Privatklagen usw., einen Sühnevertrag durch Vorschlag der Zahlung einer Geldsumme an die Armenliste zu machen, weil auch solch ein Vorschlag als Erpressung angesehen werden könnte. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) So sind die Zustände in Deutschland; ich glaube, niemand im Hause wird sie für erfreulich halten. Wir fangen auf diesem Gebiete an, wo die Mißbräuche am offensichtlichsten sind. Übrigens, wenn Ihnen unser Gesetzentwurf nicht weit genug geht, so sind wir zu Erweiterungen — Ausschluß der Anwendung des Erpressungsparagraphen auch nach anderer Richtung — gern bereit.

Wir verlangen die **Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung**. Er ist durchaus unnötig. Wir haben in unserem allgemeinen Strafgesetz wegen Kötigung, Körperverletzung und Beleidigung Strafandrohungen, die viel höher gehen und auch praktisch allgemein angewendet werden. Ich will den § 153 nicht nach allen Richtungen hin kritisieren. Wenige Beispiele werden genügen. Für Erpressung ist immer der Art hat man es erklärt, daß jemand zu einem anderen gesagt hat: „Du bist kein Mann“. (Heiterkeit links.) Für Körperverletzung hat man es erklärt, daß einer gesagt hat: „Du sollst dich vor den Mädchen schämen in der Fabrik“. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wie anders bei den Unternehmern! In einer kleinen Stadt der Provinz Brandenburg haben sich Maurer- und Zimmermeister verständigt, gewisse Lohnbedingungen einzuhalten. Zwei von diesen Meistern sprangen davon ab und bewilligten die Forderungen der Gehilfen. Darauf haben die Mitglieder dieser Vereinigung an die Baumeister einen beleidigenden Brief geschrieben und eine öffentliche Erklärung in den Zeitungen veranlaßt, wo sie von ganz gemeinen Unwahrheiten und dummen Ehrenmännern reden. Es ist Anklage erhoben worden gegen diese Herren und eine Geldstrafe von 10 M. gegen jeden festgesetzt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) In der Begründung des Urteils heißt es: Bei der Strafzumessung ist in Erwägung gezogen, daß der Vorwurf mehrfachen Handelns gegen den Kläger sachlich begründet war, insofern die Privatkläger ihr Ehrenwort gebrochen haben. **So hat der Richter über einen Arbeitgeber geurteilt, der aus der Arbeitgeber-Koalition ausgesprochen ist.** Ich wünschte, daß eine solche Anerkennung des Klassenbewußtseins auch den Arbeitern gegenüber behauptet würde. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) In einem andern Falle, wo ein Arbeitgeber-Verband einen ausgesetzten Mitglieds Druck des Ehrenworts vorwirft, bekamen die Urheber Strafen von zwei bis drei Tagen Gefängnis. Bei einem Arbeiter wurde unter ganz ähnlichen Verhältnissen auf vier Monate Gefängnis er-

kannt. **Dazu kommt natürlich, daß die Unternehmer begnadigt werden, die Arbeiter nicht.** (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

In welcher, ich kann schon sagen, gemeingefährlichen Weise der in § 153 enthaltene Begriff der Verurteilung angelegt wird, dafür ein Beispiel. In einem Falle beschloß eine Versammlung eine Resolution: Die Versammlung beschließt, jede Gemeinschaft mit solchen Kollegen zurückzuziehen, also von solchen, die sich dem Streik nicht anschließen. Der Vorsitzende dieser Versammlung, der die Resolution verlesen hatte, wurde wegen Verurteilung zu einer Woche Gefängnis verurteilt. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Genau ebenso steht es mit dem Begriff „**Bedrohung**“. Den Arbeiter, der zum andern gesagt hatte: „Ich freße dich zum Frühstück auf!“ (Heiterkeit links.) traf eine Gefängnisstrafe. Den Vogel hat aber doch das **Landgericht Magdeburg** abgeschossen. Da hat in der Zeitung gestanden: Bis jetzt ist es den Unternehmern nicht gelungen, auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen, daß es auch in Zukunft nicht geschieht, wird unsere Sorge sein.“ Darin hat das Gericht bereits eine Bedrohung gesehen! (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) In einem andern Falle hatte einer gesagt: „Nose, daß Du wieder noch Verlust kommst!“ Darin wurde eine Drohung gesehen. Ich habe einen ganzen Ballen von solchen Fällen. Ich behalte sie alle für mich. Nur noch ein Beispiel: Zwei Arbeiter trafen einen Streikbrecher, der eine ging rechts, der andere links von ihm. Der eine rebete ihm in groblicher Weise zu, daß er dem Streik beitrete; der mußte also bestraft werden. Der andere wurde aber auch gleich mit einem Monat Gefängnis bestraft, weil er ihn mit in die Mitter genommen hatte. Darin sah das Gericht körperlichen Zwang. Dadurch sei jener gezwungen worden, die Rede des anderen mitanzuhören. Und dieses Gehege soll nicht teils sein zur Abschaffung? **Formell richtet sich das Gesetz so gut gegen Arbeitgeber wie Arbeitnehmer.** In der Praxis richtet es sich nur gegen die Arbeiter; das ist selbst vom Ministeriale anerkannt worden.

Ich habe einen Fall erlebt, wo einer, der einen Arbeiter angerebet hat: „Bist Du Maurer?“ wegen groben Unfugs zu einer Woche Gefängnis verurteilt ist. Der Richter sagte in der Begründung, der Betreffende müßte mit einer Freiheitsstrafe bestraft werden, denn sein Verhalten ist das tadelnswerte Verhalten eines Aufwieglers, der ehrliche Leute von der Arbeit abhält. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Andererseits ist bekannt, wie außerordentlich milde Strafen über Arbeitgeber verhängt werden, falls diese sich Noheit oder Gewaltthätigkeit zu schulden kommen lassen. Ich habe einen Fall aus Pirith, wo zwei Fabrikanten zwei streikende Arbeiter von sich trafen. Sie riefen arbeitswillige Arbeiter herbei und verprügelten die beiden, daß sie bluteten. **Gegen die beiden Herren ist auf 20 M. Geldstrafe erkannt worden.** (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wenn sich das ein Arbeiter gegen einen Unternehmer erlauben wollte, dann müßte ich wissen, wie viel Jahre der ins Gefängnis läme! (Jurist links: Justizhaus!) Ein anderer Unternehmer hat seine polnische Magd mit einem dicken Stod geprügelt, bis er zerbrach, in einen kalten Keller gesperrt und sie dort 4 Tage rechtswidrig eingesperrt. Er wurde wegen einfacher Körperverletzung zu 100 M. Geldstrafe bestraft. (Hört! hört!) **Wegen Freiheitsberaubung wurde er freigesprochen, weil er sagte, ich glaube, ich sei berechtigt, meine Magd in den Keller zu sperren.** Diese außerordentliche Rücksicht gegenüber der Rechtsunkenntnis der besitzenden Klassen, die in der Praxis der Gerichte zur Erscheinung tritt, im Gegensatz zu der scharfen Auffassung der Rechtsunkenntnis der arbeitenden Klassen giebt auch zu denken.

Ein Arbeitgeber, der einen Arbeiter mit der scharfen Seite des Spatens geschlagen und ihm einen Mauerstein an den Kopf geworfen hat, wurde mit 375 M. bestraft. Ich glaube, wenn ein Arbeiter zum andern bloß gesagt hätte: Wenn Du nicht streikst, könnte Dir vielleicht einmal ein Mauerstein auf den Kopf fallen!, wäre er sicher zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Ein Steiger, der einen Schlepferjungen auf den Kopf schlug und ihn mit dem Vieterstod solange bearbeitete, bis er ohnmächtig liegen blieb, kam mit 100 M. Geldstrafe davon. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Ueber die heutige Praxis dem Koalitionsrecht der Arbeiter gegenüber schreibt Professor Löwenfeld in München in dem „Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik“: Die Arbeiter haben das Koalitionsrecht; wenn sie aber Gebrauch davon machen, werden sie bestraft. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Darum fordern wir, es muß mit diesen **Ausnahmegesetzen ausgeräumt werden.** Gegen wirkliche Ausbreitungen reichen die bestehenden Strafgesetze aus. Die Strafandrohungen in dem gewöhnlichen Gesetz sind höher als diejenigen, welche die Justiznovellensammlung enthalten sollte. Es ist also nicht nötig, diese Paragraphen aufrecht zu erhalten. Endlich haben wir noch einen § 152d eingebracht. Er enthält eine Strafandrohung gegen Arbeitgeber oder deren Stellvertreter, die sich mit andern verabreden, andere, die das Koalitionsrecht angeht, aus ihrer Stellung zu entlassen und ihnen das Fortkommen zu erschweren. Wir wollen damit kein Ansehensgesetz gegen die Arbeitgeber. Die Arbeitgeber sollen sich nur nicht zu dem Zwecke koalieren dürfen, um den Arbeitern ihr Koalitionsrecht zu rauben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) § 107 des Strafgesetzbuchs bedroht den mit Gefängnis von nicht weniger als 6 Monaten, der andern die Ausübung des Wahlrechts unmöglich macht. Neben dieses Wahlrecht tritt beim Arbeiter das Koalitionsrecht, das gleichfalls geschützt werden muß. Daß das System der schwarzen Listen einer Aemander dringend bedarf, brauche ich nicht zu betonen. **Einem Arbeitnachweisbureau der Berliner Metallindustrie ist es wiederholt passiert, daß Leute auf die schwarze Liste der Streiker gesetzt wurden, die gar nicht Streiker gewesen waren und ohne Verschulden brotlos wurden.** (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das ist eine Entwürdigung der Arbeiter durch bloße Willkür der Arbeitgeber. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist eine junge Pflanze, die, bis sie stark geworden ist, geschützt werden muß durch Strafgesetze gegen die Unternehmerwillkür.

Lassen Sie sich nicht täuschen durch das Geschrei der Staatmachereipresse. Was wir wollen, ist nur gleiches Recht und Wahrheit. **Wenn Sie unsere Anträge heute ablehnen — ich weiß ja, es ist keine Stimmung für sie vorhanden — glauben Sie mir, wir haben dann wenigstens das Gefühl, unsere Blätter gehen zu haben, und wir kommen wieder.** (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Gise (C.):

Meine Partei ist nicht geneigt, die Frage des Koalitionsrechts an dieser Stelle heute von neuem anzurohren. Die Antragsteller wissen selbst, daß ihre Anträge beim Bundesrat auf keine Annahme zu rechnen haben, und daß durch Einführung derselben in die Novelle diese zum Scheitern gebracht würde. Das Centrum will aber wegen der bedeutenden Fortschritte, welche die Novelle enthält, das Zustandekommen derselben nicht gefährden, und hält sich daher verpflichtet, die **Ausdehnung des Koalitionsrechts nicht in dieselbe einzuführen.** Dazu kommt, daß der Antrag des Centrum auf Einführung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine noch Gelegenheit geben werde, die Frage ausführlich zu diskutieren.

Abg. Wassermann (natl.):

Ich habe nur kurz zu erklären: wir lehnen die sämtlichen Anträge ab und sind mit dem Herrn Vorredner darin einverstanden, daß wir eine Erweiterung der einzelnen Paragraphen jetzt nicht vornehmen wollen.

Der Herr Abg. Heine hat sich über die Temperatur des Hauses doch wohl gründlich getäuscht. Ich glaube kaum, daß seine Ausführungen eine große Aufregung, sondern mehr eine gewisse Heiterkeit bei den übrigen Parteien hervorgerufen haben. Nach der Kritik, die diese Anträge in der gesauerten bürgerlichen Presse gefunden haben, ist es ja klar, daß eine Aussicht auf Annahme der Anträge hier im Hause nicht vorhanden ist. Wäre aber diese Mehrheit, wenn auch nur für einen Teil der

Anträge, vorhanden, dann wäre damit naturgemäß die Gewerbe-novelle geheilert. Wir legen aber auf ihre Zustandekommen den größten Wert und zwar angesichts der großen Fortschritte auf den verschiedensten Gebieten, der durch die Beschlässe des Reichstages erreicht ist, angesichts der sozialen Fürsorge für große Erwerbskreise, z. B. die Handlungs-gehilfen, die in ihr vorgehoben ist. Wir können also einmal nicht die Verantwortung übernehmen, zum Scheitern der Gewerbe-Ordnungs-Novelle durch Zustimmung zu den vorliegenden Anträgen beizutragen, **andererseits aber lehnen wir sie auch aus sachlichen Gründen ab.** Sie gehen inhaltlich so sehr über alles Maß hinaus, daß sie sich lediglich als agitatorische Anträge kennzeichnen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Ich will nur ganz kurz auf einzelne Punkte eingehen. Es wird das unbeschränkte Koalitionsrecht für die gesamten Angestellten des Reichs, der Gemeinden, Korporationen usw. verlangt. Abgesehen davon, daß diese Forderung nicht in den Rahmen der Gewerbe-Ordnungs-Novelle paßt, wäre mit ihr zweifellos eine **Lockerung der Disziplin** in den betreffenden Kreisen verbunden, zu der wir unsere Hand nicht bieten können. Ferner wird in diesen Anträgen eine sehr schwierige Frage auf höchst einfache Weise gelöst, indem die gesamten landesgesetzlichen Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungsrecht aufgehoben werden. Wir sind ja auch immer für die Revision der betreffenden landesgesetzlichen Bestimmungen eingetreten, haben insbesondere stets die Aufhebung des Verbots des Zuerbindens von Vereinen verlangt, aber so mit einem Federstrich sind diese einschneidenden Maßnahmen doch nicht zu erledigen. Wir erkennen auch durchaus an, daß die **Rechtsprechung unserer Gerichte, was den Groben Unfug-Paragraphen anlangt, eine höchst bedenkliche** ist, aber auch diese Frage kann nicht hier bei der Gewerbe-Ordnung geregelt werden. Gegen § 152d müssen wir uns ganz ausdrücklich aussprechen, er enthält direkte Ausnahmegesetzungen gegen Unternehmer und zu solchen können wir ebensoviele unsere Hand bieten, wie zu Ausnahmegesetzungen gegen Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Herren Antragsteller sind sich ja wohl selbst klar darüber, daß ihre Anträge unannehmbar sind (Widerspruch bei den Socialdemokraten) und die Zustimmung des Hauses nicht finden werden. (Abg. Bebel: Das wohl, aber annehmbar sind sie durchaus! Der Zweck, den sie verfolgen, ist ja klar: alle diejenigen, die sich den Anträgen gegenüber ablehnend verhalten, sollen als arbeiterfeindlich gekennzeichnet werden. Am angefangen der Verhandlungen des Reichstages werden Sie diesen Zweck nicht erreichen. Wir haben gezeigt, daß wir wohl bereit sind, reformatorisch zu wirken, wo sich sociale Schäden herausstellen, nicht wegen der Socialdemokratie, sondern trotz der Socialdemokratie. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Anträge der Socialdemokraten aber bedeuten eine **Herabsetzung der bürgerlichen Parteien, die hoffentlich eine möglichst einmütige Ablehnung erfahren werden.** (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Kintowskij (L.):

Die ganzen Ausführungen des Herrn Heine, die vielfachen, ja vielleicht richtigen, aber unkontrollierbaren Einzelheiten, die er vorbrachte, beweisen die große Verlegenheit, in der sich die Herren Socialdemokraten mit ihren Anträgen befinden. (Lachen bei den Socialdemokraten.) **Meine politischen Freunde stehen diesen ganzen Anträgen vollständig kühl und gelassen gegenüber,** wir hielten sie von vornherein für ein torgeborenes Kind, das höchstens seiner eigenen Mutter, der Socialdemokratie, schaden kann. Mit großem Erstaunen hat es mich daher erfüllt, daß Herr Heine von der großen Aufregung sprach, die diese Anträge in der konservativen Partei hervorgerufen haben sollten. (Zuruf bei den Socialdemokraten: In der Presse!) Ich habe davon nichts bemerkt. Wir haben in der Fraktion — das kann ich Ihnen ruhig verraten — uns mit diesen Anträgen noch nicht fünf Minuten beschäftigt. Wir waren uns alle einig darüber, daß auch nicht ein Satz derselben für uns acceptabel wäre und wir hoffen, daß sie alleseitig in der denkbar schärfsten Form abgelehnt werden. Die Socialdemokraten beabsichtigen jedoch mit diesen Anträgen nichts anderes als eine Demonstration. Wenn Sie auch vielleicht so harmlos gewesen sein sollten, auf eine fremdliche Aufnahme derselben im Reichstag zu hoffen, so müßten Sie sich sagen, daß der Bundesrat unmöglich dafür zu haben war. Es fehlte also noch ein Paragraph in Ihren Anträgen, dem Bundesrat ist das Zusammen-treten verboten, er ist abzuschaffen.“ (Große Heiterkeit, Zurufe des Abg. Bebel: „den acceptieren wir gerne“, erneute Heiterkeit.) Auf eines muß ich noch hinweisen. Daß die Socialdemokraten, um mich parlamentarisch auszudrücken, will ich sagen — die Unvorsichtigkeit gehabt haben, jetzt mit diesen Anträgen zu kommen, daran ist auch die Behandlung schuld, welche der Gesetzesvorlage zum Schutze der Arbeitswilligen hier von den Majoritäts-parteien zu teil geworden ist. Sie werden alle bemerkt haben, wie nach dieser Behandlung der Socialdemokratie der Stamm geschwollen ist. (Lachen bei den Socialdemokraten.) In der „Münchener Post“ hieß es: „Den Staatmachern zum Trotz, den Arbeitern zum Schutze, das ist die Tendenz unserer Anträge. Sie enthalten nichts, als die Konsequenz unserer heutigen Wirtschaftsordnung, und die Koppel dieser Ordnung werden hier gezeigt können, ob sie den Nut haben diese Konsequenzen zu ziehen.“ (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Heute heißt es nicht nur den Mund spizen, heute muß geoffen und getanzt werden.“ (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ob nun heute Herr Wassermann nach Ihrer Pfeife getanzt hat, das werden Sie ja selbst beurteilen können. Ich meine er hat Ihre Anträge ausgepfiffen. (Sehr gut! rechts.) **Auf die Anträge im einzelnen gehe ich natürlich nicht ein, dazu bewerte ich sie zu niedrig,** ich will mir ein paar Worte über die Landarbeiter sagen, denen Sie ja auch die Koalitionsfreiheit geben wollen. Wie denken Sie sich nun eigentlich diese Koalition der Landarbeiter. In der That liegen doch die Dinge so, daß die Arbeiter auf dem Lande mit Naturallöhnen auf Jahreskontrakt angestellt werden, den sie jeden ersten April kündigen können. Benutzen sie diesen Kündigungs-termin, um höheren Lohn zu fordern, so wird ihnen dieser soweit möglich ja auch jeder vernünftige Arbeitgeber bei der heutigen Lohntendenz geben. Wie denken Sie sich aber einen Streik auf dem Lande eigentlich. Wollen Sie die Leute zum Kontraktbruch aufhegen? Und wenn Sie das auch wollten, würde den Arbeitern das doch nichts nützen, denn die Besitzer würden ihnen natürlich sofort jeden Lohn, die Wohnung, Futter für die Schweine usw. vorenthalten, also der Streik würde höchstens in ein paar Tagen zu Ende sein müssen. Das einzige was vom Streik übrig bleiben würde, wäre eine größere Verbitterung, eine größere Unzufriedenheit der Arbeiter. Das ist ja aber gerade der Boden, den Sie sich wünschen, auf dem Ihre Weizen blüht. (Sehr richtig! rechts.) Das ist auch das Einzige, was Sie mit Ihren Anträgen beabsichtigen. Sie wollen nur Unzufriedenheit erregen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Wir wissen ja ganz genau, wie Sie die Ablehnung dieser Anträge in der That zu zahlreich zur Verfügung stehenden kleineren Presse ausbeuten werden. Da wird es heißen: „So sind die wahren Freunde der Arbeiter“ usw. Wie es weiter heißen wird, wissen wir ja: Ihr unglücklicher Landarbeiter, besonders in Ostelbien, die ihr am Ende des Jahrhunderts noch Sklavenketten trägt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten), die ihr in Hütten lebt, die nicht besser sind wie Schweinehütten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten), hier wollen wir etwas für Euch thun, das Euch in den Stand setzt, die goldene Freiheit, ein menschenwürdiges Dasein zu erringen, wir wollen Euch mit Euren Brüdern in den Städten gleichstellen. Aber da vereinigt sich der ganze Reichstag, Eure Herren, die Junker und die Schlot-harone... (große Heiterkeit; Abg. Singer ruft: wir werden Sie für unsere Zeitartikel engagieren!)... also Arbeiter erkennt, wer Eure Freunde sind, sammelt Euch um uns, zählt tüchtig — das wird aber nicht gesagt (große Heiterkeit), folgt bei den Wahlen unserem Rate, dann wird der Moment kommen, wo wir die Macht haben und dann werdet Ihr frei sein. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten. Stürmische Heiterkeit.)

Diesem Treiben der socialdemokratischen Presse gegenüber ist es die Pflicht der bürgerlichen Parteien, in ihrer Presse dem entgegenzutreten. Wir in Ostpreußen haben das in vorigen Jahre mit großem Erfolge gethan. Wir haben da ein Blattchen für die Landarbeiter gegründet, in dem wir alle solche Behauptungen der socialdemokratischen Presse sofort widerlegen. Es hatte am Anfang nur 100 Abonnenten, jetzt hat es 10 000 Abonnenten. (Abg. Bebel: Freiwillige?) So 10 000, nun wenn Herr Bebel das so genau weiß, wird es ja stimmen. (Abg. Bebel: Freiwillige! sagte ich.) Also gut, dreihundert Abonnenten hat das Blatt. Da werden wir Ihre Anträge auch abdrucken und den Arbeitern zeigen, was Sie (zu den Socialdemokraten) eigentlich damit gewollt haben. Bei den nächsten Wahlen wird dann der Erfolg auch nicht ausbleiben. (Abg. Singer: Gewiß, bei den Wahlen rechnen wir ab!) Wenn also die bürgerlichen Parteien nur ihre Pflicht thun, dann wird den Socialdemokraten von diesen Anträgen nur eine recht traurige Erinnerung bleiben. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Sie werden, so Gott will, bei den Wahlen bald die Erfahrung machen, daß ihre bisherige Taktik eine ganz verkehrte gewesen ist. Die Arbeiter werden erkennen, daß sie für die Socialdemokratie nichts weiter sind als ein Material, um die politische Macht für sich zu erobert, ganz gleich, ob dabei Tausende von Arbeiterexistenzen vernichtet werden. Heute hat die Socialdemokratie einen Schritt rückwärts gemacht und von der Eroberung des platten Landes ist sie entfernter denn je. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Paschke (fr. Bg.):

Der „Vorwärts“ hat die Ablehnung der Juchthausvorlage mit der Verschärfung eines Kadavers verglichen. Ich glaube nicht, daß es sehr klug war, den Kadaver wieder auszugraben. Was die freisinnige Partei für das Koalitionsrecht zu thun gewillt ist, hat sie im Laufe der Zeit mit ihren Anträgen gezeigt. Wir halten aber heute die Zeit und vor allem die Stelle nicht für geeignet, die Erweiterung des Koalitionsrechts in der vorgeschlagenen Weise vorzunehmen. Diese Erklärung habe ich namens meiner politischen Freunde und des Abg. Hübner abgegeben, um Mißverständnissen unserer Abstimmung vorzubeugen.

Abg. v. Tiedemann (Rp.):

Wir betrachten die übermäßige Demonstration nur als ein Zeichen des Triumphes, den die Socialdemokraten über die Ablehnung der Juchthausvorlage empfunden haben, als eine Quittung über die Hercefolge, die ein Teil der bürgerlichen Parteien der Socialdemokratie geleistet haben. (Oh! beim Centrum und links.) Die Anträge werden hoffentlich allen diesen die Augen darüber öffnen, zu welchen Konsequenzen es führen muß, wenn eine Vorlage der verbandelten Regierung, in welcher doch eine Menge Bestimmungen durchaus distinktel waren, in dieser schroffen Art und Weise abgelehnt wird. Wir lehnen eine Diskussion über die Anträge ab.

Abg. Dertel-Sachsen (L):

verträgt den Bund der Landwirte gegen die Behauptung des Abg. Heine, das sich der Bund der Landwirte nicht um die Bestimmungen des Vereinsgesetzes kümmern brauche. Herr Heine muß wissen, daß auf eine Denunziation in socialdemokratischen Wäutern hin eine Untersuchung gegen den Bund stattgefunden hat, die aber zu strafrechtlichem Vorgehen nicht geführt hat. Der Bund der Landwirte ist auch nicht, wie Herr Heine behauptet hat, ein Arbeitgeberbund, es gehören ihm viele kleine Bauern, die nicht Arbeitgeber sind, und besser gestellte Landarbeiter und Wirtschaftsbetriebe an. Auf eine Diskussion der Anträge lasse ich mich nicht ein. Die Anträge sind jetzt schon Reclamé, und Reclamé zu galvanisieren habe ich weder Zeit noch Reizung. (Beifall rechts.)

Abg. Fischbeck (fr. Sp.):

Die Vorwürfe des Grafen Altdorff wie des Herrn Tiedemann über die Ablehnung der Juchthausvorlage lassen uns kalt. Ich glaube, wenn selbst nach den hier vorliegenden socialdemokratischen Anträgen das Juchthausgesetz noch einmal eingebracht würde, es mit derselben Mehrheit zu Fall gebracht werden würde, wie das letzte Mal. Auf der anderen Seite aber geben uns die heutigen Anträge auch keinen Anlaß, unsere Stellung zur Socialdemokratie zu markieren. Wir verlangen vom Bundesrat Rücksicht, aber wir können auch nicht ohne jede Rücksicht auf den anderen geschickenden Faktor vorgehen. Es ist aber kein Zweifel, daß der Bundesrat den socialdemokratischen Anträgen völlig ablehnend gegenüber steht. Wir sehen in der Gewerbe-Ordnungs-Novelle einen gewichtigen Fortschritt zu Gunsten der Handelsangestellten und Arbeiter, wir wollen nicht durch sachliches Eingehen auf die heutigen socialdemokratischen Anträge das Scheitern der Gewerbe-Ordnungs-Novelle herbeiführen. Wir haben unsere Stellung zum Koalitionsrecht schon oft dargelegt, sie ist überall bekannt. Wenn die Socialdemokraten ihre Anträge als selbständigen Gesetzentwurf eingebracht hätten, wir würden ihn sachlich geprüft haben und gesagt haben, worin wir ihn zustimmen, was wir ablehnen. Hier aber in Verbindung mit der Novelle zur Gewerbe-Ordnung haben wir für die Anträge nur ein einfaches Nein. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Bei den Erklärungen, die heute abgegeben wurden, fällt mir das Wort Rautenfeld ein: Der Starke weicht nicht zurück. Es ist das Prinzip heute aufgestellt worden, daß es weniger auf die Berechtigung eines Antrages ankommt, als darauf, was der Bundesrat dazu meint. Der Bundesrat hat dem Volke gegenüber nachzugeben, aber nicht umgekehrt. Aber nicht bloß nach dieser Richtung sind Sie zurückgewichen. Die Rationalisten haben den Boden verlassen, auf dem sich früher der Reichstag und die Redner der verschiedenen Parteien bewegt haben.

Wir haben heute nicht mehr verlangt als sonst und was zum übergroßen Teil als berechtigt anerkannt worden ist, und was die preussische Regierung bereits 1896 erachtete. Die Rechte hat heute dokumentiert, wie kaltstief ihr socialpolitisches Verständnis zurücksteht hinter dem ihres Fraktionsgenossen Wagner. Es freut mich, daß Graf Altdorff das Koalitionsrecht der Landarbeiter als absolut abschaffenwert hinstellt. Er ruht damit einmal gegen bestehende Gesetze an und andererseits scheint er nicht zu wissen, wie das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter erwachsen ist. Es scheint in der Theorie bei einigen Leuten Zweifel zu bestehen, ob nicht das preussische Gesetz von 1854 aufrecht erhalten worden ist, das den ländlichen Arbeitern zwar nicht das Koalitionsrecht nahm, es aber einem großen Teil unmöglich machte, bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen durch öffentliche Aufforderung zu erlangen. Meines Erachtens ist es zweifellos durch das Strafgesetzbuch, durch den § 2 der Reichsverfassung beilegt, weil es ein Gesetz ist, das die öffentliche Ordnung stört. Daß hierüber verschiedene Ansichten bestehen, ist richtig; in diesem Punkte hatte freilich das Reichsgericht die richtige Ansicht. Bei einer ganz ähnlichen Materie hat sich das Reichsgericht wiederholt darüber geäußert, daß die Ansicht, wie sie Herr v. Altdorff sich adoptiert hat, durchaus unhaltbar ist. Auf einem Gebiete, wo das Reichsgericht eingeschritten ist, kann es den Vorhilaritäten nicht gestattet sein, auch eigene Bestimmungen zu erlassen. Das Gesetz ist genau so aufgehoben, wie das französische Gesetz über die aufklärerischen Anstalten und das sächsische Gesetz gegen das Tragen revolutionärer Abzeichen, das leider noch zu Unrecht angewendet wird. Auf Grund des obigen französischen Gesetzes haben Anklagen stattgefunden, die auf Verleumdung der Staatsanwaltschaft an das Schöffengericht, später an das Landgericht und nicht an das Oberlandesgericht kamen.

Die Notwendigkeit ist uns dringender, als vor einigen Jahren das Landtags Anhalt ein Gesetz erlassen hat, das im strikten Widerspruch zu dem Reichsgericht das Zusammenretten ländlicher Arbeiter mit Strafe bedroht. Die Arbeiterwelt wird dadurch selbstverständlich nicht unwohl vermindert, als vermehrt.

Dem Herrn Grafen Altdorff können wir zu seinem Blatte, mit dem er unermüdlich „Landboten“ das Wasser abgraben will, nur Glück wünschen; er besorgt mit

demselben unsere Geschäfte. Mit den Wahlprophetenungen bleiben Sie luns gefälligst vom Leibe. Sie — und Graf Altdorff — an der Spitze — werden bei den nächsten Wahlen die Erfahrung machen, daß die Einsicht der ländlichen Arbeiter alsdann sehr gestiegen sein wird und dieselben nicht solche Leute wählen werden, die gegen arbeiterfreundliche Gesetze sind. (Luruf rechts.)

Graf Altdorff hat erklärt, aus der Rede meines Kollegen Heine habe er nicht ersehen, was wir eigentlich mit dem Antrage bezwecken. Nun, an meinem Kollegen Heine hat das nicht gelegen. (Heiterkeit.)

Sie haben hier im Reichstage bei Gelegenheit der Gewerbe-Ordnung mit großer Mehrheit einem Antrage auf Einführung des Koalitionsrechts auch für ländliche Arbeiter zugestimmt; aber Herr v. Stumm, Herr Miquel, Herr Friedenthal und andere Verschlimmböserer sorgten dafür, daß zwischen der zweiten und dritten Lesung diese Bestimmung fiel; obgleich vorher selbst der Nationalliberale Grundrecht das Koalitionsrecht für notwendig für die ländlichen Arbeiter erklärt hatte.

Meine Herren, ich bin der Meinung — und früher wurde dieselbe auch von nationalliberaler Seite vertreten —, daß eigentlich schon heute, durch den § 152, also durch Reichsgesetz, die entgegenstehenden landesgesetzlichen Bestimmungen aufgehoben sind. Bis in die Zeiten des Socialistengesetzes, bis zu jenem berückhtigten Erlaß des Herrn v. Puttkamer, hat man auch nicht daran gewagt. Erst von da an begann man alle möglichen partiularrechtlichen Bestimmungen — sogar den „Vettoparagraphen“ — gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter ins Feld zu führen. Neulich hat ein Amtsvorsteher in der Nähe von Orlitz — der Herr heißt v. Kühne — sogar die Maul- und Klauenseuche als Vorwand zur Verhinderung einer Versammlung benannt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Aber freilich, wenn man sieht, daß die bürgerlichen Parteien zurückweichen hinter dem, was Ihre eigenen Führer — wie Gneist zum Beispiel — als Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnet haben — dann kann man sich über solche Streiche von seiten untergeordneter Polizei-Organen nicht wundern. Alle diese bundesgesetzlichen Radelstücke sind im Grunde nichts weiter, als Aufsehnungen gegen das Reichsgesetz. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ob sie an dem Wege der Rechtsprechung oder dem der Polizeiverordnung erfolgen, ist gleichgültig; sie sind und bleiben Ausdrücke der konservativen Aufsehnung gegen das bestehende Gesetz in Schlafrock und Pantoffeln. Es ist thatsächlich der Fall, daß allein die Socialdemokratie als Hüterin des gleichen Rechtes für alle auftritt. Die Gerichte machen sich — ich nehme an, wider eigenen Wunsch und Willen — zu Handlangern der Unternehmer. Ebenso die Polizeibehörden. So hat das Berliner Polizeipräsidium im Auftrage der Unternehmer 3000 Mark an die Berliner Schanzleute wegen ihres Dienstes am 1. Mai verteilt, in offnem Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen, die den Beamten die Annahme von Geschenken verbieten.

Wir haben nicht gehört, daß jene Unternehmer, die sich in dieser flagranten Weise gegen das Gesetz vergangen haben, zur Rechenschaft gezogen sind. Wie können die Nationalliberalen da von der Lockerung der Disziplin sprechen! Wo haben sie ein Wort des Tadelis gehabt gegen diese Beamtenbestechung? Ganz unrichtig ist die Behauptung, § 152 a bilde ein Ausnahmegericht gegen Unternehmer. Auch daß die Gewerbe-Ordnung an der Annahme dieser Anträge scheitern würde, ist gar nicht so sicher. Die Regierung hat sich doch schon öfter für das Koalitionsrecht der Arbeiter ausgesprochen, warum soll sie nicht auch dazu kommen, es so zu erweitern, wie wir es wünschen. Das Koalitionsrecht ist ein Kampfmittel gegen die ökonomische Hörigkeit der Arbeiterklasse, unter der sie heute leidet. Wollen Sie die Grundlage der bestehenden Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten, so müssen sie rechtlich freie Arbeiter schaffen. Den Herren, die wie Herr von Altdorff, sich ihre Hörigen bewahren wollen, muß das Koalitionsrecht allerdings ein Grenel sein. Anders liegt die Sache bei den Arbeitgebern, wenn diese sich koalieren, um gegen die Verwertung der Arbeitskraft des Einzelnen aufzutreten, so werden sie gemeingefährlich. Das ist auch in der preussischen Gesetzgebung anerkannt. In den Motiven vom 1866er Gesetz ist treffend ausgeführt, aus welchem Grunde man das Koalitionsrecht der Arbeitgeber beschränkt hat. Die Arbeitgeberkoalitionen werden gemeingefährlich, sobald ihr Zweck dahin geht, die Arbeitskraft eines anderen lahm zu legen. Sie haben ja auch bei der Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches eine Bestimmung getroffen, die sich gegen die Schwarzlisten wendet.

Ich wollte heute nicht reden, hatte aber allerdings erwartet, daß die meisten der Bestimmungen, zum mindesten aber § 152 a angenommen werden würden. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie so deutlich gezeigt haben, wie Sie die den Arbeitern die Segnungen der Kultur bringen wollen. Zu 100 000 von Arbeiterlophen ist es heute klar geworden, daß sie von der Kapitalistenklasse nicht mehr zu erwarten haben. Ich aber verspreche Ihnen, daß wir im nächsten Jahre mit unseren Anträgen wiederkommen werden. (Lebhaftes Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Heine (Soz.):

Ich will mir dem Abg. Dertel etwas erwidern. Der Bund der Landwirte untersteht dem preussischen Vereinsgesetz, er wird aber als Verein im Sinne des § 2 dieses Gesetzes behandelt, während er eine Verbindung von zahlreichen Einzelvereinen darstellt, ebenso wie unsere Gewerkschaften. Wenn diese nicht unter den § 8 fallen, so geschieht es nur deshalb, weil sie sich angänglich davor hüten, sich mit Politik zu beschäftigen und nur die konkretesten Lohnverhältnisse erörtern. Der Bund der Landwirte geniert sich aber gar nicht Politik zu treiben. Herr Dertel sagte, ich mühe wissen, daß die Untersuchung gegen den Bund nichts Strafbares ergeben hat. Gewiß, weiß ich von dieser Untersuchung, die ja auf Veranlassung meines Freundes Bebel eingeleitet worden ist. Wir hatten uns nie der Hoffnung hingeben, daß der Staatsanwalt vorgehen würde, waren wir auf keinen Entschluß neugierig. In diesem heißt es nun, der Staatsanwalt hat nichts gefunden zum Einschreiten, das ist etwas ganz anderes, als was Herr Dertel gesagt hat, daß sich nämlich nichts ergeben habe. Wir gönnen dem Bund der Landwirte die politische Bewegungsfreiheit, die er genießt, wünschen für uns aber nur eine gleiche Behandlung. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Lieber (L):

Die wiederholten Versuche der socialdemokratischen Redner uns anzuzapfen, können uns nicht dazu verleiten, zu dem Antrage sachlich Stellung zu nehmen. Es wäre uns sonst ein Leichtes, dem Abg. Stadthagen in verschiedenen Fällen nachzuweisen, daß die Erregung gegen uns sehr übel angebracht war. Um nur einen Fall, den von der Maul- und Klauenseuche herauszugreifen, so wird uns auch Herr Stadthagen zugeben müssen, daß solche Fälle polizeilichen Eingreifens auch dann möglich wären, wenn die heute vorliegenden socialdemokratischen Anträge Gesetzeskraft hätten. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, wir hätten einen Mißzug angetreten. Von einem Mißzug kann doch keine Rede sein, wo wir Gewehr bei Fuß stehen bleiben gegenüber einem vorwärts drängenden Haufen. Sie danken dafür, uns von Ihnen (zu den Socialdemokraten) fortzuziehen zu lassen. Wir gehen auf Ihre Anträge nicht ein, weil wir die Gewerbe-Ordnungs-Novelle nicht scheitern lassen wollen. Wir halten auch den Zeitpunkt für falsch, sonst hätten wir unseren Standpunkt bei der Arbeitslosen-Vorlage festgelegt. Wir haben davon abgesehen, da wir völlig daran verzweifeln, etwas erreichen zu können. Glauben Sie denn, wenn der Bundesrat es ablehnt, unsere Wünsche zu erfüllen, er wird um Ihrer schönen Augen willen eine andere Faltung einnehmen? Wir haben kein Bedürfnis, uns zu entlasten, wir fürchten uns auch nicht vor diesen Versuchen, uns Höflichkeitssplasterchen aufzulegen.

Ich habe mich aber zum Wort gemeldet, um gegen Herrn v. Tiedemann einige Bemerkungen zu machen. Ich war erstaunt, in einem Augenblick, wo alle bürgerlichen Parteien gegen die Socialdemokraten zusammen stehen, von Herrn v. Tiedemann die Beleidigung zu hören, wir hätten beim Juchthaus-

gesetz der Socialdemokratie Hercefolge geleistet. Ich muß diese Behauptung entschieden zurückweisen. (Beifall im Centrum.) Wir gehen unseren eigenen Weg, niemand zu Liebe, sehen weder nach links, noch auch nach rechts in unserem Kampfe für Wahrheit, Freiheit und Recht. Herr v. Tiedemann hat mit seinen kränkelnden Worten wohl nur dem Unmut Ausdruck geben wollen, den er darüber empfand, daß wir ihm nicht Hercefolge geleistet haben. Ich kann ihm nicht verzeihen, daß wir es uns bei unserem Verhalten künftig doppelt reichlich überlegen werden, ob wir damit nicht etwa in den Verdacht kommen, Herrn v. Tiedemann Gefolgschaft zu leisten. (Sehr gut! im Centrum.) Herr v. Tiedemann hat sich dann als Censor über die Mehrheit des Reichstages aufgethan. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß die Klagen über das Verhalten dieses Hauses, die vom Bundesratstisch ertönt sind, im Reichstag ein Echo finden würden in einem Augenblick, wo zahlreiche Anträge des Reichstags noch immer vom Bundesratstisch wie Luft behandelt werden. (Sehr gut! im Centrum und links.) Ich würde unbilliger sein, als ich wollte, wenn ich hier das Wort anwenden würde: Quod licet Jovi, non licet bovi. (Große Heiterkeit links. Große Unruhe rechts.) Aber Herr v. Tiedemann hätte sich seine Angriffe sparen können. Trotz dieser Angriffe werden wir uns aber nicht abhalten lassen, mit ihm zu stimmen. (Bravo im Centrum.)

Präsident Graf v. Ballestrem:

Das Sprichwort, was vorher Herr Abg. Lieber citiert hat, ist auch in der von ihm gebrauchten konditionalen Form ungeeignet, auf ein Mitglied dieses Hauses angewendet zu werden. Schon früher einmal hat ein Mitglied dieses Hauses das Sprichwort auf einen Kollegen angewendet wollen. Dieses Mitglied hörte aber in der Mitte auf und sagte nur: Was dem Jupiter erlaubt ist, ist nicht — jedem andern erlaubt. (Große Heiterkeit, als der Präsident Simon die Glocke läutete. Der vom Abg. Lieber gewählte Ausdruck ist parlamentarisch unzulässig. (Heiterkeit.)

Abg. Bebel (Soz.):

Herr Lieber hatte recht, wenn er sagte, der Reichstag wird von der Regierung oft wie Luft behandelt. Ich meine aber, der Reichstag ist an dieser Behandlung selbst schuld. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich hoffe, daß nachdem jetzt im Centrum ein Umschwung der Stimmung eingetreten zu sein scheint, die Haltung des Reichstags eine andere werden wird.

Zu Bezug auf unsere Anträge haben wir uns keinen Illusionen hingeegeben, speziell vom Centrum nicht erwartet, daß es uns freundlicher als den Bundesrat behandeln würde. (Sehr gut! bei den Social.) Nun haben einzelne Redner Bemerkungen gemacht über die taktischen Mächtigkeiten, die uns Socialdemokraten bei unseren Anträgen geleistet haben. Zu Bezug auf diese Äußerungen, die nicht von großem Gewicht zeugen, hat schon der Abg. Dr. Lieber eine genigende Antwort gegeben. Die Herren sind vollständig im Dunkeln über die Taktik, die wir verfolgt haben. Diese Anträge, die Ihnen heute unter dem Titel A eingebracht sind, waren schon vorbereitet, ehe die Juchthausvorlage als Gesetzentwurf vorlag. Als nun aber die Juchthausvorlage auf die Tagesordnung kam, fragten wir uns, wollen wir unsere Anträge gleich einbringen? Wir beschloffen abzuwarten, wie die Juchthausvorlage ausfallen würde. Nachdem diese abgelehnt war, sagten wir uns, es ist richtig, sie bei der Gewerbe-Ordnung einzubringen. Gegenüber der Vorlage, die von den verbandelten Regierungen zur Erdroffnung des Koalitionsrechts eingebracht war, wollten wir zeigen, wie ein Koalitionsrecht aussehen müsse, das eines freien Volkes würdig ist. Daß die Anträge abgelehnt werden würden, wußten wir im voraus. Unser Gesetzentwurf konnte nicht anders ausfallen, wie er ausgefallen ist. Wollten wir Anträge einbringen, die Ihnen (nach rechts) acceptabel wären, so müßten wir darauf verzichten, zu sein, was wir sind: Socialdemokraten. Man hat gesagt, in Wahrheit hätten wir nur agitatorische Absichten bei unseren Anträgen. Ja, wohl, und das ist sehr natürlich. Sie (nach rechts) sind weit mehr agitatorisch thätig als wir. Es ist einer Ihrer Parteigenossen, gewesen, der gesagt hat: Man muß schreien, schreien und wieder schreien. Und das Rezept haben Sie auch befolgt! (Heiterkeit.) Agitatorisch ist unsere Thätigkeit bei diesen Anträgen. Wir hoffen einmal, bei Ihnen allmählich ein steinern Herz tot zu machen, andererseits hoffen wir durch die Reden auch nach außen zu wirken: eine Taktik, die in der Natur der Sache liegt. Denn wollten wir nicht agitatorisch wirken, dann müßten Sie notwendigerweise dazu kommen, keine öffentlichen Sitzungen des Reichstages abzuhalten. Abgeordneter Stadthagen hat bereits angefragt, der Gesetzentwurf kommt wieder, wenn nicht in diesem Jahre, so im nächsten; und sollten im nächsten Frühjahr Neuwahlen eintreten, dann werden im nächsten Herbst unsere Anträge erst recht wiederkehren. Abgeordneter Dr. Lieber und andere Redner haben erklärt, man habe die Anträge mit Rücksicht auf die Gewerbe-Ordnungs-Novelle zurückgewiesen. Da Graf Vosadowitz neulich selbst zugegeben hat, er warte in Bezug auf Erweiterungen des Koalitionsrechts zu Monogonien geneigt gewesen, so hätten Sie wenigstens soweit gehen sollen, selbst Monogonien in die Vorlage aufzunehmen. Graf Altdorff hat eine längere Rede gehalten, die mich nach verschiedenen Richtungen überrascht hat, einmal weil er sehr gemäßig sprach, zweitens weil er über Erwarten vernünftig gewesen ist. (Große Heiterkeit.) Er sagte, die Socialdemokraten hätten in seiner Heimat ein Blättchen herausgegeben, um die Landarbeiter rebellisch zu machen. Daraus hätten sie, die Konservativen, auch ein Blättchen herausgegeben, das von 200 auf 30 000 Abonnenten angewachsen sei. Als ich ihm zurief: Zahlende? hat er die Antwort verschwiegen. Die Volksschichten werden zu Abonnenten gebracht. Da haben wir eins der Mittel dieser Herren. Trotzdem freut es mich, daß zu diesem Mittel gegriffen wird. Es ist legal, durch die Presse seine Ansichten zu vertreten. Leider weiß ich nicht, wie das Blättchen heißt. Ich erbitte mir von Herrn von Altdorff den Titel, dann werde ich einer seiner freiwilligen Abonnenten sein. (Große Heiterkeit.) Sie werden in dem Blättchen auf uns schimpfen, aber dagegen habe ich nichts. Es erweckt doch in den abgelegenen Landorten Interesse für uns, schließlich haben die Leute doch einmal Gelegenheit, in eine unserer Versammlungen zu kommen und dann passiert, was in tausend Fällen schon geschehen ist, uns den Conclussen werden Paulusse. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir sind die Erben dessen, was Sie säen.

Herr von Altdorff wies auf die einjährige Kontrolle der Landarbeiter hin, denen die Koalitionsfreiheit deshalb nicht unter. Wenn die Dinge so stehen, dann könnten Sie ja für unsern Antrag stimmen. Möge Graf Altdorff doch seinen großen Einfluß im preussischen Abgeordnetenhaus (Aufse rechts: Da sitzt er ja gar nicht (Heiterkeit) — so sitzt er im Herrenhause, mit das ist gut, denn da sitzen sonst lauter verbohrene Leute drin. (Große Heiterkeit. Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Dieser Ausdruck ist unzulässig und ich rufe den Redner deshalb zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (fortfahrend): Graf Altdorff, der seine Arbeiterfreundlichkeit beteuert, sollte die Aufhebung des preussischen Gesetzes vom Jahre 1854 dort beantragen, wonach jeder ländliche Arbeiter, der sich koaliert, mit einem Jahr Gefängnis bestraft wird. Dann könnte ich ihm einen schönen Dankleitarikel im „Vorwärts“ verschreiben. (Große Heiterkeit.) Durch die Vereitelung dieses ungedrungenen oder preussischen Gesetz würde er seine Arbeiterfreundlichkeit beweisen. Aber Sie werden den Antrag nicht stellen, weil Sie Angst vor Ihren eigenen Arbeitern haben. (Bravo! bei den Socialdemokraten. Unruhe rechts.)

Endlich noch ein Wort zu Herrn Dertel. Er hat hier den Bund der Landwirte als eine Organisation bezeichnet, die ganz auf dem Boden des preussischen Vereinsgesetzes steht. In Mecklenburg aber existiert gar kein Vereinsgesetz. Jede Versammlung muß vom Ministerium genehmigt werden. Ich bin sehr neugierig, ob in den Versammlungen des Bundes dort, in denen der Abg. Rettig sprach, diese Bedingung erfüllt worden ist. Ist sie erfüllt, und uns wird die Genehmigung verweigert, dann wäre wieder einmal bewiesen, wie mit zweierlei Maß ge-

weisen wird. Die preussische Regierung hat bis jetzt das feierliche Versprechen des Reichsanwalters nicht eingelöst. Noch besteht der § 8. Dieser Paragraf wird von dem Centralverband der Industriellen sorgfältig überwacht. Die gewaltige Unternehmung-Organisation ist nichts als eine große politische Organisation und hat den größten Einfluß auf die Regierung. Stunde für Stunde verläßt sie gegen das Gesetz. Trotzdem steht das Reichsamt des Innern und das Reichsanwalteramt mit ihr in amtlicher Verbindung! (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wenn das am grünen Holze geschieht, wenn die obersten Reichsbehörden das Gesetz in solcher Weise mißachten, dann darf man sich nicht wundern, wenn die unteren Polizeibehörden Recht und Billigkeit in skandalöser Weise übertreten. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf Vassekrem erklärt den Ausdruck skandalös für parlamentarisch unzulässig.

Abg. v. Tiedemann (Rp.):

Der Abg. Lieber wird mit keiner Dialektik die Thatsache aus der Welt schaffen, daß auch seine Fahne in dem Sturmhaufen mitgeweht hat, der mit der Socialdemokratie an der Spitze das Gesetz zum Schutze der Arbeitsthätigen verscharrte, wie der „Vorwärts“ sich geschmacklos ausdrückte. Von dieser Thatsache des Zusammengehens des Centrums mit den Socialdemokraten werden die letzteren noch lange zehren. In meiner fünfundsiebenzigjährigen parlamentarischen Thätigkeit ist mir eine solche Behandlung einer Regierungsvorlage noch nicht vorgekommen. Ich war ja auch nicht mit allen Bestimmungen einverstanden, aber in einer Kommission hätte es doch wenigstens beraten werden können. In dieser Haltung des Centrums stimmt faule die Erklärung Liebers in Mainz, daß er die Bekämpfung der Socialdemokratie für die vornehmlichste Pflicht seiner Partei halte. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Klinkowström:

Es macht mich beinahe stutzig, daß Herr Vebel meine Verhängnisse lobt. Versprechungen kann ich ihm aber nicht machen, nur unter Blatt soll er erhalten. Öffentlich lernt er viel daraus. (Heiterkeit rechts.) Das Gesetz von 1854, das Stadthagen für aufgehoben erklärte, wird noch heute angewendet.

Abg. Rettich (L.):

Die Versammlungen des Bundes der Landwirte in Mecklenburg, in denen ich gesprochen habe, waren ordnungsmäßig angeordnet.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Der Centralverband der Industriellen ist eine Körperschaft, die sich aus den hervorragendsten Sachverständigen zusammensetzt. Wir würden gegen das Interesse der deutschen Industrie handeln, wenn wir den Rat dieser Sachverständigen nicht einholen wollten. Ob der Centralverband die Normalien eines Vereinsgesetzes übertreitet, darüber steht mir keine Prüfung zu. Führt sich Herr Vebel verlegt, so muß ich ihn bitten, sich an den preussischen Minister zu wenden. Jedenfalls lassen wir uns von ihm keine Vorschriften machen, mit wem wir in amtlicher Verbindung stehen wollen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Lieber (L.):

Es ist ein Grundirrtum des Herrn v. Tiedemann, den er zum Ausdruck gebracht hat. Es war ein lediglich zufälliges Zusammenreffen, daß wir ebenso wie andre Parteien mit der Socialdemokratie die Vorlage zum Schutze der Arbeitsthätigen abgelehnt haben. Daß die Socialdemokratie dabei die Führung gehabt hat, hat wohl lediglich Herr v. Tiedemann wahrgenommen. (Sehr richtig! im Centrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Herzfeld (Soc.):

Zum Beweise, wie sehr in Mecklenburg mit zweierlei Maß gemessen wird, verweise ich auf einen Vergleich, den das mecklenburgische Staatsministerium in zweiter Instanz auf eine Befehlsverfügung eines Socialdemokraten, daß eine Versammlung über die Nachhansvorlage grundlos nicht genehmigt worden sei, erteilt hat. Darin heißt es: „Ihre Berufung auf eine in anderer Veranlassung und an andere Personen erteilte Erlaubnis zu Versammlungen ist unbeschäftigt.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Vebel (Soc.):

Graf Posadowsky hat mich ganz mißverstanden. An sich kümmert mich der amtliche Befehl des Reichsamts des Innern nicht. Ich habe nur konstatiert, daß ein Verband, der § 8 des Vereinsgesetzes formwährend übertreitet, mit einer Reichsbehörde Verbindung sucht. Dieser ungesetzliche Verein sollte zurückgewiesen werden. Daß er eminent politisch ist, geht aus seinem Statut hervor. Im § 2 dieses Statuts sind acht Punkte als Zwecke des Vereins genannt, darunter sind 6 politisch. Es wird direkt Einfluß auf die wirtschaftliche und socialpolitische Gesetzgebung danach erstrebt. 50 Vereine und Verbände bilden den Verband. Ich konstatiere, daß das Reichsamt des Innern und das Reichsanwalteramt in ununterbrochenem Verkehr mit einem Verbands steht, der auf ungesetzlichem Boden steht. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Frhr. Oehl zu Herrnsheim

erklärt, daß die ablehnende Haltung eines Teils seiner Freunde gegenüber der Nachhansvorlage mit ihrer Stellung gegenüber der Socialdemokratie nichts zu thun habe.

Mecklenburgischer Bundesratsbevollmächtigter v. Cerkh:

Es ist behauptet worden, daß in Mecklenburg zweierlei Recht gehandhabt werde. Ich bin in der Lage, die Stellung der mecklenburgischen Regierung zu präzisieren. Im allgemeinen ist in Mecklenburg die Erlaubnis zu öffentlichen Versammlungen zu politischen Zwecken und die Genehmigung politischer Vereine nur mit Genehmigung des Ministeriums des Innern zulässig. Die Regierung gestattet in dieser Beziehung den einzelnen Parteien die freieste Entfaltung. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Die Socialdemokratie erstrebt aber den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung, stellt sich damit selbst außerhalb des gemeinen Rechtsbodens und hat keinen Anspruch darauf, als gleichberechtigt mit den übrigen Parteien behandelt zu werden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die mecklenburgische Regierung hält es für ihre Pflicht, Bestrebungen, welche gegen den Bestand der Gesellschaft selbst gerichtet sind, mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen. Sie wird ihre Stellungnahme beibehalten, so lange die Socialdemokratie ihren revolutionären Charakter behält. Daß dies bisher geschehen ist, hat der Abg. Vebel auf dem Parteitag in Hannover unüberhört ausgesprochen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Herzfeld (Soc.):

Ich will dieser Erklärung nichts hinzufügen. Sie wird jedenfalls den Reichstag von neuem davon überzeugen haben, wie notwendig es ist, daß wir sobald wie möglich ein Reichs-Vereinsgesetz schaffen. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Ich kann die mecklenburgische Regierung nur zu ihrer Stellungnahme beglückwünschen. (Große Heiterkeit links.) Wenn sich innerhalb der Socialdemokratie ein Verband von Mitgliedern bilden würde, der ihre Vernichtung erstrebt, würde das die Socialdemokratie auch nicht dulden. In dem Gesetze zum Schutze der Arbeitsthätigen habe ich mich nicht genügend, weil ich solche Maßnahmen für viel zu schwach halte. Ich demütig halben Maßregeln kommt man der Socialdemokratie nicht bei. Der einzig richtige Weg zu ihrer Bekämpfung ist der, den die mecklenburgische und auch die sächsische Regierung eingeschlagen hat. (Lebhafte Beifall rechts; ironisches Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Singer (Soc.):

Besser als durch diesen Dank des Herrn v. Kardorff an die mecklenburgische Regierung konnte ihre hier verlesene Verordnung nicht charakterisiert werden. Wenn Herr v. Kardorff vom Staate verlangt, daß er sich einen Verband nicht gefallen lasse, der seinen eigenen Bestand untergräbt, so

möge er auch dem Staate raten, von den Mitgliedern dieses Verbandes keine Steuern zu nehmen. Wir verlangen nur gleiches Recht für uns wie für alle Staatsbürger. Herr von Kardorff hat gesagt, wie sind Anti-Monarchisten und dürfen deshalb nicht gleich wie die andern behandelt werden. Nun, in der Nähe des Herrn v. Kardorff sitzen viele ehemalige Republikaner und der Minister v. Miquel war doch in seiner Jugend auch nicht monarchisch. Das Vorgehen der mecklenburgischen Regierung involviert einen Bruch der Reichsverfassung, die mecklenburgische Regierung hat den Eid, den sie auf die Verfassung geleistet hat, gebrochen, und nur ein mecklenburgischer Regierungsvertreter kann es fertig bekommen, so etwas zu rechtfertigen. Den Protest, den wir hier einlegen, müßte eigentlich der Reichsanwalt einlegen; er ist dazu da, die Verfassung zu wahren und ich wundere mich, daß hier der Vertreter des Reichsanwalters in Schweigen verharret, wenn von einer Einzelregierung und ihrem Vertreter das Recht deutscher Staatsbürger mit Füßen getreten wird. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf v. Vassekrem:

Wegen der letzten Keuschung rufe ich den Abg. Singer zur Ordnung. Er hat auch davon gesprochen, daß eine Regierung den Schwur auf die Verfassung gebrochen hat. Schwüre können nur von einzelnen Personen geleistet und gebrochen werden. Hätte Herr Singer eine Person bezeichnet, hätte ich ihn auch dieserhalb zur Ordnung gerufen; aber Regierungen leisten ja überhaupt keine Schwüre. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Pahnke (freif. Vg.):

Ich beneide die mecklenburgische Regierung um den Glückwunsch des Herrn v. Kardorff. Das Messen mit zweierlei Maß ist von dem Vertreter dieser Regierung offen zugegeben worden. Was erreichen Sie denn mit diesen Maßregeln? Sie erreichen nur ein Anwachsen der Socialdemokratie. Die Debatte zeigt, wie notwendig ein Reichs-Vereinsgesetz ist.

Bundesratsbevollmächtigter für Mecklenburg v. Cerkh:

Ich muß es ablehnen, mir von Herrn Pahnke oder Herrn Singer Vorschriften zu lassen, wie sich die mecklenburgische Regierung zu verhalten hat. Jedem weiß ich nicht, wie ich mit jemandem diskutieren soll, dessen ich doch nicht Herr werden kann. (Lachen links.)

Abg. Vasing (nall.):

Auch ich kann mich mit der Handhabung des Vereinsgesetzes in Mecklenburg nicht einverstanden erklären und bedauere lebhaft die Erklärung des Regierungsvertreters. Vor dem Gesetze müssen alle gleich sein, die Socialdemokraten wie die Sozialkonservativen, die Nationalliberalen wie das Centrum. Die Bestimmung darf nicht zum Anlaß für eine andere Gesetzesanwendung genommen werden. (Sehr gut! links.) Die ganze Affaire beweist die Notwendigkeit eines Reichs-Vereinsgesetzes von neuem. Ich bedauere, daß es noch nicht erlassen ist. (Bravo! links.)

Abg. v. Kardorff (Rp.):

bestreitet dem Abg. Singer gegenüber, daß die Verfassung beschworen worden sei. Gegenüber der Socialdemokratie nehme er den gleichen Standpunkt wie Frhr. Bismarck ein.

Staatssekretär Graf von Posadowsky:

Herr Singer hat dem Reichsanwalt vorgeworfen, daß er nicht eingetreten und die mecklenburgische Regierung relativiert habe. Dazu giebt es keinerlei gesetzliche Handhabe. Der Reichsanwalt hat kein Recht, in die Souveränität der Einzelstaaten einzugreifen.

Abg. Singer (Soc.):

Als Hüter der Reichsverfassung ist der Reichsanwalt verpflichtet, überall die verfassungsmäßigen Rechte im Reiche zu schützen. Dem Abgeordneten v. Kardorff erwidere ich, wenn die Reichsverfassung nicht beschworen ist, so ist sie doch beobachtet, und der Bundesrat ist zu allererst verpflichtet, die Gesetze zu beobachten.

Abg. Dr. Lieber (L.):

spricht die Hoffnung aus, daß sich die Regierung von Mecklenburg doch noch besinnen werde, dem schönen Grundgesetz: Gleiches Recht für alle, Geltung zu verschaffen.

Damit schließt die Diskussion.

Die socialdemokratischen Anträge werden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt und sodann der Rest der Vorlage ohne weitere Debatte angenommen. Die von der Kommission beantragten Resolutionen betreffend 1. Ausdehnung des Arbeitsschutzes auf die Hausindustrie, 2. Erhebungen über die Angeestellten in kaufmännischen Betrieben, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, sowie im Verkehrsgewerbe und 3. gesetzliche Regelung der Arbeitszeit usw. für die Gehilfen der Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher gelangen nach unwesentlicher Debatte ebenfalls zur Annahme.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr (Witzengesetz-Novelle in erster Lesung.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Versammlungen.

Textilarbeiter. In der Versammlung am 25. November hielt Genosse Hoffmann einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Diskussion wurde nicht beliebt. Alsdann erfolgte die Abrechnung vom 3. Quartal. Danach beträgt die Einnahme 1575,03 M., die Ausgabe 713,08 M., bleibt also ein Bestand von 861,95 M. Nach längerer Debatte wurde folgender Antrag angenommen: „Die Versammlung der Filiale I Berlin des deutschen Textilarbeiter-Verbandes erklärt sich mit dem Antrage des Centralvorstandes einverstanden und verpflichtet sich, dahin zu wirken, daß derselbe von unseren Mitgliedern angenommen wird.“

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 20. November eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab, daß ein Ueberschuß von 7 M. erzielt wurde. Die Revisoren bestätigen die Richtigkeit der Abrechnung. Unter Vereinsangelegenheiten entspinnt sich eine lebhaft Debatt über die in einigen Fabriken stattfindende Ueberfeierabendarbeit. Sämtliche Redner sprachen sich entschieden dagegen aus. Hierauf hielt Herr Dr. Friedberg seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die sociale Gesetzgebung“. An den Vortrag schloß sich eine kurze anregende Diskussion. Neu aufzunehmen ließen sich 18 Kollegen.

Centralverband der Maurer. Die Cementierer hielten am 24. November ihre Versammlung ab. Der Kassendirekt vom 3. Quartal wurde gegeben und bestätigt. Heberich sprach sodann über die Lohnbewegung von 1900. Nachdem Silberstein hierzu gesprochen, beschloß die Versammlung, vorerst nochmals mit der Centralleitung in Verbindung zu treten.

Die in der Buchbinderei und verwandten Berufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Zahlstelle Berlin) hielten am Dienstag, den 21. d. M. ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag des Herrn Grempe entspinnt sich eine längere Debatte über die von der Ortsverwaltung vorgeschlagenen schärferen Bestimmungen im Arbeitsnachweis-Reglement. Nach erfolgter Annahme derselben werden den ausgefertigten Formstücken 50 M. beivilligt. Das bekanntgegebene Resultat der Urabstimmung ist folgendes: Zahlstelle Berlin 1908 für 105 gegen den Verbandstag; Gau I 32 mit ja, 3 mit nein.

Die Hausdiener und Packer centraler Richtung hielten am Montag, den 27. d. M., im Neuen Klubhaus eine gut besuchte Versammlung ab. Sahnmann referierte über die Arbeitsverhältnisse der Hausdiener bei der Firma Heinrich Jordan in der Markgrafenstraße. Redner kritisierte insbesondere die niedrigen Gehaltsverhältnisse, — die Hausdiener erhalten daselbst einen Lohn von 75—80 M. pro

Monat — und die Behandlung seitens des Hausinspektors, der früher selbst einmal Hausdiener war. Die hochchristliche Firma, die sonst sehr viel in Wohlthätigkeit macht, müsse erst durch die Organisation der Angeestellten gezwungen werden, für diese menschenwürdige Zustände einzutreten. Nach einer lebhaften Diskussion, an der sich freiwillig die zahlreich anwesenden Hausdiener der Firma Jordan nicht zu beteiligen getrauten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von den Arbeitsverhältnissen und der Behandlung der Hausdiener bei der Firma H. Jordan. Die Versammelten verpflichten sich, diese Zustände in der breitesten Öffentlichkeit bekannt zu machen und fordern die Hausdiener der Firma auf, wie ein Mann zusammenzutreten und nicht länger sich solche menschenunwürdige Zustände gefallen zu lassen. Die Versammelten verpflichten sich, durch Zusammenstoß in Centralverbände der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter dahin zu wirken, daß in allen kaufmännischen Geschäften bessere Arbeitsverhältnisse für die Hausdiener und Packer Platz greifen. Nachdem noch auf die am 8. Dezember abgetamten Wahlen zur Ortsliste aufmerksam gemacht, ließen sich zum Schluß der Versammlung eine größere Anzahl Mitglieder in den Verband aufnehmen.“

Der Verband der Möbelpolierer (Zentrale Ostern) hielt am 20. d. Mts. seine ordentliche Versammlung ab. Genosse Jahn hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. Zum Bevollmächtigten wurde Rogowski gewählt.

Die Maurer lokaler Richtung hielten am 20. November in den Borussia-Sälen, Adlerstr. 67, eine öffentliche Versammlung ab, die von weit über 1000 Mann besucht war. Nachdem dieselbe das Andenken des plötzlich verstorbenen Kollegen Tamm in üblicher Weise gelehrt hatte, erläuterte Kater in kurzen Zügen die Organisation und die Aufgaben der für den 26. Dez. d. J. geplanten Konferenz der Maurer Deutschlands, soweit dieselben auf dem Boden der Vertrauensmänner-Centralisation stehen. In der Diskussion hierüber beteiligten sich Jensch, Kelling, Franz Schulze und Schacht. Als Delegierte wurden Meyle, Joel und K. Schulze gewählt, als Ersatzmann Pagel. Bezüglich der Sammlungen zum Streik- und Agitationsfonds gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher bestimmt ist, daß mit den Sammlungen am 16. Dezember Schluß gemacht wird; daß Sammelkarten nach diesem Datum nur noch im Bureau der Lohnkommission zu haben und daß vom 18. Dezember ab sämtliche Sammelkarten entweder einzeln oder bündelweise durch den Vertrauensmann der Kommission beifällig Eintragung des Schlusssimpels zu übermitteln sind. Die Kommission hat dann sofort abzurechnen. Die neuen Karten gelangen am 1. Januar zur Ausgabe, jedoch wird der Wiederbeginn der Sammlungen durch Versammlungsbeschlüsse festgesetzt. Gleichfalls angenommen wird ein Antrag Schach, welcher besagt, daß die Abrechnung über den mit den Centralisten gemeinsam geführten Streikfonds demnächst erfolgen und in den beiderseitigen Nachorganen veröffentlicht werden soll. Außerdem soll dieselbe der laufenden Abrechnung als Aufhang beigelegt werden. Unter Gewerkschaftlichem berichtet Kater über die Thätigkeit der Vertreter der Maurer in der Arbeiter-Kommission, ganz besonders über die Schicksale, welche deren Anträge bezüglich der sich immer mehr ausdehnenden Accorarbeit erfahren haben. Die Unternehmer haben ein Eingehen hierauf rundweg abgelehnt mit der Motivierung, daß darüber nichts in dem abgeschlossenen Vertrage stehe. Dagegen hat der Unternehmer Lachmann unter Zustimmung seiner Kollegen eine Anzahl von Positionen aufgestellt, für deren Durchführung man die Vertreter der Maurer verantwortlich machen will, von denen aber, wie Kater ausführte, auch nichts in dem Vertrage steht. Ganz besonders hätten die Unternehmer bestritten, daß die plötzliche Entlassung einer noch so großen Anzahl Maurer etwa einen Kontraktbruch involviere. Auch die Maurer hätten das Recht, jeder Zeit und in jeder beliebigen Anzahl aufzuhören — und Sperren dürfen eben nicht verhängt werden. Diese Ausführungen entsetzten eine sehr lebhaft und leidenschaftliche Diskussion, in welcher das Verhalten der Unternehmer einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Wegen der vorgehrittenen Zeit und der allgemeinen Unruhe wurde die weitere Diskussion über diesen Gegenstand vertagt und sollen zu diesem Zweck in der nächsten Woche mehrere Versammlungen einberufen werden.

Charlottenburg. Der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen hielt am 21. November eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Dr. Borchardt einen lehrreichen und von der Versammlung mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Marx'sche Werththeorie“ hielt. Zur Diskussion sprachen mehrere Redner im Sinne des Referenten. Hierauf wurde der Bericht der Delegierten von der Gewerkschaftskommission entgegen genommen und die Neuwahl derselben vorgenommen. Es wurden Reibe und Wendorf als Vertreter des Verbandes in der Gewerkschaftskommission gewählt.

Kummelsburg. Hier fand Dienstag, den 21. November, eine von Frauen und Gästen gut besuchte Agitationsversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes statt, in welcher Fr. Haase unter großem Beifall der Anwesenden über „den Wert der gewerkschaftlichen Organisation für die Frau“ referierte. In der Diskussion sprachen sämtliche Redner im Sinne der Referentin. Zu Verschiedenem teilte Oelling mit, daß Dienstag, den 28. November, abends, bei Weigel, Goethestraße, eine Versammlung stattfindet, in welcher der Gemeindevertreter Bericht erstattet.

Der Socialdemokratische Wahlverein Lichtenberg-Friedrichsberg hielt am 21. November eine stark besuchte Versammlung ab, in der Genosse Müller über: „Der Marxismus und die Zukunft“ referierte. Eine Diskussion über das Referat fand nicht statt. Zu Verschiedenem machte Leye bekannt, daß der Vorstand verschiedene Werke für die Bibliothek angeschafft hat. Nachdem einige Genossen ihre Erlebnisse mit der Behörde geschildert hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 3. Dezember, vorm. 8 1/2 Uhr, im oberen Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstraße 26: Versammlung. Freireligiöse Besprechung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebendort: Vortrag des Fräulein Ida Altmann: „Die christliche Schule im Zeitalter der Naturwissenschaften.“

Humanistische Gemeinde. Mohrenstraße 47, im oberen Saal des Brandenburger Hauses, Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rudolf Pentsch, Vortrag über: „Gelübt der Zweck die Mittel? Gewalt und Un.“

Socialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Straßund-Franzburg-Rügen. Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 10 Uhr: Sitzung.

Verein der Buchdrucker und Schriftsteller für Rixdorf-Britz. Vereinsversammlung am Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags 1 Uhr, im Apollo-Theater, Hermannstraße 48—50 (kleiner Saal). Aufnahme neuer Mitglieder.

Witterungsübersicht vom 1. Dezember 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. p. G. u. G.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. p. G. u. G.
Swinemünde	765	SB	4	bedekt	7	Danzig	754	SW	1	wolfig	-12
Hamburg	765	SB	2	bedekt	6	Petersburg	756	SB	2	heiter	-5
Berlin	767	SB	3	bedekt	7	Konst.	764	SB	4	Regen	10
Wiesbaden	769	SB	4	bedekt	3	Aberdeen	756	SB	2	wolfig	6
München	770	SO	3	wolkenl.	-4	Baria	770	SB	2	Dunst	1
Wien	771	SB	1	bedekt	2						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 3. Dezember 1899.

Etwas wärmer, zeitweise heiter, vorherrschend wolfig mit Regenböen und frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. Der Magistrat hat in die Beratungen ein behufs Feststellung des Stadthaushalts-Etats für das Etatsjahr 1900 und stellte zunächst den Special-etat für die Standesämter in Einnahme mit 34 000 M. und in Ausgabe mit 189 000 M. fest, der erforderliche Zuschuß aus der Stadt-Hauptkasse beträgt somit 154 000 M. — Der Special-etat für das Friedrich-Wilhelm-Hospital und die städtischen Siedeanstalten schließt in Einnahme mit 78 450 M. und in Ausgabe mit 657 450 M. ab und beträgt somit der erforderliche Zuschuß 579 000 M. — Der Ausgabenetat für die Befoldung der Magistratsmitglieder ist mit 213 500 M. festgesetzt. — Der Specialetat der Desinfektionsanstalten ist in Einnahme mit 30 700 M. und in Ausgabe mit 170 384 M. festgesetzt, so daß ein Zuschuß von 139 684 M. erforderlich wird. — Der Special-etat der Gemeinde-Friedhöfe schließt in Einnahme mit 15 840 M. und in Ausgabe mit 39 981 M., also mit einem Zuschuß von 24 142 M. ab.

Das Magistratskollegium hat den auf Anhebung der Haus- und Strohmärkte auf dem Gartenplatze und auf dem Platze vor dem Ostbahnhof gestellten Antrag auf Grund des Königl. Polizeipräsidenten und der Aeltesten der Kaufmannschaft abgelehnt.

Lokales.

Achtung! 5. Wahlkreis. Da noch eine größere Anzahl Wähler zu der morgigen stattfindenden Sonderwahl in der „Arania“ zur Verfügung stehen, geben wir bekannt, daß dieselben im Restaurant Lange, Dragonerstr. 15, bis Sonntagfrüh 11 Uhr und von 12—2 Uhr an der Kasse der „Arania“, Taubenstr. 45/49, zu haben sind. Es wird um recht regen Besuch gebeten.

Mit der gewerbmäßigen Gefindevermittlung befaßt sich in Berlin außer einigen großen Mietscomptoiren noch etwa 600 Mietsfrauen. Die Stellenvermittlung geschieht hier in der Art, daß die Mietsfrau die stellungsuchenden Mädchen den Herrschaften zuführt, damit Madame in ihrer Wohnung ein eingehendes Examen mit den Dienstmädchen vornehmen kann. Kommt eine Vermietung zu Stande, so erhebt die Mietsfrau sowohl von der Herrschaft wie von dem Mädchen eine Gebühr, die sich nach der Höhe des Lohnes richtet und nie weniger wie 3 M., oft aber erheblich mehr beträgt. Art und Umfang des Geschäftsbetriebes der Mietsfrauen ist sehr verschieden. Es giebt solche, die nur Personal für ganz kleine Häuser vermitteln, andere, die sich ausschließlich mit der Vermittlung von A m e n befaßen, wieder andere, von denen man nur Restaurationspersonal beziehen kann und endlich solche, die entweder nur Stadtpersonal aller Kategorien oder aber ausschließlich Landpersonal vermitteln.

Die Vermittler von Stadtpersonal verlangen in der Regel von der Herrschaft sowie vom Dienstboten bei einem Lohn von 60—65 Thalern eine Gebühr von 3—4 M., und für jede weiteren 10 Thaler Lohn eine Mark mehr, jedoch werden, wenn es die Umstände gestatten, auch noch höhere Gebühren erhoben. Für perfekte Köchinnen werden oft 10—15 M., für herrschaftliche Aufwärter und Diener 15—25 M. und mehr als Vermittlungsgebühr entrichtet. Die Stellenvermittler für Köchinnen verlangen von der Herrschaft 20—30 M., von der Amme 3 M. Provision, sie rechnen aber darauf, daß ihnen die Amme, was auch meistens geschieht, nach der ersten Lohnzahlung eine weitere Geldzahlung macht.

Unter den Mietsfrauen giebt es auch unlauteere Elemente, die ihren Gewinn weniger aus einer realen Stellenvermittlung als vielmehr durch Ausbeutung unerfahrener Dienstmädchen ziehen. Ein gefürchtetes Objekt für dieses Vorgehen unter den Stellenvermittlern sind die von außerhalb nach Berlin kommenden Mädchen. Diese werden auf den Bahnhöfen abzufangen gesucht, wo man sie überredet, entweder bei der Mietsfrau selber oder bei einer mit ihr in Verbindung stehenden Mittelsperson Kost und Unterkunft zu suchen. Unter dem Vorgeben, daß augenblicklich noch keine passende Stelle frei sei, daß sich aber bald eine solche finden werde, wird das unerfahrene Mädchen von Woche zu Woche hingehalten, bis das von Hause mitgebrachte Geld in die Taschen des Logisgebers gewandert ist. Dann wird dem armen ausgeplünderten Mädchen eine Stellung nachgewiesen, von der die künftige Vermieterin genau weiß, daß daselbst kein Mädchen längere Zeit aushält. Die Betreffende fällt also bald wieder der Ausbeutung durch die unlauteere Mietsfrau anheim, bis sie endlich mit den hiesigen Verhältnissen soweit vertraut ist, daß sie sich der Ausbeuterin entziehen und auf eigene Fährte stellen kann.

Am dem Treiben dieser Sorte von Vermittlern entgegenzutreten, andererseits aber auch um die zuziehenden Mädchen vor „schlechter Gesellschaft“ zu bewahren und sie dem frommen Glauben zu erhalten, haben einige Frauen- und christliche Vereine eine regelmäßige „Wahnschiffmission“ eingerichtet, deren Zweck es ist, die einwandernden Dienstmädchen einem Mädchenheim zuzuführen und ihnen Stellen nachzuweisen. Kennenswerte Erfolge hinsichtlich der Befähigung der geschickten Mädchen haben diese Vereine jedoch noch nicht erzielt, die geliebten Ausbeuter der armen Mädchen dürften sich auch durch die frommen Vereinsdamen kaum in der Ausübung ihres unlauteeren Handwerks füren lassen; verstehen sie es doch, sich sogar den Nachstellungen der Polizei zu entziehen.

In der Klagefache des Magistrats von Berlin gegen den Polizeipräsidenten wegen des Friedhofs der Märzgefallenen ist beim Oberverwaltungsgericht Termin auf den 14. Dezember angesetzt worden.

Die Wahlen für die Bezirkammer Berlins und der Provinz Brandenburg sind bereits erfolgt. Für den Stadtkreis Berlin sind zu Vertretern der Wertschaft diejenigen Kandidaten gewählt worden, welche in einer gemeinschaftlichen Liste von dem Geschäftsauswahlgang der ärztlichen Standesvereine und dem Vereine zur Einführung der freien Arztwahl aufgestellt worden waren.

Die Verstimmlung der Figuren in der Siegedallee hat auch dem Volkswitz Gelegenheit gegeben, sich in drastischer Weise darüber zu äußern. Man hat nämlich der Siegedallee nach der Freveltat den Namen — „Neue Invalidenstrasse“ beigelegt, und es beginnt die Frage nach dieser neuen Straße bereits epidemisch aufzutreten.

In der Schwimmhalle der städtischen Volkshochschule Schillingstraße sind die baulichen Arbeiten soweit vorgeschritten, daß von Donnerstag, dem 7. Dezember d. J., ab die Halle wieder in der früheren Weise abwechselnd von männlichen und weiblichen Personen benutzt werden kann. In der Schwimmhalle Entfernung der Gerüste etc. eine gänzliche Schließung der Halle am Dienstag und Mittwoch nächster Woche erforderlich. Vom künftigen Donnerstag ab können Frauen und Mädchen wieder werktäglich von 9 1/2 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 4 Uhr nachmittags, an den Montagen jedoch von 9 1/2 bis 12 Uhr vormittags und 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr abends haben. In der übrigen Betriebszeit steht die Halle den männlichen Personen zur Verfügung.

Die Gasproduktion der städtischen Gaswerke betrug im Kalendervierteljahr Juli—September 1899: 23 794 000 Kubikmeter, in demselben Vierteljahr 1898: 21 900 000 Kubikmeter, mithin 1899 mehr produziert 1 894 000 Kubikmeter = 8,6 Proz. Abgegeben

wurden in der Zeit von etwa Mitte Juni bis Mitte September 1899: I. Zu Leuchtzwecken zum Preise von 16 Pfennigen für 1 Kubikmeter (ausschließlich des eigenen Verbrauchs) 11 088 466 Kubikmeter — gegen 1898 mit 10 918 283 Kubikmeter, mehr 7 Proz. — durch Automaten für 578 M. (zum Preise von 10 Pfennig für 600 Liter), 3468 Kubikmeter, zusammen 1899: 11 689 934 Kubikmeter. II. Zu anderen Zwecken zum Preise von 10 Pf. für einen Kubikmeter. Zu Koch- und gewerblichen Zwecken (ausschließlich Motoren) 5 819 296 Kubikmeter — gegen 1898 mit 4 674 497 Kubikmeter — mehr 24,5 Proz. Zum Betriebe von Motoren 2 204 801 Kubikmeter — gegen 1898 mit 2 054 678 Kubikmeter — mehr 7,3 Proz., zusammen 8 024 097 Kubikmeter. Uebersicht sind im Kalendervierteljahr Juli—September 1899 produziert worden 19 714 031 Kubikmeter — gegen 17 647 459 Kubikmeter in demselben Vierteljahr 1898 — mehr 11,6 Proz.

Das Flugblätter-Vorpiel zu den Wahlen für das Direktorium der Akademischen Lesehalle hat ein Disziplinärverfahren zeitig, sowohl gegen die Vertreter der „nationalen Partei“, die in ihrem Flugblatt Angriffe gegen einen Teil der Kommissionen gerichtet hatten, wie auch gegen den Vertreter der freien wissenschaftlichen Vereinigung, welche dem Verbot des Rektors zuwider ein Flugblatt — allerdings unter dem Namen eines ihrer „alten Herren“ — verbreitet hatte. Wie wir erfahren, ist die ganze Sache mit Begeisterung behandelt worden, sie hat „allerseits“ nur mit einem Verweise geendet.

Wegen Unterschlagung wird der Magistratssekretär Robert Opitz verfolgt. Er war Rentant der Wiedersee-Stiftung, welche Arbeitssamen zinsfreie Darlehen unter ratenmäßigen Rückzahlungsbedingungen gewährt. In ungefähr 20 Fällen hat Opitz die seitens der Behörde zugesprochenen Darlehen unterschlagen und dann, um sein Vergehen zu demanteln, die Rückzahlungen aus seiner Tasche bewirkt. In einem Falle hatte er die Rückzahlung unterlassen.

Die Zahl der Hörerinnen an hiesiger Universität beträgt gegenwärtig 406, welche sich auf alle Fächer verteilen. Ueber 200 Geluche sind abgewiesen worden, da die betreffenden Damen den Nachweis der erforderlichen Vorbildung nicht führen konnten.

Diebstahl. In der Nacht zum Donnerstag wurde in der Frey Strauchens Weichierstraße in der Scharrenstraße 15, die seit zwei Jahren von dem Gastwirt Paul Jörner geleitet wird, eingebrochen. Die Einbrecher haben sich entweder auf dem Grundstücke eingeschlichen lassen und sind durch den Keller in die Gostäume eingedrungen, oder sie haben als Gäste unbemerkt hinter der Gardiene ein Fenster geöffnet, um später durch dieses einzusteigen. Mit einer Arbeitsjacke, die sie unter dem Ladentische fanden, erbrachen sie alle Behältnisse. In der Marktlasse fanden sie den Schlüssel zu einer Kassetten, die in einem Schubfach aufbewahrt wurde. Aus der Kassetten erbeuteten sie eine goldene Spange, eine goldene Brosche, ein Granatarmband, eine Granatbrosche, einen Siegelring mit dem Monogramm P. Z. und ein Scharlachband über mehr als 200 M., das auf den Namen der Schwester des Gastwirts, Fräulein Marie Jörner, unter Nr. 407 731 ausgestellt ist, ferner drei Eisenbein-Billardkugeln, gezeichnet B. F., im Werte von 60 M., vier Kisten Cigaretten und einen Glasstoffsack mit 1500 Cigaretten.

Der diesjährige Weihnachtsmarkt beginnt am 11. Dezember und dauert bis 27. Dezember einschließlich der Waggabe, das am 28. früh 8 Uhr sämtliche Buden und Verkaufsvorrichtungen von den Straßen und Plätzen fortgeschafft sein müssen. Die für den 17. und 24. Dezember d. J. durch Bekanntmachung vom 24. November getroffenen Bestimmungen über die Sonntagstraße im Handelsgewerbe finden auch auf den Weihnachtsmarkt Anwendung.

Der Magistratssekretär Robert Opitz, Holzmarktstraße 20, wird wegen Unterschlagung verfolgt, die er in seiner Eigenschaft als Rentant der Wiedersee-Stiftung begangen hat. Die Stiftung gewährt zinsfreie Darlehen unter günstigen Rückzahlungsbedingungen an kleine Gewerbetreibende. Opitz soll in etwa 20 Fällen die Darlehen unterschlagen und dann, um sein Vergehen zu demanteln, die Rückzahlungen selbst bewirkt haben.

Im Interesse der Schiffer teilt das Polizeipräsidium folgendes mit: Die lichte Höhe der im Zuge der Röhrenstraße über den Schleusenkanal erbauten provisorischen Fußgängerbrücke beträgt 3,20 Meter. Das für den Bau der gewölbten Brücke aufzustellende Lehrgerüst wird folgende Abmessungen erhalten: lichte Weite 8 Meter, lichte Höhe 3 Meter im Scheitel und 2,50 Meter in 4 Meter Entfernung zu beiden Seiten des Scheitels. Die Höhenmaße beziehen sich auf den normalen Wasserstand.

Rohheit der Gelehrten. Der Student Wilhelm Riemann aus Nordhausen, Sohn des Rentners, früheren Polizeimeisters Ferd. Riemann, ist, wie die „Nordh. Ztg.“ schreibt, hier in Berlin das Opfer eines Sabelnells geworden. Er erlitt bei dem Jüdelampf so schwere Verletzungen, daß er bald darauf gestorben ist.

Ein Hochstapler bereist gegenwärtig unter dem Namen eines Gerichtsassessors Kurt Döniger die Vororte Berlins. Er bestiehlt in den verschiedensten Geschäften Waren mit dem Auftrage, sie nach seiner Wohnung zu senden. Die letztere besteht nur in einem Zimmer, das der noch nicht ermittelte Schwindler anscheinend nur zur Ausföhrung seiner Betrügereien gemietet hat. Die Betrogenen beschreiben den Hochstapler als einen Mann im Alter von etwa 30 Jahren und 1,60 Meter Größe; bekleidet war er mit einem modischen langen Ueberzieher, dunklen Anzug und Cylinderhut.

Ein Schlächterwagen hat gestern früh in der Prenzlauerstraße Unfall angerichtet. Ein etwa 14 Jahre alter Knabe kam mit der Ringbahn vom Landsberger Thor her und stieg am Prenzlauer Thor ab. Ein Wagen eines Schlächtermeisters Lorenz fuhr im scharfen Trab an der Haltestelle vorbei und rief ihn an, so daß ihm ein Rad über den Kopf hinwegging. Der Wagenfahrer schlug auf die Pferde ein und suchte zu entkommen. Das Publikum aber verfolgte ihn und stellte ihn auf der Ecke der Linienstraße. Während man ihn zur Feststellung auf die Reberstraße führte, brachte ein Schuttmann den Verunglückten nach der Unfallstation X und von dort nach der Königl. Klinik. Der Knabe war nicht vernehmungsfähig und konnte daher über seine Person keine Auskunft geben. Er ist besonders an einem Auge schwer verletzt worden.

Unter einer Landstraßenbrücke an der Landsberger Allee wurde ein Knabe von 12 Jahren bewußlos aufgefunden. Er hatte sich dort so fest eingezwängt, daß er nicht wieder zurückkam. Ein Fuhrwerksbesitzer bemerkte den Knaben in seiner ablen Lage und schaffte ihn mit Hilfe von anderen Leuten nach der nächsten Unfallstation, von wo der Verunglückte nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain gebracht wurde. Die Herkunft des Knaben, der aufkeimend die Sprache verloren hat und bedenklich krank ist, hat noch nicht festgestellt werden können. Er trug einen dunklen Anzug mit Blauschmucke und kurzgeschorenes Haar.

Nachträglich ist der Knabe als der 11 Jahr alte Sohn Richard des Schlossermeisters Wendt, Landsbergerstr. 58, rekonnoziert worden. Er hat durch Hang zum Umhertreiben seinen Eltern viele trübe Stunden bereitet und war zuletzt drei Wochen lang nicht zu Hause gewesen.

Furcht vor einer Operation hat die Verkäuferin Marie Leibig in den Tod getrieben. Sie stürzte sich in einer Privatfrauenklinik aus dem Fenster ihrer im zweiten Stock gelegenen Wohnung auf den Hof hinab und verletzte sich so schwer, daß sie nach kurzer Zeit starb.

Zengen eines Unfalles gesucht. Der Wauer Stammel verunglückte in diesem Jahre beim Bau des Kaulisenhofes in der Prinz Louis Ferdinand-(Stall-)Straße dadurch, daß ihm ein Brett

auf dem Kopf fiel. St. arbeitete zunächst weiter, befindet sich jedoch nunmehr als unheilbar geisteskrank in der Anstalt Holzberge. Seine Angehörigen behaupten, daß dieses Leiden die Folge des Unfalles sei und bitten alle, die Zeuge desselben gewesen sind oder sonst darüber Auskunft geben können, Mitteilungen hierüber an die Lohnkommission der Maurer, Grenadierstr. 33, gelangen zu lassen, da ohne die Beibringung von Beweismaterial die Familie des Verunglückten keinen Pfennig Rente erhält.

Durch einen Sturz aus dem Fenster hat sich Freitagmorgen die 26 Jahre alte Köchin Charlotte Stanlow in der Genthinerstraße getötet. Schwermut soll das Mädchen zum Selbstmord getrieben haben.

Zulassung von Frauen zur Medizinischen Gesellschaft. Zu dem von den Ärzten Dr. Freudenberg und Jabel gestellten Antrag auf Zulassung von Frauen zur Medizinischen Gesellschaft hat der Ärzteverein „Oranienburger Vorstadt“ folgende Resolution angenommen: „Die „Oranienburger Vorstadt“ begrüßt den Antrag Freudenberg-Jabel sympathisch und erwartet, daß ihre Mitglieder für denselben eintreten werden.“

Beim Auffüllen von heißem Jodkali ist der Arbeiter Karl Meher aus der Wilmersdorferstr. 26 in der Schering'schen Fabrik an der Jungfernhöhe schwer zu Schaden gekommen. Von der heißen Flüssigkeit spritzte ihm etwas in das rechte Auge und verletzte dieses schwer.

Treptow-Sternwarte. Zur Vorbereitung für die fast totale Mondfinsternis am 18. Dezember spricht Direktor Ardenhold auf der Treptow-Sternwarte Sonntagmittag um 7 Uhr über „Die bevorstehende Mondfinsternis“. Das Thema für den 5 Uhr-Vortrag lautet: „Sternhaufen und Nebelringe“. Der Orion-Nebel wird nur noch bis Mittwoch, den 6. Dezbr., mit dem Reflektor gezeigt, da abdamn wieder der Mond in den Abendstunden beobachtet wird.

Ein gefährlicher Dachstuhlbrand, bei dem sich der Oberfeuermann Wagenknecht von der 2. Compagnie eine starke Rauchvergiftung zuzug, wütete Freitagabend Radialstr. 10, gegenüber dem Schleifischen Bahnhof. Kurz nach 6 Uhr kam das Feuer im Dachraum des linken Seitenflügels zum Ausbruch und binnen wenigen Minuten waren die oberen Stockwerke derart verqualmt, daß deren Bewohner schleunigst die Flucht ergreifen mußten. Brandinspektor Dransfeld, der mit der gesamten 2. Compagnie angerufen war, fand anfangs infolange eine schwierige Situation vor, als dem Feuer zuerst gar nicht beizukommen war. Ein Vordringen über die Treppen erwies sich als unmöglich, weshalb von den Nachbargebäuden aus angegriffen werden mußte. Das Holzcecidendach ließ die Flamme nicht durch und bevor durch Einschlagen des Daches Luft geschafft werden konnte, kletterte Oberfeuermann Wagenknecht durch eine Dachluke, um an den Brandherd heranzukommen. Dieser befand sich aber hinter zwei verschlossenen Bodenverschlüssen und beide mußten erst gewaltsam geöffnet werden, bevor W. Wasser geben konnte. Durch die Raucheinatmung fast beunruhigt geworden, mußte er sich schließlich zurückziehen, um sich im Freien einigemmaßen zu erholen. Mittlerweile war das Dach an verschiedenen Stellen durchschlagen, und mit Inborten die Flammen hoch auf. Nach einständiger Arbeit war man Herr des Feuers. Ein großer Teil des Dachstuhles wurde eingestürzt, auch haben mehrere nicht verschäderte Mieter empfindliche Verluste erlitten.

Feuerbericht. Freitagmittag erfolgten mehrfache Alarmierungen nach Ritterstraße 26, wo in einem Fabrikraum Feuer ausgebrochen war, das aber noch in kleine erstickt werden konnte. Früh 4 Uhr wurde die Wehr nach Frankfurter Allee 107 gerufen, wo ebenfalls in einer Fabrik ein Brand ausbrach. Letzteres besorgte die Ort-Feuerwehr von Friedrichsberg mit einem Rohre allein. Donnerstagnachmittag erfolgten Alarms in der Straße 24 und Frankfurter Allee 35 Lampenexplosionen, die keine Zimmerbrände nach sich zogen. Melchiorstraße 30 entstand durch übergelobtes Kolophonium ein kleines Schandfeuer. Pappel-Allee 12 war Spiritus in einem Laden in Brand geraten, der aber wesentlichen Schaden nicht verursachte. Außerdem erfolgte noch ein Alarm nach Behrenstraße 3, wo Leer übergelobt war.

Polizeilich beschlagnahmt worden ist die Leiche des Hauptmanns A. Wilhelm Albrecht, der gestern (Freitag) morgen in seiner Wohnung tot aufgefunden wurde. Albrecht, ein Mann von 54 Jahren, stammte aus Allenstein in Ostpreußen, lebte von seiner Pension und wohnte seit dem 1. April d. J. für sich allein im dritten Stock des Hauses Weihenburgerstraße 54. Am Mittwochnachmittag sah man ihn zum letztenmal. Als vorgestern seine Aufwärterin keinen Einlaß fand, glaubte sie, daß er ausgegangen sei; als sie aber auch gestern morgen auf ihr Klingeln noch keine Antwort erhielt, ließ die Polizei die Wohnung durch einen Schlosser öffnen. Albrecht lag angeklidet tot auf dem Fußboden in seiner Wohnstube. Ein Arzt, der geholt wurde, konnte die Todesursache nicht feststellen. Wahrscheinlich ist es ein Schlaganfall.

Aus den Nachbarorten.

Mariendorf, Tempelhof und Umgegend. Die zu heute, Sonnabendabend, angesetzte Versammlung bei Gerth, Tempelhof, Dorfstraße, findet nicht statt, da das Lokal ar derweitig vergeben ist. Dafür hält am Sonnabend, den 9. Dezember, Rechtsanwalt Victor Bräunl in demselben Lokal abends 8 1/2 Uhr seinen Vortrag.

Lichtenberg-Friedrichsberg. Sonntag früh 8 Uhr gelangt ein Flugblatt zur Verbreitung. Die Parteigenossen werden ersucht, sich regen an der Verbreitung zu beteiligen, und rechtzeitig in den bekannten Lokalen anwesend zu sein.

Ueber einen schweren Eisenbahnunfall auf der Zweigstrecke der Nordbahn Fürstberg-Templin wird aus letzterem Orte berichtet: Der am letzten Donnerstag um 8 Uhr 54 Minuten von Puchin nach Templin abgefahrene Zug, bestehend aus der Lokomotive, drei Personenwagen und dem Postwagen, entgleiste kurz vor dem Bahnhof Neu-Placht, in der Nähe von Denow. Die Lokomotive stürzte den 12 Meter hohen Bahndamm rechts hinunter und wühlte sich in die äußere Böschung des Bahndammes begrenzenden Grabens ein. Die beiden ersten Personenwagen wurden nachgerissen und stoben nun auf der schrägen Böschung des Bahndammes, gestützt auf die Lokomotive. Der dritte Wagen steht noch auf dem Geleise. Der Postwagen hat sich losgerissen und ist, sich mehrmals überschlagend, an der anderen Seite des Bahndammes herunter auf die Wiese geschleudert, wo er stark demoliert aufrecht steht. Von den 15 Passagieren sind zehn Personen verletzt, darunter vier schwer. Am schlimmsten erging es dem Schiffer Schwensin aus Jeddend, den wahrscheinlich durch eine Fensterherbe) die Pulsadern beider Hände durchgeschnitten sind. Ein fremder Jagdvogel scheint auch schwer verwundet zu sein. Von dem Inspektor hat der Postschaffner Ehling aus Fürstberg bedeutende Kopfverwunden davongetragen; ebenso der Feizer, der sich beide Arme verbrühte. Als das Unglück geschah, sprangen viele aus den Wagen, einige zu den Pensionsern hinaus. Es herrschte allgemeine Verwirrung. Nachdem das Unglück auf dem Templiner Bahnhof bekannt geworden, wurde sofort eine Lokomotive mit Hilfswagen, auf dem auch der Kreisphysikus Platz nahm, zur Unfallstelle geschickt. Die Verunglückten wurden verbunden und mit den übrigen Fahrgästen nach Templin gebracht. Wie verlautet, soll die Stelle, da der Untergrund sehr sumpfig ist, schon immer gefährlich gewesen sein.

Ueberfallen und schwer verwundet wurde Donnerstagnachmittag an der Schloßbrücke zu Charlottenburg der Schiffer Julius Koch aus Jerpenscheide, der dort überwintert. Er wollte eine in der Eichenallee auf Westend wohnende Schwester besuchen. Ein

Bisher nicht ermittelte Mensch fiel an der Schloßbrücke über ihn her und richtete ihn mit einem dolchartigen Messer fürchtbar zu. Auf der Rettungswache, die ihn die erste Hilfe angedeihen ließ, stellte man u. a. einen Stich in die linke Wange und das Ohr und einen Stich in die linke Brust zwischen zwei Rippen fest. Der Heberfallene liegt jetzt im Krankenhause schwer danieder.

Zu Reinickendorf ist der Bau des **Müllschmelzofens**, der dort von einer auswärtigen Firma in Angriff genommen worden war, nun vollständig eingestellt worden, da sich hinsichtlich der Rentabilität des Unternehmens Bedenken geltend gemacht haben. Die Bewohner Reinickendorfs hatten auch lebhaften Einspruch gegen die Errichtung des Ofens erhoben, da sie von ihm eine Verpestung der Gegend befürchteten.

Die Gemeindefschule in Friedenau hat eine beachtenswerte Reuierung getroffen. Auf dem Schulhofe ist eine Soldate aufgestellt worden, welche die hauptsächlichsten unserer heimischen Vögel enthält. Die Kinder empfangen so systematisch einen praktischen Anschauungsunterricht, und gleichzeitig wird in ihnen die Liebe zu den geliebten Sängern geweckt. Selbstverständlich sind die Vögel vor Käse und Rasse geschützt. Bemerkenswert ist noch, daß die Gemeindefschule in Friedenau zur Sommerzeit praktische Anleitung im Gartenbau empfangen. Man sieht auch an diesem Beispiel, daß manche Vororte die Berliner Gemeindefschulen zu überflügeln bestrebt sind.

In Landsberg a. W. ereignete sich ein empörender Fall von Leichenschändung. Anfangs dieser Woche wurde die Leiche einer vor 14 Tagen beerdigten Frau nachts wieder ausgegraben und in abscheulicher Weise verunstaltet. Anscheinend haben die unbekannten Thäter, von denen jede Spur fehlt, den toten Körper verschleppen wollen.

Kunst und Wissenschaft.

— **Im Carl Weisk Theater** ist Donnerstagsabend **Sundermanns Heimath** aufgeführt worden. Und gar mit einer russischen Hofschau spielerin als **Magda!** Man mag über das Stück mit der großen Paraderolle denken wie man will, aber für das Publikum eines Hofstadt-Theaters, dem sonst in der Regel nur der elendeste Abhub vorgeführt wird, muß ein solcher Abend eine geistige Erquickung sein. Für das Personal der Bühne brachte die Aufführung allerdings harte, ungewohnte Arbeit mit sich; aber der erste Akt zeigte, daß es doch weit besser ging, als zu befürchten war. Einige Rollen, so die des Pfarrers, waren zwar ein bißchen bläulich, andere wieder, wie die der Franziska, allzu gespreizt dargestellt, aber im ganzen wurde doch eine warme, behagliche Stimmung erzielt. Herr **Wach** als Oberlieutenant und namentlich **Pauline Lotte** dort als **Marie** spielten ihre Rollen so gar vorzüglich.

Dort trat im zweiten Akt die Hofschau spielerin **Elisabeth Goretta** auf die Bühne, und von diesem Augenblick an war jegliche Stimmung wie weggeblasen. Ein Angliad, das um so schlimmer wirkte, als seine wesentliche Ursache in einem Mißstande begründet lag, der mit den künstlerischen Eigenschaften des Gastes nichts zu thun hatte; die **Dame sprach russisch**. Experimente solcher Art kann sich eine große Bühne leisten, wenn ein ausländischer Stern erster Größe die Gnade hat, vor dem auf Sensation erpichtem Thiergartenpublikum zu erscheinen; im Theater des Orients, wo nur wenige der Besucher die Handlung des Stückes vorher kennen, ist so etwas aber auf jeden Fall verfehlt. Aber wir glauben, daß auch der Teil des Publikums, der „Heimat“ kamte, ungerührt blieb. Gewiß, die russische Künstlerin hat **Noutine**; aber ihre **Magda** spielte sie geistreich und mit Wärme Leidenschaftlichkeit, die in jeder Sprache zum Herzen geht, blieb ihr fremd. Anz, sie spielte die **Magda als Salondame**.

Der „orchestrale Klavierer“. Die Entwicklung des meistgeliebten und meistgeschätzten Musikinstrumentes, des Klaviers, gehört zu den interessantesten und zahlreichsten Partien der Kulturgeschichte. Allein sie hat auch so viele, eine brillante aufstrebende und dann doch wieder vergehende Scheinfortschritte gegeben, daß jede Nachricht von einer neuen Verbesserung ebenso das Stoffschütteln der Fachleute hervorruft, wie es die immer wieder auftauchenden neuen Notenschriften thun. Ein solches namentlich in der letzten Zeit, die so viele rein mechanische Verbesserungen des Klaviers erlebte, wenig verändert oder wurde vielleicht, wie jetzt behauptet wird, noch schlimmer. Die Trockenheit, Mangelhaftigkeit seines Tones, sein qualitativer Abfall von den Klängen des Orchesters und der menschlichen Stimme, so daß die Unverträglichkeit der Klänge von dem einen und der anderen fast zu einem Dogma mancher Verehrer eines einheitlichen Tönenbundes geworden ist.

Nun tritt ein neuer Versuch vor uns, dessen Grundgedanke kurz folgender ist. Einen alle idealen Anforderungen erfüllenden Ton

gibt es nicht; die menschliche Stimme bleibt hinter diesem Ideal eines „naturwahren“ Tones um weniges, die Orchesterinstrumente bleiben dahinter um etwas mehr, das bisherige Klavier bleibt dahinter um sehr viel zurück. Abzuhelfen ist dem durch eine Verstärkung der Resonanz. Bekanntlich überträgt sich der Klang der (durch den Hammer angeschlagenen) Saite des Klaviers auf die diesen Basis bildende Holzplatte, den „Resonanzboden“, der aber keinen Eigentum hat (Querschwingungen seiner Fasern werden ja durch Quer-Rippen verhindert), sondern lediglich Ton durch Schwingungen seiner kleinsten Teile wiedergibt. Ihn entsprechend ebenso zu verstärken, wie bisher die rein mechanische Montierung der Saite verstärkt wurde, so daß er den Saitentönen „ganz aufsaugt“ und „ganz reflektiert“, ist der Kern des neuen Verjuch und muß in einem wohlklingenden „orchestralen“ Klavier ton führen, mit allen sich daraus ergebenden ästhetischen und sonstigen Folgerungen.

Dieser Gedankengang wurde bereits in dem Prospekt angedeutet, durch den unter dem Schutz des Berliner Tonkünstlervereins Herr Dr. Johannes Moser, der Vertreter des neuen Fortschritts, zu einem Vortragsabend am letzten Donnerstag eingeladen. Herr Dr. Moser, vordem als pädagogischer und philosophischer Schriftsteller bekannt, in seinem geistlichen Gewand und mit seinem Künstlerkopf an Platz erinnernd, stellte sich mit Recht nicht als Erfinder, sondern als Entdecker vor — als Entdecker des Fehlers der bisherigen Klavier (das Unklänge der „Entdeckung des orchestralen Klaviertones“ verweist die Klarheit dieses Standpunktes). Man mußte vor allem erkennen, daß man es mit einer selbst und noch mehr irrtümelhaften Persönlichkeit zu thun hatte, im Besitz einer plastischen Darstellungsgabe, durch die das Publikum eine lebendige Veranschaulichung vom Wesen der Sache erhielt, und zugleich einer Spur von ungewohnter Sophistik, die den Anschein der Folgerungen (hoger bis zu einer Hebung des „homilen Lebens“) erleichterte. Dadurch erklärt sich manches. Zunächst dies, daß wir über die technischen Einzelheiten jenes Kerns des neuen Verjuch weniger erfahren, als über die Freude des Mannes an seiner Sache. So viel wir inmitten eines unruhigen Publikums vernehmen konnten, besteht die Verbesserung der Resonanzplatte in zweierlei: erstens in einer (übrigens nicht mehr als neun beanspruchten) Verstärkung ihrer Masse — sie wird jetzt 3-4 Centimeter dick gemacht; zweitens in einer Erhöhung ihrer Elasticität. Da nun kein Hinweis auf technisches Geheimnis fiel, so dürfen wir bedauern, daß darüber nicht mehr gesagt wurde. Ansehnend werden zwei Platten (wohl unmittelbar und mit Kreuzung ihrer Querschnitte? ohne Querrippen?) übereinandergesetzt. Woher nun das Mehr an Elasticität, nach welchem doch die Klavierbauer schon immer gestrebt haben dürften? Ah!

Nun wurden auf neuen, vorläufig keinen Klavierern des Systems Moser (Firma C. Göze) zahlreiche Stücke vorgezogen, mit einer Programmverwirrung und mit teilweise so unzulässigen Kräften (namentlich im Gesang), wie es eben in solchen Vereinen unternommen scheint und wie es ganz geeignet war, den Eindruck dessen zu fördern, was gezeigt werden sollte. Trotzdem war an der Schönheit des neuen Tones nicht zu zweifeln: er klang lange hinaus, ermöglicht ein intimes Legato und ist namentlich in den nütteren Lagen prächtig; in den oberen erschien die Reifeigkeit gegen früher am geringsten. Alles in allem ist es begreiflich, wenn eine Natur wie die unseres Fortschrittsmannes ihre Schöpfung überschätzt. Allein schon die Aussicht darauf, das Publikum zum Erlernen und Würdigen kleiner Verschiedenheiten in diesen Dingen heranzubilden, ist ungemein viel wert.

Die Hauptfrage dürfte jetzt die sein, daß die Möglichkeit des Grundtonges anerkannt und seine weitere technische Durchführung zum Interesse vieler gemacht werde. Wenn, so kann der Klavierindustrie eine noch fruchtbarere Zeit als jetzt bedarfen. Das jedoch, worauf wir mit der größten Freude warten, würde eine Heberwindung des Verjuchens sein, das vom Klavier aus das Gehör der an der Musik Beteiligten trifft. Hoffentlich wird der zweite Vortrag, der auch Klavierpädagogische Folgerungen besprechen will, unsere Erwartungen begünstigen.

Vermishtes.

Eisenbahnkatastrophe in Kaufsien. Aus Tiflis wird gemeldet: Auf der Transkaukasischen Bahn, 28 Werst von Tiflis, verunglückte ein Militärzug auf einer Brücke über den Aurs-Fluß. Auf dem Bahndörper waren an dieser Stelle die Schienen zu Reparaturarbeiten entfernt, der Zugführer bemerkte aber die Signale zu spät und konnte den Zug erst wenige Faden vor der Brücke anhalten. Hierdurch konnte die Katastrophe allerdings abgemildert, aber nicht mehr verhindert werden. Die Lokomotive neigte sich auf die Seite, zerbrach das Geländer und stürzte aus einer Höhe von 7 Faden in den Fluß hinab, wobei sie den Tender und 2 Güterwagen mit sich

zog. Die übrigen beladenen Waggons blieben in der Schwere hängen, sechs derselben stürzten aber am nächsten Tage ebenfalls in den Fluß. Der Lokomotivführer und der Feizer wurden getötet, mehrere Personen erlitten Verletzungen. 196 Rekruten, welche in den letzten Waggons untergebracht waren, kamen unverletzt davon.

Ein ober-schlesischer Polizeibeamter. In Myslowitz hat der Polizei-Assistent **Seidel** Mündelgelber katholischer Kinder in Verwaltung genommen und „vermündelt“. Wie er zu diesen Gelben kam, ist nicht an den Tag gekommen. Seidel hat Selbstmord begangen.

Von parlamentarischen Redebüthen sei hier die folgende neue Sammlung mitgeteilt: „Wir fühlen uns von den weiten Dimensionen des Hauses beengt. — Sie können sehen, daß auch hier die Breite kein minimalistisches Schlaraffenleben führt. — Die Kinderkrankheiten der Politik... — Wenn nun schon der Abg. Langemann den Fall parlamentarisch an der Stirnlocke faßt. — Das Exemplar, welches wegen der Kommunalsteuer fortzöge, müßte auf den Tisch des Hauses gesetzt werden. — Dem Kontraktbuch, der geeignet ist, das Bewußtsein des Volkes zu vergiften, muß das Wasser auf allen Wegen abgegraben werden. — Ich als seit Generationen geborener Schleswig-Holsteiner. — Es müßte dann eine Justiz-Verfassungskommission eingesetzt werden. — Die mütterliche Liebe der jüngeren Juristen für ihre älteren Kollegen. — Ich konstatiere, daß die Eisenbahnverwaltung in den letzten Jahren häufig von akuten Bedürfnissen überrascht worden ist. — Dort hat man vergessen, in der Schule Bedürfnisanklagen zu bauen. Selbst die Lehrer haben ein ganzes Jahr warten müssen. — Wir wollen den organischen Begriff Vektor nicht in das Gesetz bringen. — Ich möchte nochmals für die Unverfälschung eines warmen Langes einlegen. — Nicht den Schimmer eines Schattens eines Beweises hat er gebracht. — Die Gebrüder Deubardt sollen in die Länge gezogen werden. — Es wird dem keinen Befürchtung nicht möglich sein, die Eier so lange aufzubewahren, daß er sie frisch liefern kann. — Ein schweres Geheiß. — Die Vorlage wurde nicht nur in räumlich, sondern in überhaupt beschränkter Weise gemacht. — Es ist schlimm für die Angehörigen des Kleinbauern, wenn die Preisbeschau auch auf ihn ausgedehnt wird. — Ich bin bisher auf einen fruchtbareren Boden nicht gefallen. — Jeder Befürchtung ist schon heute verpflichtet, seinen Adressen so lange aufzubehalten. — Wo Massenquartiere sind, da blüht die Frucht der Socialdemokratie. — Ich erlaube mir, Herrn Kollegen Rante einige Bemerkungen zu machen, die wohl nicht ganz richtig sein dürften. — Ich verlange, daß beispielsweise jedes Mädchen ein festes dauerhaftes Verhältnis in einer Fabrik nachzuweisen vermag.“

Eisenbahnunfall in Amerika. Bei Paterson erfolgte, wie aus New York gemeldet wird, auf der Cadawana-Bahn eine Kollision. Sechs Personen wurden getötet und 21 verletzt.

Marktpreise von Berlin am 30. November 1899

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

Ware	Preis	Ware	Preis	
Weizen	14,80	Schweinefleisch 1 kg	1,60	
Roggen	14,10	Rindfleisch	1,80	
Winterweizen	13,90	Dammfleisch	1,60	
Dasfer gut	15, —	Butter	2,80	
mittel	14,20	Fier	60 Stück	6, —
gering	13,40	Käse	1 kg	2,20
Rüchard	4, —	Kale	2,80	
Beet	7, —	Porree	2,70	
Erbsen	40, —	Beete	1,80	
Speiseerbsen	50, —	Barche	1,60	
Linien	70, —	Schale	2,80	
Kartoffeln, neue	7, —	Bele	1,20	
Rindfleisch, feine 1 kg	1,00	Bele	1,20	
do. Bauch	1,20	Bele	1,20	

Ermittelte pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer — Kollisionsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner. f) Kleinhandelspreise.

Wodankmarkt vom 1. Dezember. Auf dem Getreidemarkte machte sich heute der Einfluß der hiesigen Warenlager-Aufnahme geltend, welcher namentlich am Roggenmarkte infolge der wider Erwarten starken Abnahme der Bestände eine schmerzliche Wirkung hervorrief. Die geringfügigkeit der Vorräte reizte die Käufer, besonders da der momentan niedrige Preisstand des Brotpreises den Augenblick für spekulative Unternehmungen günstig erscheinen ließ. Infolgedessen ermittelte sich am Frühmarkt etwas lebhafteres Geschäft. Mittags trat die gewohnte Stille jedoch wieder ein. Die Schlusspreise bestanden sich für Weizen ungefähr bei geteilt, für Roggen bei 1 M. höher. — Die Lageraufnahme ergab 17 705 Tonnen Weizen (— 2984 gegen 1. November) und 1653 Tonnen Roggen (— 4808). Hafer lag unverändert schwach, Rindfleisch etwas höher. Spiritus blieb unverändert. Voco über 47,50 M., Termine un- laglos.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin. Dienstag, den 5. Dezember 1899, abends 8 1/2 Uhr in Feuerwehns oberem Saal, Alte Jakobstr. 75

Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Rud. Willing über: „Das Unfallversicherungsgesetz“. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Billets a 75 Pf. zur Treptower Sternwarte sind noch in unserem Bureau zu haben.

Sonntag, den 31. Dezember 1899 in Stechers Festsaal, Adreassstr. 21

Gr. Silvester-Feier Vokal- und Instrumental-Konzert unter Mitwirkung des „Buchbinder-Männerchor“. Nach dem Konzert grosser Ball. Anfang 8 Uhr. Herren, die davon teilnehmen, zahlen 50 Pf. nam. Anfang 5 Uhr. Billets a 25 Pf. sind bei den Werkstätten-Vertrauenspersonen, in familiären Zahlstellen, sowie im Bureau zu haben.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin). Am Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Fest-Palast“, Burg- und St. Wolfgangstrassen-Ecke:

Ausserordentliche General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Die Streiks und Lohnbewegungen in der Metallindustrie. 2. An die Ortsverwaltung gelangte Anträge. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Die Vertrauensleute sind verpflichtet, allen Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszuhandigen. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. In Friedrichshagen feiert der Kollege G. Velshner jeden Sonnabend abends von 8-10 Uhr im Lokal von Reizmann, Wilhelmstr. 53. Die Zahlstelle 32 bei Herzog, Reinickendorferstr. 53, ist aufgehoben. Alle Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß vom 1. Januar 1900 ab Beiträge, welche über 13 Wochen reifen, nicht mehr angenommen werden. Wir erwarten, daß durch pünktliche Beitragsleistung die Mitglieder sich dauer schätzen, daß sie aus der Mitgliederliste gestrichen werden müssen und ihrer Rechte verlustig gehen. Die Ortsverwaltung.

Seehecht, sehr fein! pro Pfd. 40-45 Pf.
Bratflundern pro Pfund 20 Pf. und 3 Pfund 50 Pf.
sowie: **Schellfisch, Cabliau, Seelachs, Knurrhahn, See-Aal, Heilbutt, Scholle, Steinbutt, Seezunge, Rotzunge etc.**
ferner: geräucherte und marinierte Seefische, ebenfalls billig, empfiehlt die Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ in ihren 6 Verkaufsstellen:

Haupt-Filiale: Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Sogen 9-10.	No. III. Berlin NW., Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstr., Stadtbahnbog. 388, 9 (Centraltagereh).	No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulzendorferstrasse.
No. II. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 10/11, am Wilhelmsplatz.	No. IV. Im Schlessischen Bahnhof, Madalstr. 22.	No. VI. Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz u. Ritterstrasse.

Seefisch-Kochbücher erhalten Käufer umsonst.

Verband der Möbelpolierer. Montag, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Hermannstr. 197: **Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Beschließen und Ausgabe der Urnabstimm. Betreffs der ärztlichen Untersuchung ist morgen Saluh. 148/8 Der Vorstand.

Achtung! Zimmerer Achtung! Rixdorfs und Umgegend. Sonntag, den 3. Dezember 1899, mittags präcise 12 Uhr, in den Apollo-Sälen, Hermannstr. 48-50:

Oeffentl. Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über „Alkohollismus“, Referent: Silberstein. 2. Bericht des Vereinstrausmanns und Neuwahl desselben. 3. Bericht der Parteidelegierten und Neuwahl derselben. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kameraden, zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Einberufer.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teils. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130, Sprechst. 9-7.

Todes-Anzeige. Am Dienstag, den 28. Nov. verschied nach kurzem Verden unser Kollege **R. Gabu** im 50. Lebensjahre. Die Beerdigung findet heute, Sonnabend nachm. 4 Uhr, von der Verdenhalle des Rixdorfer Kirchhofes aus statt. 11885 Die Arbeiter der Fabrik von Ferd. Thielemann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin). **Todes-Anzeige.** Am Mittwoch früh 10 Uhr verstarb unser Mitglied, der Schlosser **Otto Wienicke**.

Ohre (ohne Ansehen!) Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 2 Uhr vom Krankenhaus am Friedrichshagen nach Nieder-Schönhausen statt. 117/15 Die Ortsverwaltung.

Danksagung. Allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Kollegen für die tätige Teilnahme und reiche Kranzsende bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Freundes, H. Schmidt, sagen den Bezüglichen Dank Die trauernden Hinterbliebenen.

Achtung! Bauarbeiter! Verlied und Umgegend. Laut Versammlungsbeschluss vom 23. November wird das Sammeln zum Streikfonds bis zum 28. Dezember fortgesetzt und werden dann sämtliche Karten behufs Erneuerung und Abkempfung eingezogen. Das Sammeln zum Streikfonds im neuen Jahre beginnt am 6. Januar. Die Lohnkommission centraler Richtung.

Berein der Maschinisten, Feizer und Berufsgenossen Berlin und Umgegend. Sonntag, den 3. Dezember 1899, nachmittags 5 Uhr in Cohns Festsaal, Beuthstr. 20

Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über Drehmaschinen u. Motoren der eigenen Elemente u. der Allg. Elekt.-Ges. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. Der Vorstand.

Glaserei u. Vereinsgeschäft Max Richter, Grüner Weg 65. Empfehle mein Lager von sämtlichen socialistischen Bildern u. Büchern nebst Einrahmung, auch Kupfer- und Stahlstiche. 31582

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, 2. Dezember.
Opernhaus. Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Julius César. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Römischer Hof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Gertrud Antles. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Soja. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Cyprienne. Anfang 8 Uhr.
Neues. Ein unbefriedigtes Blatt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wetken. Undine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Plagymajor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Süss und Reichenbach. Vorher: Die Nichte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Karbad Centrum. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Heimat. Anfang 8 Uhr.
Rachm. 1/2 Uhr: Kinder-Vorstellung: Ackenbrödel.
Friedrich. Wilhelmstädter. Ein gelunder Junge. Anfang 8 Uhr.
Rachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Der und Moris.
Victoria. La Koulotte. Anfang 8 Uhr.
Selle. Alliance. Gastspiel des Schiller-Theaters. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Entree im Bade. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wagner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr: Cyprienne.
Puffball in 3 Aufzügen v. S. Sardou u. G. de Nox, bearb. v. D. Blumenthal.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: II. Vorstellung im Schiller-Gebäude: Kabale und Liebe.
Sonntag, abends 8 Uhr: Die Grossstadtluft.
Montag, abends 8 Uhr: Cyprienne.

Carl Weiss-Theater
Gr. Franziskanerstr. 132.
Kinder-Vorstellung.
Nachmittags 3 1/2 Uhr:
Ackenbrödel.
Saubermärchen mit Ges. in 5 Bildern von N. v. Dahn. Regie: F. Dill. Preise der Plätze: Gallerie 10 Pf., II. Parquet u. II. Rang 20 Pf., I. Parquet von der 17. Reihe und I. Rang 30 Pf., I. Parquet 50 Pf., Loge 60 Pf.
Abends 8 Uhr:
Vorlesung des russischen Hofkaufmanns Elisabeth Gorowa.
Heimat.
Schauspiel in 4 Akten v. S. Sudermann.
Sonntag: Vorlesung des russischen Hofkaufmanns Elisabeth Gorowa.
Montag: Der Weltuntergang.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Den größten Lacherfolg hat zum 66. Male die unverwundliche Gefangene Susanne im Bade.
Dazu das neue riesengroße Dezember-Programm.
Neue erstklassige Spezialitäten.
Ein Morgen in Süd-Afrika.
Grosse urkomische Pantomime.
Nach d. Vorstell. um 11 Uhr: Vester Gesellschaftsabend vor Weihnachten.
Schüler der Schauspielerei. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Entrée Vorstellung u. Tanz 50 Pf.
Vorzugsplätzen sind günstig.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir.: Rich. Schultz.
Telephon Amt I. 2125.
Liane de Vries.
Siegfried Steiner. Mirano.
Les Colinis. Brothers Glado.
Freres Kulper.
The 5 Greenwoods.
François Rivoli. Mary Wolf.
Rund um Berlin.
Anfang 8 Uhr.

American-Theater.
Dresdenerstr. 66. Dir.: Emil Schnabl.
Neues Specialitäten-Programm
8 Debuts.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorkauf täglich im Theater, beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69, und beim „Invalidentank“, Unter den Linden 24 I.
Specialitäten-Programm
10 erstklassige Debuts.
„Berlin ulkt!“
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Transvaal.
Vorher: Der dunkle Erdteil.
Hörsaal: Dr. Spiess: „Ueber Lichtwellen.“
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.
Neu!
Anatomisch.
Museum.
Dienstags für Damen.
Passage-Theater.
Schwiegerlings Marionetten-Theater u. Variété-Vorstellung.
Mittw. u. Sonnab. 2 Vorst. 4 u. 7 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Präsident von Transvaal „Ohm“ Krüger und General Joubert mit kriegsgewandten Boeren.
Eine Gruppe von aktuellstem Interesse!

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenerstr. 72/73.
Der Plagymajor.
Thomas, Thielischer, Helmerding, Junkermann.
Im 2. Akt: Gr. Muffelkop - Terzett.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Der Plagymajor.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: Der Zigeunerbaron. Von Johann Strauß.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Täglich außer Sonnabend:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Anfang nachmittags 8 Uhr.
Entrée (Vorher: 30 u. 50 Pf.)
Sonnab. 1/2 Uhr. Entrée 50 u. 75 Pf. Donnerst. u. Sonntag d. Soiree Tanzkränzen.

W. Noacks Theater.
Bismarckstr. 16.
Extra-Theater-Vorstellung.
Die beiden Reichenmüller
Sollstück mit Gesang in 4 Akten von Anton Hann.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
„Tenoristen-Vogel“
Tagesst. 11-1.
Anf. präc. 8 Uhr.

Apollo-Theater.
Nur noch einige Tage:
Frau Luna
mit dem Luftballon „Grigolatis“.
Neues Specialitäten-Programm
8 Debuts.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorkauf täglich im Theater, beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69, und beim „Invalidentank“, Unter den Linden 24 I.
American-Theater.
Dresdenerstr. 66. Dir.: Emil Schnabl.
Neues Specialitäten-Programm
10 erstklassige Debuts.
„Berlin ulkt!“
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Cirkus Busch.
Sonnabend, 2. Dezember, abds. 7 1/2 Uhr
High Life Evening.
Zum 23. Male: Die Camorra!
Der Einbruch einer italienischen Deliquenz auf der Bühne. Kampf mit der Carabinieri. Die phänomenale blaue Grotte mit der herrlichsten Schluß-Apotheose. Elektrisch durchleuchtetes Wasser. Sprung ab. einen 8 Fuß hohen Riesen-Gel. Souffl. Ball. Gips. Des. d. Turmatad. Stadt u. Milton. Reiten. -Wolpouri. Sonntag, 2. Vorst.: Rachm. 4 Uhr hat jeder Erwachsene ein Kind unter 10 Jahren frei, weitere Kinder unter 10 Jahren zahlen halbe Preise, mit Ausnahme auf der Galerie.

Cirkus Alb. Schumann.
Heute, Sonnabend, den 2. Dezember, abends präc. 7 1/2 Uhr:
IV. Gala-Soirée High-Life.
Gala-Programm.
3. Debüt d. phänomen. Reitanfängerin à la cavalière (im Herrenstall) Mlle. Manja Bartowska. Dieselbe springt mit ihr Pferde 2 Meter h. hohe Barrieren (bis jetzt noch von keiner Dame gezeigelt).
Zum Schluss zum 14. Male:
Das größte u. interessant. Ritter-schauspiel aus dem 14. Jahrhundert:
Der schwarze u. d. weiße Ritter.
Die sensation. Leist. d. 3 Amerikaner Andres - Golden - Haxton.
Die Original.
Transvaal-Boeren.
Tausende und schwindende Herde samt Reiter in voller Rüstung. Die einzig bestehende Dressur eines Pferdes bei lebend. Bild. auf rotierendem Apparat. Orig. Creation d. Dir. Alb. Schumann.
Sonntag 2. Vorst.: nachm. 3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. Rachm. 1 Kind frei.

Maehrs Theater
Oranienstr. 24.
Unser Helgoland.
Viederpiel in 1 Akt von O. Wagner. Musik von Rich. Dieck.
Hr. Canon, der phänomen. Kraftturner. Elsa Messer, die famose Soubrette, und andere Spezialitäten.
Für Vereine
offiziell zu Weihnachtsfeierungen
Gesellschaftsartikel. E. Loewicke, Alte Infanterie 18/19.
11768

Pasters Gesellschafts-Säle
Inselstr. 10, I.
Den geehrten Vereinen und Gewerkschaften bringe meine Säle u. Vereine immer in glückl. Erinnerung.
Jeden Sonntag u. Mittwoch: Tanz u. Gesellschafts-Abend, 1000 Fremde und Bekannte ergehen einladend.
G. H. Paster.
33288

Homöopath. Klinik
legt Karlstr. 25. 8-10, 5-7.
Brust, Unterleib, Haut, Frauen, Nervenkrankheiten, Rheuma, Poliklinik. Velenstr. 17. 2-4. 29768

Zahnsemerz
hohler Zähne beseitigt sicher
sofort „Kropfs Zahnwatte“
(20 Proz. Carvacrolwatte) a. Ph. 50 Pf.
nur echt in plomb. Flasche. In allen Drogerien zu haben. Nimm nichts anderes, nur Kropp hilft sicher.
Für 36 Mark
fertige feine Winter-Paletots nach Maß, für 30 Mark hochwertige Anzüge nach Maß, für 8-12 Mark feine Hosen nach Maß. 31062
Riesens-Stofflager.
Kranienstr. 14, I. kein Laden.

Hans Kayser
Görtinger Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Restaurant Pferdebusch, Bahnstation Köpenick, Inh.: Gustav Lüdiche,
Restaurant Kiekemal, Bahnstation Hirschgarten, Inh.: Wilhelm Bräsewitz,
empfehlen ihre Lokale zu allen Anlässen.
Speisen und Getränke aufs vorzüglichste.
Uhren
Aug. Stein
Gold- u. Silberwaren
Ringe
Berlin 80., 177 Oranienstraße 177, Ecke Adalbertstr.
Passende Weihnachtsgeschenke
in nur guter Ausführung und jeder Preislage. Lange Damen-Uhrketten sowie Herren-Uhrketten massiv Gold und Platin. Geringste gemessene Trauringe in jedem Gewicht und Feingehalt. 31482

Konrad Friese
Müllerstr. 4
am Wedding.
Großes Lager in
Uhren, Uhrketten, Gold- und Silberwaren,
Chyrische Artikel, Brillen, Thermometer, Theatergläser, Musikwerke, Spielböden, Laufende von Sitteln spielend, von M. 6.- an, rc. 13181

Naturheilverfahren.
Ich heile
ohne Berufshörung alle Männer- und Frauenleiden, ebenso Nieren- und Blasenleiden. Naturgemäße Behandlung.
30452
Fr. C. Henke,
Rathenowerstr. 49, I. Ecke
Perlebergerstrasse.
Sprechstunden 9-2, 5-9,
Sonntags 9-2. Bei Vorzeigung
der Verbandskarten 10 Proz.

Kinderwagen. Puppen, Sport, Reisen, Schlitten u. Hängesessel, Räder, Klappstühle, Trampstühle, Kinder-Holzspielzeug, Spielzeug für Erwachsene u. Kinder, Kinderbetten, Samt-Korbisoren, Kräftiger Vagabund.
N. W. Schulz,
Dorotheenstr. 8, 95 Brunnenstr. 95,
Herrnstr. 111, 1707. Musikbuch gratis u. franco. Täglich geöffnet.

Christbaumschmuck.
Großartige Auswahl, billige Einzahlungen für Geschäfte und Häuser.
Gleditschstr. 24 I. 11826

Beim Monatswechsel empfehlen sich folgende Partei-Expeditionen:
Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Bengels, Fruchtstr. 30, Hof II. - SO.: Fritz Fickel, Faltgasse 35 v. part. - Sechster Wahlkreis (Noahit): Karl Anders, Salzgrabenstr. 8, part. im Laden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. - Gesundbrunnen: Wilhelm Gahmann, Grünhaldenstr. 65. - Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Kahanen: Allee 95/96. - Charlottenburg: Gustav S. Handberg, Schillerstr. 94, v. I. Trepp. - Deutsch-Wilmersdorf: Frau Käbler, Sigmundstr. 5, und Frau Heinemann, Sigmundstr. 5. - Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Anton Lopp, Berlin O., Friedrichsbergstr. 4. - Grünau: Engel, Dahlestr. 6. - Rixdorf: Ostermann, Gröbstr. 6. - Schöneberg: Bild. Baumier, Kropfstr. 13, Duerger, Hoch. - Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneberg: Otto John, Ober-Schöneberg, Sienendstraße 7, Giarrengeheiß. Annahmestellen: Nieder-Schöneberg: Karl Weber, Giarrengeheiß. Johannisthal: Senffleiden, Rehartrater. - Adlershof: Max Koch, Rehartraterstr. 4. - Cöpenick: Franz Weber, Giarren-Endung, Grünauerstr. 1. - Friedenau-Steglitz: G. Bernice, Kirchstr. 1, in Friedenau. Beschreibungen nehmten entgegen in Steglitz: G. Mohr, Döppelstraße 8, und Fr. Schellhals, Kropfstr. 15a. - Baumschulenweg: Gabel, Baumstraße 32, v. III. - Gross-Lichterfelde: Abonnement nehmten entgegen: Krey, Gassestr. 45; Baigt, Dürer- und Wolfstraten-Gde; Kuyner, Dürerstraße 41; Vogel, Gassestr. 104; Schlüter, Berl. Wilhelmstr. 39; Richter, Lorenzstraße 34; Erdmüling, Kropfstr. 10; Senger, Kropfstr. 35; K. G. Gassestr. 109; Bengel, Kropfstr. 6. - Neu-Weissensee: Expeditor Heinrich Bachmann, Vöhrerstraße 1, part. 1166. - Pankow: S. numer, Hirschstr. 48.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen. Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.
Bitte anschneiden!

Erwin Dobisch
Rixdorf, Bergstrasse 55.
Eröffnet am 2. Dezember a. c. ein
Uhren-, Gold- und Silber-
warengeschäft, verbunden mit optischen Artikeln u. Reparaturwerkstatt.
Meine langjährige Tätigkeit bei der Firma Gebr. Gypner, Hof-Uhrenmacher in Berlin, bietet volle Garantie für streng reelle und fachgemäße Bedienung sowie sorgfältige Ausführung aller vorkommenden Reparaturen.

Cylinder-Hüte
kauft man am billigsten direkt in der Fabrik.
Chapeaux claque.
weiche und feste Hüte zu billigen Preisen bei
Max Radtke, Blumenstr. 39,
Ecke Andreasstraße (kein Laden).
2490L*

Bekanntmachung.
Die am 7. November 1899 abgehaltene Generalversammlung sowohl wie die in derselben gefassten Beschlüsse und Wahlen sind durch Verfügung des Herrn Magistrats-Kommissars für die Orts- und Betriebs-Krankenkassen ungültig erklärt worden.
Es findet daher eine neue
Ordentl. Generalversammlung
der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker
am Dienstag, 12. d. M., abends 8 1/2 Uhr
in den „Arminhallen“,
Kommandantenstr. 20, Rott.
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über die ärztliche Behandlung der Kassenmitglieder für das Jahr 1900
2. Genehmigung der Verordnungen, welche für erteilte Mitglieder.
3. Erhöhung der Beiträge für zwei Beamte.
4. Antrag der Delegierten Schulze und Genossen: „Sind die Mitglieder der Ortskrankenkasse resp. deren Vertreter bereit, im Prinzip zu erklären, daß sie als Controlleure weibliche Personen anstellen wollen?“
5. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Rechnung des Jahres 1899.
6. Wahl von
a) 3 Vorstandsmitgliedern seitens der Arbeitgeber und zwar:
1. Ergänzungswahl von einem Vorstands-Mitgliede bis Ende 1899.
2. Neuwahl von 2 Vorstandsmitgliedern auf 3 Jahre.
b) 3 Vorstandsmitgliedern seitens der Kassenmitglieder und zwar:
1. Ergänzungswahl von zwei Vorstandsmitgliedern bis Ende 1901.
2. Neuwahl von 4 Vorstandsmitgliedern auf 3 Jahre.
Der Vorstand.
Aug. Werner, Gust. Knobel, Vorsitzender. Schriftführer.

Bei der schneidenden Art für Herrenparillen und Mädchen? Auf der Insel Fischelstr. 16712
Wo? beim alten Freund.
Frühstück-Suppen
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
stets vorrätig bei O. Günther, Rummelsburg, Goethestr. 2.

Seiden-Hut-Fabrik
von
Carl Renz,
3. Oranien-Strasse 3.
Schirm- u. Pelzlager. - Reelle Bedienung.
Für Weihnachts-Einkäufe empfehle
Herren-, Damen- und Kinder-Wäsche
nur eigener Fabrikat, gute Stoffe und saubere Arbeit.
D. Warzel & Co., Wrangelstrasse 17.

Herfeld & Comp.
bestehend nur aus blinden Personen, nicht zu verwechseln mit der hiesigen Blindenschrift. Wie Jacobstraße, empfiehlt sich, jede Art von Buchdruckerarbeiten zu den besten Preisen dauerhaft und sauber auszuführen. Bestellungen auf Ausführung von Arbeiten werden in nachbezeichneten Arbeitsstellen angenommen:
Metke, Kropfstr. 52.
Schulze, Ballhofstr. 18.
Riesbeck, Kropfstr. 11.
Witte, Angermündenerstr. 3.
Löhke, Rangstr. 42.
Rüdiger, Weinstr. 25.
Heise, Waldemarstr. 13.
Schilling, Hirschstr. 23.
Schöder, Vorwärtsstr. 20.
1183b) Alexandrinerstr. 20.
Wohlbrück, Hirschstr. 62
Die Arbeit wird auf Wunsch vom Besteller abgeholt u. wieder abgeliefert. Das Geschäfts-Büreau ist Rixdorfstr. 73 bei Herrn C. Mirow.

Stuhlflücht-Genossenschaft Berlin,
bestehend nur aus blinden Personen, nicht zu verwechseln mit der hiesigen Blindenschrift. Wie Jacobstraße, empfiehlt sich, jede Art von Buchdruckerarbeiten zu den besten Preisen dauerhaft und sauber auszuführen. Bestellungen auf Ausführung von Arbeiten werden in nachbezeichneten Arbeitsstellen angenommen:
Metke, Kropfstr. 52.
Schulze, Ballhofstr. 18.
Riesbeck, Kropfstr. 11.
Witte, Angermündenerstr. 3.
Löhke, Rangstr. 42.
Rüdiger, Weinstr. 25.
Heise, Waldemarstr. 13.
Schilling, Hirschstr. 23.
Schöder, Vorwärtsstr. 20.
1183b) Alexandrinerstr. 20.
Wohlbrück, Hirschstr. 62
Die Arbeit wird auf Wunsch vom Besteller abgeholt u. wieder abgeliefert. Das Geschäfts-Büreau ist Rixdorfstr. 73 bei Herrn C. Mirow.

Stuhlflücht-Genossenschaft Berlin,
bestehend nur aus blinden Personen, nicht zu verwechseln mit der hiesigen Blindenschrift. Wie Jacobstraße, empfiehlt sich, jede Art von Buchdruckerarbeiten zu den besten Preisen dauerhaft und sauber auszuführen. Bestellungen auf Ausführung von Arbeiten werden in nachbezeichneten Arbeitsstellen angenommen:
Metke, Kropfstr. 52.
Schulze, Ballhofstr. 18.
Riesbeck, Kropfstr. 11.
Witte, Angermündenerstr. 3.
Löhke, Rangstr. 42.
Rüdiger, Weinstr. 25.
Heise, Waldemarstr. 13.
Schilling, Hirschstr. 23.
Schöder, Vorwärtsstr. 20.
1183b) Alexandrinerstr. 20.
Wohlbrück, Hirschstr. 62
Die Arbeit wird auf Wunsch vom Besteller abgeholt u. wieder abgeliefert. Das Geschäfts-Büreau ist Rixdorfstr. 73 bei Herrn C. Mirow.

Stuhlflücht-Genossenschaft Berlin,
bestehend nur aus blinden Personen, nicht zu verwechseln mit der hiesigen Blindenschrift. Wie Jacobstraße, empfiehlt sich, jede Art von Buchdruckerarbeiten zu den besten Preisen dauerhaft und sauber auszuführen. Bestellungen auf Ausführung von Arbeiten werden in nachbezeichneten Arbeitsstellen angenommen:
Metke, Kropfstr. 52.
Schulze, Ballhofstr. 18.
Riesbeck, Kropfstr. 11.
Witte, Angermündenerstr. 3.
Löhke, Rangstr. 42.
Rüdiger, Weinstr. 25.
Heise, Waldemarstr. 13.
Schilling, Hirschstr. 23.
Schöder, Vorwärtsstr. 20.
1183b) Alexandrinerstr. 20.
Wohlbrück, Hirschstr. 62
Die Arbeit wird auf Wunsch vom Besteller abgeholt u. wieder abgeliefert. Das Geschäfts-Büreau ist Rixdorfstr. 73 bei Herrn C. Mirow.

Stuhlflücht-Genossenschaft Berlin,
bestehend nur aus blinden Personen, nicht zu verwechseln mit der hiesigen Blindenschrift. Wie Jacobstraße, empfiehlt sich, jede Art von Buchdruckerarbeiten zu den besten Preisen dauerhaft und sauber auszuführen. Bestellungen auf Ausführung von Arbeiten werden in nachbezeichneten Arbeitsstellen angenommen:
Metke, Kropfstr. 52.
Schulze, Ballhofstr. 18.
Riesbeck, Kropfstr. 11.
Witte, Angermündenerstr. 3.
Löhke, Rangstr. 42.
Rüdiger, Weinstr. 25.
Heise, Waldemarstr. 13.
Schilling, Hirschstr. 23.
Schöder, Vorwärtsstr. 20.
1183b) Alexandrinerstr. 20.
Wohlbrück, Hirschstr. 62
Die Arbeit wird auf Wunsch vom Besteller abgeholt u. wieder abgeliefert. Das Geschäfts-Büreau ist Rixdorfstr. 73 bei Herrn C. Mirow.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
die Lederhose Herkules tragen. Allen-Berlin. Sehr harte Ware in praktischen grünen u. braunen Streifen. Dient u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Reißnähe u. Rappnähte. Beste Leder-Pilot-Taschen, die Hofe
(bei Entnahme von) 4 Mk. 50
(6 Stück 26 Mk.)

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Gassestr. 24a. Brüdenstr. 11.
Gr. Franziskanerstr. 20.
Die lateinische Weltkarte 1900 über gelante Verren und Knaben-Geographie (Kassage 1 Millon) ist erschienen und wird kostenlos und portofrei zugestellt.
Versand von 20 Mk. an franco. - Bei Bestellung genügt Angabe der Straße u. Hausnummer u. Schriftlänge.
Nachdruck verboten!

Elektrotechnik.
Mittwoch, den 6. Dezember, 8 Uhr
beginnt ein
Neuer Abendkursus der
„Elektra“.
Dauer 6 Monate in Theorie und Praxis. 31590
Anmeldung: Prinzenstr. 55 I.
Man verlange Prospekte!

Nur noch 6 Mark
folgt un-
ter zig-
folien u.
hochim-
preisen
Genack-
Ator-
Hilfen
„Angela“, ca. 51 cm lang, mit 6
Wasser- 25 Seiten, -Reinhalter,
Schlüssel, Ring, Stimmvorrichtung, Rollen
und Schützengänge u. unersetzlich in
ihren verschiedenen Teil u. in 1 Stunde
reinst. Wir werden jederzeit darauf
aufmerksam, daß die von einer anderen
Hilfen zu 6 Mark, ohne Gebührende
angebotener Hilfen nur ca. 45 cm lang,
also bedeutend minderwertiger als unsere
großen Hilfen sind, die bei andern noch
6, 6 u. 8 Mark kosten. Wichtigste 9
monatliche Hilfen kosten bei nur 100
Mk. und 4 monatliche nur 120, Mk.
Verkauft gegen Nachnahme, Porto 80 Pf.
Katalog gratis. Jeder kann über diese
Praktikanten. Kein Risiko, event.
loster Geld zurück, wenn nicht auf
anlassen. Man bestelle deshalb nur bei
der in diesem Kataloge Instrumentenfabrik, von
Herfeld & Comp. 

Stuhlflücht-Genossenschaft Berlin,
bestehend nur aus blinden Personen, nicht zu verwechseln mit der hiesigen Blindenschrift. Wie Jacobstraße, empfiehlt sich, jede Art von Buchdruckerarbeiten zu den besten Preisen dauerhaft und sauber auszuführen. Bestellungen auf Ausführung von Arbeiten werden in nachbezeichneten Arbeitsstellen angenommen:
Metke, Kropfstr. 52.
Schulze, Ballhofstr. 18.
Riesbeck, Kropfstr. 11.
Witte, Angermündenerstr. 3.
Löhke, Rangstr. 42.
Rüdiger, Weinstr. 25.
Heise, Waldemarstr. 13.
Schilling, Hirschstr. 23.
Schöder, Vorwärtsstr. 20.
1183b) Alexandrinerstr. 20.
Wohlbrück, Hirschstr. 62
Die Arbeit wird auf Wunsch vom Besteller abgeholt u. wieder abgeliefert. Das Geschäfts-Büreau ist Rixdorfstr. 73 bei Herrn C. Mirow.

Stuhlflücht-Genossenschaft Berlin,
bestehend nur aus blinden Personen, nicht zu verwechseln mit der hiesigen Blindenschrift. Wie Jacobstraße, empfiehlt sich, jede Art von Buchdruckerarbeiten zu den besten Preisen dauerhaft und sauber auszuführen. Bestellungen auf Ausführung von Arbeiten werden in nachbezeichneten Arbeitsstellen angenommen:
Metke, Kropfstr. 52.
Schulze, Ballhofstr. 18.
Riesbeck, Kropfstr. 11.
Witte, Angermündenerstr. 3.
Löhke, Rangstr. 42.
Rüdiger, Weinstr. 25.
Heise, Waldemarstr. 13.
Schilling, Hirschstr. 23.
Schöder, Vorwärtsstr. 20.
1183b) Alexandrinerstr. 20.
Wohlbrück, Hirschstr. 62
Die Arbeit wird auf Wunsch vom Besteller abgeholt u. wieder abgeliefert. Das Geschäfts-Büreau ist Rixdorfstr. 73 bei Herrn C. Mirow.

Stuhlflücht-Genossenschaft Berlin,
bestehend nur aus blinden Personen, nicht zu verwechseln mit der hiesigen Blindenschrift. Wie Jacobstraße, empfiehlt sich, jede Art von Buchdruckerarbeiten zu den besten Preisen dauerhaft und sauber auszuführen. Bestellungen auf Ausführung von Arbeiten werden in nachbezeichneten Arbeitsstellen angenommen:
Metke, Kropfstr. 52.
Schulze, Ballhofstr. 18.
Riesbeck, Kropfstr. 11.
Witte, Angermündenerstr. 3.
Löhke, Rangstr. 42.
Rüdiger, Weinstr. 25.
Heise, Waldemarstr. 13.
Schilling, Hirschstr. 23.
Schöder, Vorwärtsstr. 20.
1183b) Alexandrinerstr. 20.
Wohlbrück, Hirschstr. 62
Die Arbeit wird auf Wunsch vom Besteller abgeholt u. wieder abgeliefert. Das Geschäfts-Büreau ist Rixdorfstr. 73 bei Herrn C. Mirow.

Stuhlflücht-Genossenschaft Berlin,
bestehend nur aus blinden Personen, nicht zu verwechseln mit der hiesigen Blindenschrift. Wie Jacobstraße, empfiehlt sich, jede Art von Buchdruckerarbeiten zu den besten Preisen dauerhaft und sauber auszuführen. Bestellungen auf Ausführung von Arbeiten werden in nachbezeichneten Arbeitsstellen angenommen:
Metke, Kropfstr. 52.
Schulze, Ballhofstr. 18.
Riesbeck, Kropfstr. 11.
Witte, Angermündenerstr. 3.
Löhke, Rangstr. 42.
Rüdiger, Weinstr. 25.
Heise, Waldemarstr. 13.
Schilling, Hirschstr. 23.
Schöder, Vorwärtsstr. 20.
1183b) Alexandrinerstr. 20.
Wohlbrück, Hirschstr. 62
Die Arbeit wird auf Wunsch vom Besteller abgeholt u. wieder abgeliefert. Das Geschäfts-Büreau ist Rixdorfstr. 73 bei Herrn C. Mirow.

Julius Lindenbaum

Grosse Frankfurterstr. 141, BERLIN O., Grosse Frankfurterstr. 141,

Eckhaus der Fruchtstrasse. 3 grosse Schaufenster, 18 Bogenlampen, tageshelle elektrische Beleuchtung. Eckhaus der Fruchtstrasse.

Grösstes Etablissement der Bezirke Ost, Nordost und Südost für

Herren- und Knaben-Bekleidung.

Sämtliche Sport- u. Jagd-Artikel. Winterpaletots. Berufskleidung. Winterjoppen.

Specialität: Massanfertigung.

Reelle billigste Preise.

J. Brünn

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4

Wegen Umbau meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner

Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! Läuferstoffe! zu sehr billigen Preisen zum

Ausverkauf!!



Hüte * * *

Herrenhüte von 1,50 an. Knabenhüte „ 1,00 „ Pelzwaren

(nur eigenes Fabrikat). Schirme (größtes Lager).

Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2.



Preis nur 15 Pfg.

124 Druckseiten mit vielen Original-Illustrationen, 36 Seiten mehr als im vorigen Jahre.

Inhalt: Der Künigshung. Von C. Diebig. — Der nächste Morgen. Von Ludwig Gulda. — Kontorbande. Von Fritz Hansen. — Gedichte. Von Margret-Rönigsberg. — Die Stimme von oben. Von Arthur Kochl. — Anwendung der Elektrizität im Bergbau. Von Dr. V. Borchardt. — Ueber die Ehecheidung im Zukunftsrecht. Von H. Fuchs.

Gewerkschaften, welche den Kalender vertreiben wollen, werden gebeten, ihre Adresse einzusenden, worauf ein Probe-Exemplar gratis und franco zugesandt wird.

Zu haben in allen Buch- und Papierhandlungen, Zeitungsbedrucken, sowie bei dem Verleger **Ed. Meyhofer Nachf.**, Berlin N., Weinbergsweg 15 B.

Möbel und Polsterwaren. Reelle Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen.

Franz Tzauer, Brunnenstraße 152.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

en gros Schneidermeister en detail

Dresdenerstraße 4, am Kottbuscher Thor.

Herren- und Knaben-Hohenzollern-Mäntel.

Herbst- und Winter-Paletots in Stoffen, Chalet und Krümmen von 16,50—42 Mk.

Gehrock-Anzüge von 27 an. Winter-Joppen von 5 an. Rock-Anzüge 23 an. Schlafrode von 8,50 an. Jackett-Anzüge 15 an. Jünglings-Anzüge von 12 an. Seinfleider 5 an. Knaben-Joppen, einzelne Hosen.

Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen. Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig angefertigt.

Streng reelle Bedienung.

Neu! Trompeten- Concert-Zug-Harmonikas



mit der allerneuesten ungarischen Spezial-Tasten-Verordnung in prachtvoll. Ausführung, laubere Arbeit u. 48 Töne. Zu erhaltend finden mit 19 Tönen, 48 Stimmen, 2 Hölz u. Metallg. Tasterklappen, Klappschlüssel, Klappen, eleganten Klappschlüssel, 2 Reihen, eleganten Trompeten, Klappschlüssel, eleganten Musik, 35 cm hoch, in Schokolade mit 5 Mark, Schokolade, 3. edite Register 6. Mk., Schokolade, 4. edite Register 12. Mk., Schokolade, 5. edite Register 12. Mk., Schokolade, mit 21 Tönen mit 10,75 Mark, Schokolade, 30 Pf. wert. Verpackung und Schokolade, 30 Pf. Wert. Für mehrere Spezial-Lieferungen überreichen wir 10 Jahre Garantie. Preislisten gratis u. franco. Versandt nur gegen Nachnahme. Anherbeiliegend angelegte Couponliste zu 4. Pf. u. 10 Pf. u. 15 Pf. u. 20 Pf. u. 25 Pf. u. 30 Pf. u. 35 Pf. u. 40 Pf. u. 45 Pf. u. 50 Pf. u. 55 Pf. u. 60 Pf. u. 65 Pf. u. 70 Pf. u. 75 Pf. u. 80 Pf. u. 85 Pf. u. 90 Pf. u. 95 Pf. u. 100 Pf. u. 105 Pf. u. 110 Pf. u. 115 Pf. u. 120 Pf. u. 125 Pf. u. 130 Pf. u. 135 Pf. u. 140 Pf. u. 145 Pf. u. 150 Pf. u. 155 Pf. u. 160 Pf. u. 165 Pf. u. 170 Pf. u. 175 Pf. u. 180 Pf. u. 185 Pf. u. 190 Pf. u. 195 Pf. u. 200 Pf. u. 205 Pf. u. 210 Pf. u. 215 Pf. u. 220 Pf. u. 225 Pf. u. 230 Pf. u. 235 Pf. u. 240 Pf. u. 245 Pf. u. 250 Pf. u. 255 Pf. u. 260 Pf. u. 265 Pf. u. 270 Pf. u. 275 Pf. u. 280 Pf. u. 285 Pf. u. 290 Pf. u. 295 Pf. u. 300 Pf. u. 305 Pf. u. 310 Pf. u. 315 Pf. u. 320 Pf. u. 325 Pf. u. 330 Pf. u. 335 Pf. u. 340 Pf. u. 345 Pf. u. 350 Pf. u. 355 Pf. u. 360 Pf. u. 365 Pf. u. 370 Pf. u. 375 Pf. u. 380 Pf. u. 385 Pf. u. 390 Pf. u. 395 Pf. u. 400 Pf. u. 405 Pf. u. 410 Pf. u. 415 Pf. u. 420 Pf. u. 425 Pf. u. 430 Pf. u. 435 Pf. u. 440 Pf. u. 445 Pf. u. 450 Pf. u. 455 Pf. u. 460 Pf. u. 465 Pf. u. 470 Pf. u. 475 Pf. u. 480 Pf. u. 485 Pf. u. 490 Pf. u. 495 Pf. u. 500 Pf. u. 505 Pf. u. 510 Pf. u. 515 Pf. u. 520 Pf. u. 525 Pf. u. 530 Pf. u. 535 Pf. u. 540 Pf. u. 545 Pf. u. 550 Pf. u. 555 Pf. u. 560 Pf. u. 565 Pf. u. 570 Pf. u. 575 Pf. u. 580 Pf. u. 585 Pf. u. 590 Pf. u. 595 Pf. u. 600 Pf. u. 605 Pf. u. 610 Pf. u. 615 Pf. u. 620 Pf. u. 625 Pf. u. 630 Pf. u. 635 Pf. u. 640 Pf. u. 645 Pf. u. 650 Pf. u. 655 Pf. u. 660 Pf. u. 665 Pf. u. 670 Pf. u. 675 Pf. u. 680 Pf. u. 685 Pf. u. 690 Pf. u. 695 Pf. u. 700 Pf. u. 705 Pf. u. 710 Pf. u. 715 Pf. u. 720 Pf. u. 725 Pf. u. 730 Pf. u. 735 Pf. u. 740 Pf. u. 745 Pf. u. 750 Pf. u. 755 Pf. u. 760 Pf. u. 765 Pf. u. 770 Pf. u. 775 Pf. u. 780 Pf. u. 785 Pf. u. 790 Pf. u. 795 Pf. u. 800 Pf. u. 805 Pf. u. 810 Pf. u. 815 Pf. u. 820 Pf. u. 825 Pf. u. 830 Pf. u. 835 Pf. u. 840 Pf. u. 845 Pf. u. 850 Pf. u. 855 Pf. u. 860 Pf. u. 865 Pf. u. 870 Pf. u. 875 Pf. u. 880 Pf. u. 885 Pf. u. 890 Pf. u. 895 Pf. u. 900 Pf. u. 905 Pf. u. 910 Pf. u. 915 Pf. u. 920 Pf. u. 925 Pf. u. 930 Pf. u. 935 Pf. u. 940 Pf. u. 945 Pf. u. 950 Pf. u. 955 Pf. u. 960 Pf. u. 965 Pf. u. 970 Pf. u. 975 Pf. u. 980 Pf. u. 985 Pf. u. 990 Pf. u. 995 Pf. u. 1000 Pf.

Herrn- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen, Prima Qualität 1,50 und 2.— Die beliebtesten **Arbeitshüte** noch 1 Mk. **Hutfabrik-Comptoir** früher Barnimstr. 4 u. 5. Jetzt Kaiserstrasse 25 A.

Gohlen und Absätze UMSONST

erhält jedermann, der ein Paar Schuhe oder Stiefel im Preise von 5,50 an gekauft.

Heinrichs billiger Schuh-Laden, Köpnickersstrasse 56.

Trinkt Hugo Belings Durch und Durch!

Magenstärkender Kräuterliqueur. a Flasche 1,25 M. mit Flasche.

Herrn- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen, Prima Qualität 1,50 und 2.— Die beliebtesten **Arbeitshüte** noch 1 Mk. **Hutfabrik-Comptoir** früher Barnimstr. 4 u. 5. Jetzt Kaiserstrasse 25 A.

Nur noch 6 1/2 Mark.



Ihren neuen eleganten hochfein polierten Concert-Accord-Zithern mit 25 Saiten, 4 Manualen, Klav. Schüssel, Stimmhalter, Schwingenmechanik und Klappen 51 cm lang. Zithern sind unübertroffen in ihrer wunderbaren weichen u. lieblichen Klangwirkung und kann jeder noch der geringfügigsten Schalle innerhalb einer Stunde die prachtvollste Harmonik erkennen, die sich hören lässt. Ueber u. Töne spielen. Unvergleichlich schön klingen nur 2,50 Mk. Gebaut gegen Nachnahme. Umsonst gesendet. Porto 25 Pf. Schöne Musikinstrumente u. Harmonien billig. Preislisten gratis u. franco. Man kauft heute unübertroffen geschicklich. Instrumente behalte nur bei der ältesten Neuenrade Musikinstrumentenfabrik von **Hermann Severing & Co.**, Neuenrade i. Westf.



Friedr. Schmerbeck

in Neuenrade i. Westf. No. 3. Verkauft gegen Nachnahme Hart gebohrte u. Concert-Flötenharmonikas, 8 u. 10—12 mm groß, beide feinsten Flöten, 2 u. 3 u. 4 u. 5 u. 6 u. 7 u. 8 u. 9 u. 10 u. 11 u. 12 u. 13 u. 14 u. 15 u. 16 u. 17 u. 18 u. 19 u. 20 u. 21 u. 22 u. 23 u. 24 u. 25 u. 26 u. 27 u. 28 u. 29 u. 30 u. 31 u. 32 u. 33 u. 34 u. 35 u. 36 u. 37 u. 38 u. 39 u. 40 u. 41 u. 42 u. 43 u. 44 u. 45 u. 46 u. 47 u. 48 u. 49 u. 50 u. 51 u. 52 u. 53 u. 54 u. 55 u. 56 u. 57 u. 58 u. 59 u. 60 u. 61 u. 62 u. 63 u. 64 u. 65 u. 66 u. 67 u. 68 u. 69 u. 70 u. 71 u. 72 u. 73 u. 74 u. 75 u. 76 u. 77 u. 78 u. 79 u. 80 u. 81 u. 82 u. 83 u. 84 u. 85 u. 86 u. 87 u. 88 u. 89 u. 90 u. 91 u. 92 u. 93 u. 94 u. 95 u. 96 u. 97 u. 98 u. 99 u. 100.



Verkauft gegen Nachnahme Hart gebohrte u. Concert-Flötenharmonikas, 8 u. 10—12 mm groß, beide feinsten Flöten, 2 u. 3 u. 4 u. 5 u. 6 u. 7 u. 8 u. 9 u. 10 u. 11 u. 12 u. 13 u. 14 u. 15 u. 16 u. 17 u. 18 u. 19 u. 20 u. 21 u. 22 u. 23 u. 24 u. 25 u. 26 u. 27 u. 28 u. 29 u. 30 u. 31 u. 32 u. 33 u. 34 u. 35 u. 36 u. 37 u. 38 u. 39 u. 40 u. 41 u. 42 u. 43 u. 44 u. 45 u. 46 u. 47 u. 48 u. 49 u. 50 u. 51 u. 52 u. 53 u. 54 u. 55 u. 56 u. 57 u. 58 u. 59 u. 60 u. 61 u. 62 u. 63 u. 64 u. 65 u. 66 u. 67 u. 68 u. 69 u. 70 u. 71 u. 72 u. 73 u. 74 u. 75 u. 76 u. 77 u. 78 u. 79 u. 80 u. 81 u. 82 u. 83 u. 84 u. 85 u. 86 u. 87 u. 88 u. 89 u. 90 u. 91 u. 92 u. 93 u. 94 u. 95 u. 96 u. 97 u. 98 u. 99 u. 100.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Provinz bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition des Blattes bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Wardinehand Große Frankfurterstr. 9, parterre. 11065
Teppiche, Teppiche, Steppdecken, Gardinen spottbillig Pfandleiche Neanderstraße 6. 137/1*
Winterpaletots, Knzüge, Remontirbare, Regulatoren spottbillig Pfandleiche Neanderstraße 6. 137/1*
Zurückgelagerte Herrenhüte aus feinsten Stoffen 9—12 Mark. Verkauf nur Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II. 7506
Vorjährige elegante Winterpaletots und Herrenanzüge aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf nur Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II. 7498
Vertikalführer, Stuhlrohr, Bombus C. S. Kramer, jetzt Wallstraße 16. 11078*
Möbel auf Teilzahlung Lehmann, Prinzenstraße 62. 11078*
Bettstellen mit Matratzen 18, einfache 8, Schloß, gut erhalten, sowie aufgebaut mit neuen Bezügen. Röhlschloß Anklamstraße 20.
Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.
Wollwaren ausverkauft, spottbillig Etalierstraße 126 parterre. 1178***Hürensverkauf** spottbillig, Etalierstraße 126 parterre.

Uhren, verstanden gewesene goldene und silberne Remontir-Uhren mit feinsten Werken, unter zweijähriger Garantie, goldene Ketten nach Gewicht, samtliche Goldwaren, Brillanten in allen Fassungen verkauft spottbillig Konigsplatz 11. 789*
Strickmaschinen, bestes Fabrikat, auch auf Teilzahlung. Gullow Brederer, Engelstraße 20. 137/15*
Cigarrenfabrik A. Diez, Anna-Lindenstraße 124 und Breitestraße 23. Empfiehlt seine Hauptnummern: 5 Pf. Nr. 21, 6 Pf. Nr. 27 und 23, 7 Pf. Nr. 22. Auch Weihnachtspackung jeder Art. 776*
Schuhmacher-Meister erhalten Schuhe, Sohlleder, Auschnitt und Häute vorzüglichst Weimarerstraße 21.
Unterrichte. Tüchtige Arbeiterinnen auf Unterrichtslehren gesucht, die bei sonderlicher Ausfertigung Pochen liefern können, finden dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Meldungen unter Vorlage von Probearbeit bei Orgler & Hübnermann, Kurfürste 47-48, II. 11138
Rahbannmöbel. Kleiderständer, Bettstellen, Spiegel, Sofa, Verticellen, Schrankmöbel, Tisch, Stühle, Regulatoren, verschiedenes spottbillig Gartenstr. 32 A, vom I. Unt. 1776***Möbel**, bar und Teilzahlung, billigst. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königsbergerstraße. 2878*

Fahrräder, erstklassige Marken, 2 Jahre Garantie. Gefährliche Räder, noch gut erhalten, billig. Teilzahlungen gestattet. Tandems und Einzelräder werden vertrieben. Karl Fischer, Benschstraße 9. 1268*
Pianos, äußerst solide gebaut, billig. Gipsstraße 8, Langstr. 1186b
Buchstabenbahn 0,90. Bierkant, Rosenthaler-Allee 34. 1121
Sobelläden verkauft preiswert Diewitz, Dredowstraße 41. 1191b
Vermischte Anzeigen.
Elektrotechnik. Gränzbliche Ausbildung zum praktischen Elektromonteur. 1. Dezember. Volkstelegraphentechnikum, Bismarckstraße 10. 267K*
Elektrotechnik. 5. Dezember neuer Abendkurs für Schlosser, Mechaniker usw. zur Ausbildung als Maschinen-, Elektromonteur, Berufsführer. Man informiere sich durch Prospekt und erstundige sich bei Schaller der Anhalt. Josten, Alte Jakobstr. 24.
Elektro, Prinzenstraße 55. Neuer Abendkurs und Praktikum für Elektromonteur 6. Dezember. 1218K*
Leitungs-Marken und Bauzeichnungsstempel liefert seit 30 Jahren für laufende Rollen und Vereine Jean Holze, Hamburg, Große Dredowstr. 45. Illustrierte Preislisten gratis. 1134/1

Privat-Wittigsdich von 12—3 Portion 35 Pf. Oranienstraße 178, I. Damen separate Zimmer. 2348*
Seccinogimmer empfiehlt Bier, Alte Jakobstraße 119. 2388K*
Oranienstraße 108, Bierhaus zum Erlanger, großer Wittigsdich mit Bier 50 und 75 Pf. und Abendstich zu civilen Preisen. 2809*
Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Hofmannstraße 66, 2. Hof parterre. 909b
Wann werden eingeholt, Polier, Mohl, Bismarckstraße 43. 1055K*
Farblamocher verlangt Goldbleichenfabrik Kottbuscher Ufer 32. 1145b
Verfärbere verlangt Goldbleichenfabrik Kottbuscher Ufer 32. 1146b
Arbeiter auf Stokanzüge 7—12 finden dauernde Beschäftigung. S. Ribben, Gohlstraße 9. 1387b
Tüchtige Rohrleger auf Wasserleitung, aber nur solche, verlangt bei gutem Lohn v. Prof. Kugler, Kuglerstraße 51. 1187b
Glasfleiser für Buchstaben und Facetten finden lohnende Beschäftigung. Rech. Blumenstraße 74. 1150b
Tüchtige Farblamocher gegen hohen Lohn verlangt Kottbuscher Ufer 32, D. Scholz. 1155b
Tagelöhner, Röhren (Madras) paffe in und auherna Hause. Dinauf, Friedemannstraße 95, III. 1184b
Arbeiterinnen für Damen-schneiderei verlangt Modestadt, Götze, Steglitz, Schilddornstraße 90. 1170b
Wald-Hemdblusen. Tüchtige Arbeiterinnen auf Wald-Hemdblusen, die bei sonderlicher Ausfertigung Pochen liefern können, finden dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Meldungen unter Vorlage von Probearbeit bei Orgler & Hübnermann, Kurfürste 47-48, II. 1112b
Lumpenfortiererei verlangt Kottbuscher Ufer 133. 1171b*

Vermietungen.
Zimmer.
Wohlfertiges Zimmer für 2 Herren oder Damen (a 8 Mk.) logisch oder später zu vermieten. Ewe. Kolenthal, Forsterstraße 54, Seitenflügel III.
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Instrumentenmacher auf Dreihahde verlangt A. Paalzow, Ankersbrunn 30. 149/1b

Überhemdenplätterinnen finden dauernde Beschäftigung bei Betty Rorpe, Griner Weg 119, 3 Treppen rechts.
50 Cigarren-Arbeiterinnen sofort gesucht, Cigarrenfabrik Jostell. 1079*
Schirmmähnerinnen erhalten dauernde lohnende Arbeit. Pichtenstein u. Co., Büchlerstraße 19. 1387b
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.
Gürtler für Chirurgie-Instrumente verlangt Medizinisches Warenhaus, Friedrichstraße 108 149/14
Achtung, Holzarbeiter!
Der Streit bei Abels & Co. dauert fort.
Achtung! Drechsler!
In den Maschinenwarenfabriken von Habitz u. Comp., Schönhofstr. 61, Goldschmidt u. Comp., Ritterstr. 40, Raheit u. Fleischer, Bürgerstr. 7, haben sämtliche Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten. Die Oberverwaltung.